

62. Sitzung

am Dienstag, dem 13. November 1984, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	3388, 3389, 3427	Abstimmung	3421
Geburtstagswünsche für Abg. Hans Hölzl	3388	Namentliche Abstimmung	3422
Eintritt des Abg. Georg Rosenbauer in den Landtag	3388	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) – Drs. 10/3517 –	
Aktuelle Stunde gem. § 87 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema:		und	
Konsequenzen aus den Ergebnissen der Waldschadensinventur 1984		Gesetzentwurf der Abg. Dr. Rothemund, Hiersemann u. Frakt. zur Änderung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (G10) (Drs. 10/1330)	
Starzmann (SPD)	3389	– Zweite Lesung –	
Glück Alois (CSU)	3390	Beschlußempfehlungen des Sicherheits- und des Verfassungsausschusses (Drs. 10/4986, 10/5145)	
Kolo (SPD)	3390	Dr. Hundhammer (CSU), Berichterstatter	3423
Müller Willi (CSU)	3391	Beschluß	3423
Dr. Ritzer (SPD)	3392	Interpellation der Abg. Dr. Rothemund, Nauemann, Dr. Seebauer u. Frakt. betr. Verkehrspolitik der Staatsregierung (Drs. 10/4927)	
Frhr. v. Redwitz (CSU)	3393	Staatsminister Jaumann	3424
Schuhmann (SPD)	3394, 3395	Schreiben des Bayer. Verfassungsgerichtshofs vom 17. 09. 84 betr. Antrag der Firma Glück, Unial-Zahn-Technik, Waging, auf Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 1 der Satzung für die Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrags der Marktgemeinde Waging vom 05. 11. 81	
Lechner Ewald (CSU)	3395, 3396	Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/5086)	
Staatsminister Dr. Eisenmann	3396	Dr. Weiß (CSU), Berichterstatter	3424
Heinrich (SPD)	3398	Beschluß	3424
Seehuber (CSU)	3399	Schreiben des Bayer. Verfassungsgerichtshofs vom 20. 09. 84 betr. Antrag des Herrn Blacharowicz, Burglengenfeld, auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Gemeindeordnung über fliegende Verkaufsanlagen in der Gemeinde Bad Füssing vom 19. 12. 82	
Geisberger (SPD)	3400		
Staatsminister Dick	3400, 3401, 3402, 3406		
Dr. Rothemund (SPD)	3401		
Klasen (SPD)	3406		
Huber Erwin (CSU)	3407		
Gesetzentwurf der Abg. Neuburger, Hiersemann, Burkei u. a. zur Änderung des Gesetzes über die Organisation der bayerischen Polizei (POG) Drs. 10/4881			
– Zweite Lesung –			
Beschluß	3408		
Haushaltsplan 1985/1986 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen (Epl. 06)			
Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 10/5138)			
Knipfer (CSU), Berichterstatter	3408		
Loew (SPD)	3408, 3410, 3413, 3417		
Knipfer (CSU)	3415		
Staatsminister Streibl	3419		

S 3387

Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/5087)

Dr. Hundhammer (CSU), Berichterstatter . . . 3425
Beschluß 3425

Schreiben des Bayer. Verfassungsgerichtshofs vom 02. 12. 84 betr. Antrag der Frau Renz, Rötze, auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 7 Abs. 5 der Bayer. Bauordnung (BayBO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 02. 07. 82

Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/5089)

Geys Helmut (SPD), Berichterstatter 3425
Beschluß 3425

Schreiben des Bayer. Verfassungsgerichtshofs vom 04. 10. 84 betr. Antrag des Jungbayererbundes Schwaben, Augsburg, auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 1 Abs. 1 des Landeswahlgesetzes (LWG) und des Art. 1 Abs. 1 des Gemeindevahlgesetzes (GWG)

Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/5088)

Geys Helmut (SPD), Berichterstatter 3425
Beschluß 3426

Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 18. 09. 84 betr. Anträge der Frakt. DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag und des Mitglieds des Bundestages Kleinert betr. Wahl des Gremiums nach § 4 Abs. 9 Haushaltsgesetz 1984

Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/5146)

Dr. Beckstein (CSU), Berichterstatter 3426
Beschluß 3426

Neuwahl zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof

Hiersemann (SPD) 3426
Beschluß 3427

Neuberufung des Kuratoriums Haus des Deutschen Ostens

Beschluß 3427

Verordnung der Bayerischen Staatsregierung über die Eingliederung des gemeindefreien Gebiets Steinhacher Forst i. d. Saale, Landkreis Bad Kissingen, in die Gemeinde Burglauer, Landkreis Rhön-Grabfeld (Drs. 10/4636)

Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/5079)

Dr. Weiß (CSU), Berichterstatter 3427
Beschluß 3427

Schluß der Sitzung 3427

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 03 Minuten

Erster Vizepräsident Kamm: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 62. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Sie kennen das Verschen mit Rundfunk und Fernsehen; die Zustimmung zu den Aufnahmen wurde erteilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich einen Glückwunsch aussprechen.

Herr Kollege Hans Hölzl hat heute seinen 60. Geburtstag.

(Beifall)

– Ich sehe ihn zwar nicht im Hause, aber ich bin sicher, daß ihm dieser Beifall des Hohen Hauses mitgeteilt wird. Ich darf ihm persönlich dazu sehr herzlich gratulieren. Er gehört seit 1974 der bayerischen Volksvertretung an und hat sich während seiner parlamentarischen Arbeit vor allem im Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen sehr stark engagiert. Ich wünsche ihm, auch das wird ihm übermittelt werden, einen weiteren politischen Weg voll Tatkraft und Gesundheit.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, eine Mitteilung über eine Mandatsnachfolge zu machen.

Der Herr Landeswahlleiter hat mitgeteilt, daß er als Nachfolger für den mit Ablauf des 1. November 1984 ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Fritz Pirkel Herrn Georg Rosenbauer aus Ostheim, Gemeinde Westheim, Mittelfranken, berufen hat. Herr Rosenbauer hat das Landtagsmandat angenommen und damit ab 2. November die Rechtsstellung eines Abgeordneten des Bayerischen Landtags erworben. Ich begrüße den neuen Kollegen recht herzlich und wünsche ihm alles Gute für die vor ihm stehenden parlamentarischen Aufgaben.

(Beifall)

Damit kommen wir zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Aktuelle Stunde

Mit Schreiben vom 6. November hat die Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema:

Konsequenzen aus den Ergebnissen der Waldschadensinventur 1984.

(Erster Vizepräsident Kamm)

Es ist Ihnen bekannt, daß die Dauer der Aussprache auf eine Stunde begrenzt ist. Die einzelnen Redner dürfen nicht länger als 5 Minuten sprechen. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung in seiner Eigenschaft als Mitglied der Staatsregierung das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ich darf Sie sehr herzlich darum bitten, auf mein Signal zu achten.

Als erster Redner hat das Wort der Herr Kollege Starzmann. Bitte, Herr Kollege!

Starzmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! 57 Prozent der Waldfläche in Bayern sind geschädigt, rund 2 Prozent der Bäume sind tot. Die Zahlen sind keine Panikmache der Opposition. Wir alle müssen sie zur Kenntnis nehmen. Allerdings nehmen wir neben dem Fortschreiben der sogenannten neuartigen Waldschäden auch eine durchaus „altartige“ Taktik der Staatsregierung zur Kenntnis: Schweigen und Abwiegeln.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb ist diese Aktuelle Stunde notwendig geworden.

Am 10. Oktober 1984 hat Staatsminister Dr. Eisenmann seinen erschütternden Bericht vor dem Landwirtschaftsausschuß gegeben. Der dramatische Bericht und die daraus zu ziehenden Folgen wären durchaus eine Regierungserklärung wert gewesen, wenn die Regierung Folgerungen daraus gezogen hätte. Aber sie überläßt es der Opposition, die drängenden Fragen aus dem Bericht vor das Parlament zu bringen.

Herr Staatsminister Eisenmann, Sie haben das Ende Ihres Waldschadensberichtes mit zwei ungeeigneten Prinzipien garniert: mit dem Prinzip Glück und mit dem Prinzip Hoffnung. Sie stehen damit jetzt auch in der Reihe derjenigen, die die tatsächlichen Verhältnisse ignorieren und als Realität glauben, was sie wünschen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Sehen Sie es denn nicht als Ihre Aufgabe als Forstminister an, vor den Folgen des weiter grassierenden Waldsterbens zu warnen? Macht es Ihnen denn als Landwirtschaftsminister nichts aus, daß Waldbesitzerverband, Bauernverband, Bund Naturschutz und andere mit 20 000 Teilnehmern am Münchner Marienplatz am Samstag auch gegen Sie demonstrierten?

(Zustimmung bei der SPD)

Ordnen Sie Ihre Einstellung zum Tempolimit der Kabinettsdisziplin unter, oder teilt der Forstminister Bayerns gar die Meinung des Ministerpräsidenten, daß die Zeit und damit der bedauerliche Zustand des sterbenden Waldes noch nicht reif seien für eine Entscheidung in dieser Frage? Gibt Ihnen nicht zu denken, daß der Vorsitzende des Vereins zum Schutz der Bergwelt sich in einer Petition an den Landtag wendet, in der er verlangt, daß die Politik etwas gegen das Waldsterben tut; daß er die Politiker auffordert, dafür zu sorgen, daß die Staatsregierung vom Landtag seit langem verabschiedete Anträge auch voll-

zieht? Sie können sich nicht darauf berufen, daß es sich bei ihm um einen Panikmacher handle. Herr Dr. Jobst ist schließlich Referent in der Forstabteilung Ihres Hauses.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich hoffe, Sie lassen ihn weiter frei reden, oder ist es schon ein Symptom, daß der zweite Vorsitzende des Vereins auf der Jahresversammlung den Satz „Wir sehen uns einer ökologischen Katastrophe gegenüber“ übernimmt?

Herr Staatsminister, ich bitte Sie, ich könnte Sie auch keck auffordern, aber weil es mir nicht um politischen Schlagabtausch geht, sondern um unsere und unserer Kinder Zukunft, bitte ich Sie: Lassen Sie sich einmal beeindrucken von dem Szenario

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

des Deutschen Alpenvereins über die Auswirkungen des Waldsterbens im Gebirge! Oder tun Sie auch dies als Panikmache ab?

Falls Ihnen das Materielle mehr sagt: 25 Milliarden DM kostet allein der technische Ersatz der Lawinenschutzfunktion des Bergwaldes in Bayern.

- Gibt es da nicht eine Menge forstlicher Aufgaben, um den Auswirkungen des Waldsterbens entgegenzuarbeiten?
- Sollten Sie nicht das Angebot der Opposition aufgreifen, jetzt Forstpersonal vom Waldarbeiter bis zum Forstrat einzustellen?
- Sind Sie überhaupt noch ein Sachwalter des Waldes, wenn Sie behaupten, der gegenwärtige Personalstand beim Forst sei ausreichend?
- Ist Achselzucken und bedauerndes Verweisen auf die Gesetze eine angemessene Antwort auf die Waldzerstörung durch überhöhte Schalenwildbestände?
- Haben Sie keine Vorschläge, die Waldbeweidung im Alpenraum zur Sicherung der Schutzwälder wenigstens vorübergehend einzustellen?
- Wo bleiben die Überbrückungsstrategien, durch Aufforstungen die Schutzfunktionen des Waldes aufrechtzuerhalten?
- Ist eine bayerische Projektgruppe bei der Gesellschaft für Strahlenforschung ausreichend, um die Aufarbeitung der gerade von Ihnen immer wieder betonten offenen wissenschaftlichen Fragen über das Waldsterben zu gewährleisten?
- Weshalb setzt sich Bayern bei der Bundesregierung nicht mit der Forderung durch, die einst so angekündigte Forschungsgesellschaft nach München zu holen?
- Weshalb bedauert der Forstminister die Freiheit von Forschung und Lehre, statt auf die Finanzierung eines Notprogramms zur Erforschung der Ursachen und Auswirkungen des Waldsterbens mit Hilfe der ihm selbst unterstehenden forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt zu drängen?

(Starzmann [SPD])

Die Antwort auf alle diese Fragen lautet nein, weil nun auch der Forstminister in der Reihe der Abwiegler steht.

(Starker Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Alois Glück. Bitte, Herr Kollege!

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier hat soeben der Vertreter einer Partei gesprochen, die das schlechte Gewissen treibt, während ihrer Regierungszeit in Bonn alles verschlafen zu haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe bei der SPD –
Abg. Dr. Rothmund: Herr Glück, Sie sind
glücklos!)

So versucht die Opposition nun, sich in die Reihe derer einzuordnen, die das Thema durch Wecken von Emotionen politisch für sich nutzen wollen, ohne jedoch einen sachlichen Beitrag zur Problemlösung zu leisten.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Die Waldschäden sind eine wichtige Herausforderung für die Politik. Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren von der SPD, daß die ersten Initiativen im Bayerischen Landtag von der CSU ergriffen worden sind und nicht von der SPD. Ferner könnte Kollege Starzmann in den Protokollen des Landtags nachlesen, daß Herr Landwirtschaftsminister Dr. Eisenmann in seiner Politik bereits Anfang der 70er Jahre ökologische Akzente gesetzt hat, lange bevor die SPD die Problematik überhaupt erkannt hat.

Wir können dem Wald nur helfen, wenn wir sachgerecht diskutieren.

(Abg. Karl Heinz Müller: Nicht diskutieren,
sondern handeln!)

Deshalb hat zum Beispiel der Bundesinnenminister, der der CSU angehört, die Entschwefelung der Kraftwerke eingeleitet, während die SPD in ihrer Regierungszeit da wirklich nur geschwafelt hat.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg.
Dr. Rothmund)

Großfeuerungsanlagen-Verordnung und TA Luft sind ein Beleg für das Handeln der CSU.

Lassen Sie mich zum Thema Auto folgendes feststellen, Herr Kollege Dr. Rothmund:

Die Regelung, daß alle Neuwagen ab 1. Januar 1986 gemäß den amerikanischen Grenzwerten auszurüsten sind, wodurch die Schadstoffe bis 1990 um etwa ein Drittel reduziert werden können, war zugegebenermaßen ein Traumziel, das aus europapolitischen Gründen nicht erreicht werden konnte. Durch die Kombination Stufenplan für Neuwagen einerseits und Nachrüstung der Altfahrzeuge andererseits werden wir aber die ursprünglich angestrebte Schadstoffreduktion spätestens bis 1990 erreichen, wahrscheinlich sogar eher.

Die Initiativen für die Neuwagen und die Nachrüstung sind von der CSU und nicht von der SPD ausgegangen. Die SPD hat sich beim Thema schadstofffreies Auto nur als Trittbrettfahrer bei der Forderung nach einem Tempolimit betätigt, jedoch keinen eigenständigen Beitrag eingebracht.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothmund:
Das glauben Sie doch selbst nicht!)

– Ja, es ist nun halt einmal so, Herr Kollege Dr. Rothmund. Sie brauchen es ja nur nachzulesen. Trotz dieser Anstrengungen zur Luftreinhaltung, in der wir den zentralen Punkt sehen, möchte ich bei dieser Gelegenheit auch für die folgende Debatte sehr eindringlich vor einseitigen Erklärungsversuchen warnen. Über die Ursachen der Waldschäden wissen wir nämlich ungefähr nur soviel wie über die Ursachen der Krebserkrankungen. Wir wissen, daß es nachgewiesene und hinreichend vermutete Risikofaktoren gibt. Es gibt aber nicht eine Ursache schlechthin. Wer deshalb den Eindruck erweckt, als könnte schon mit einer Maßnahme – zum Beispiel Entschwefelung der Kraftwerke oder Entgiftung der Autoabgase – das Problem gelöst werden, hat sich entweder mit der Sache nicht befaßt oder möchte die Bevölkerung bewußt täuschen.

Ich verweise nur auf die Arbeiten von Professor Rehfuss, der für das Flachland einen völlig anderen Akzent gesetzt hat. Dies schließt natürlich nicht aus, daß die Luftschadstoffe trotzdem nicht nur wegen des Waldes reduziert werden müssen. Wer aber so tut, als sei mit der Entschwefelung der Kraftwerke oder mit der Entgiftung der Autoabgase schon der Wald gerettet, der ist ebensowenig glaubwürdig wie derjenige, der den Eindruck erweckt, als wäre mit einem totalen Rauchverbot schon die Gefahr der Krebserkrankungen gebannt. Mit der Minimierung eines Risikofaktors ist das Problem noch lange nicht gelöst.

Nach unserer Auffassung müssen deshalb weiterhin alle zur Reduzierung der Luftschadstoffe notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Gleichzeitig müssen wir uns bewußt sein, daß diese wichtigen Beiträge keineswegs die Problemlösung schlechthin darstellen. Dem Wald nützen wir jedenfalls nur dann, wenn wir zu einer differenzierten und sachgerechten Diskussion bereit sind. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kolo. Bitte, Herr Kollege!

Kolo (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Glück, das war wieder eine typische Argumentation nach dem Flickmuster „Biedermann und die Brandstifter“.

(Starker Widerspruch bei der CSU – Glocke
des Präsidenten)

Sie möchten von Ihren eigenen Versäumnissen dadurch ablenken, daß Sie möglichst laut schreien „Haltet den Dieb“, um sich damit zufriedenzugeben.

(Kolo [SPD])

(Fortgesetzte Unruhe und Zurufe bei der CSU – Abg. Maurer: Ihr habt doch nichts gemacht!)

Das Thema ist jedoch viel zu ernst, meine Damen und Herren. Aus der Waldschadenserhebung resultieren zwei Erkenntnisse, die uns zu denken geben sollten:

E r s t e n s. Der süddeutsche Bereich ist überproportional belastet. 61 Prozent der Schäden sind in Süddeutschland festzustellen. In Baden-Württemberg sind 66 Prozent und in Bayern 57 Prozent betroffen. Dieser Bereich liegt über dem Bundesdurchschnitt. Welche Konsequenzen wollen wir aus dieser Erkenntnis eigentlich für unser politisches Handeln für die Ursachenprüfung ziehen?

Z w e i t e n s. Die Geschwindigkeit des Waldsterbens entwickelt sich geradezu traumatisch. In der Klasse „stark geschädigt und abgestorben“ haben sich die Schäden in Oberbayern zum Beispiel innerhalb eines halben Jahres verdreifacht. Ebenso hat sich der Anteil in der Klasse „mittelstark geschädigt“ in Oberbayern innerhalb eines halben Jahres verdreifacht. Der ursprüngliche Anteil von 9 Prozent mittelstark geschädigter Bäume in Oberbayern hat sich damit innerhalb eines halben Jahres auf 28 Prozent erhöht.

(Abg. Josef Niedermayer: Das wissen wir ja alles!)

– Das wissen wir alles? Na gut! Dann können wir uns ja gleich fragen, ob wir es uns bei dieser rapiden Entwicklung eigentlich leisten können, nach wie vor politische Maßnahmen anzubieten, die erst im Jahre 1990 wirken. Der Wald stirbt in einer traumatischen Entwicklung doch schon heute. Wir bieten aber Rezepte an, die erst 1990 wirken.

(Fortgesetzte Zurufe und Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Warum können wir denn mit Ihnen nicht über Maßnahmen reden, die dem Wald schon heute und nicht erst übermorgen helfen?

(Abg. Josef Niedermayer: Welche Maßnahmen? – Abg. Ewald Lechner: Was bieten Sie denn an?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, daß bei einem sofortigen Tempolimit ein Fünftel bis zu einem Viertel der heutigen NO_x-Emissionen aus Kraftfahrzeugen sofort beseitigt werden können. Eine Ursache könnte damit sofort spürbar reduziert werden. Sie reden statt dessen aber von einem Großversuch, an dem nicht einmal Umweltverbände beteiligt werden sollen. Damit werden Ihre eigentlichen Absichten deutlich: Sie wollen Zeit gewinnen zugunsten der Industrie, und Sie nehmen dafür Zeitverluste zu Lasten des Waldes in Kauf.

(Beifall bei der SPD)

Staatsregierung und CDU/CSU vertreten nicht die Interessen des Waldes, indem sie Argumente des Verbandes der deutschen Automobilindustrie übernehmen, die sich zwischenzeitlich als falsch erwiesen haben. Bundessozialminister Dr. Geißler behauptet

zum Beispiel heute in einer Pressemitteilung, daß bei Tempolimit der Anteil der Kohlenwasserstoffe und anderer Schadstoffe steigen würde. Solche Argumente verwenden die Kollegen von CDU/CSU! Damit wird das Tempolimit in ein falsches Licht gerückt.

Die Angst der Automobilindustrie vor dem Tempolimit ist groß. Diese Angst wird aber keine Erfolge bringen, auch nicht bei beschleunigter Einführung des Abgaskatalysators; auch nicht bei beschleunigter Umrüstung der Altfahrzeuge und auch nicht bei einer beschleunigten technologischen Entwicklung im Lkw-Verkehr. Die Erfolge werden jedenfalls so lange ausbleiben, wie die Automobilindustrie damit rechnen kann, daß große Teile des Parlaments wie zum Beispiel die CSU im Bayerischen Landtag gar nicht daran denken, zu diesem Knüppel Tempolimit zu greifen. Sie begeben sich der Möglichkeit einer Einflußnahme, solange Sie sich nicht zu konkreten, schnell wirkenden Maßnahmen entscheiden.

Sie nehmen die Ängste der Automobilindustrie vor dem Tempolimit erster als die Ängste der Bürger vor dem Sterben des Waldes. Das ist das Problem. Das Wohlwollen der Industrie ist Ihnen wichtiger als das Wohl der Bürger und das Wohl künftiger Generationen, wichtiger als das Wohl und Wehe unseres Waldes.

(Beifall bei der SPD – Abg. Spitzer: Tu' mal Deinen Auspuff zum TÜV!)

Ich hoffe, daß diejenigen unter Ihnen, die hinter vorgehaltener Hand in letzter Zeit schon ihre Meinung dahin geäußert haben, daß man mit ihnen über ein Tempolimit wohl reden könne, diese Meinung etwas lauter äußern, damit es vielleicht doch noch gelingt, Sie von der CSU dazu zu bringen, daß jetzt, hier und heute, vielleicht auch erst morgen, auf jeden Fall aber in absehbarer Zeit ein Tempolimit auch von diesem Landtag mit unterstützt wird.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Müller. Bitte, Herr Kollege!

Müller Willi (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sicher, die Gefährdung unserer Wälder ist eine große Herausforderung unserer Zeit. Das wissen wir alle, Herr Kollege Kolo, das brauchen Sie uns nicht zu sagen. Ich meine, wir stünden besser da, wenn die ehemalige Bundesregierung nicht 13 Jahre lang geschwafelt, sondern rechtzeitig gehandelt hätte.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir stünden auch besser da, wenn die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen so konsequent wie die Bayerische Staatsregierung gehandelt hätte.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Lechner wird auf Ihre Fragen noch eingehen, Herr Kollege Kolo.

(Müller Willi [CSU])

Ich möchte aus den Ergebnissen der Waldschadensinventur drei Konsequenzen ziehen:

Erstens ist das Problem nicht national zu lösen, vielmehr müssen internationale Maßnahmen ergriffen werden.

(Ha, ha! bei der SPD – Abg. Dr. Böddrich:
Damit passiert gar nichts, Herr Müller!
Denken Sie an Europa!)

– Ich weiß, daß Ihnen das nicht gefällt, aber dafür ist der nordostbayerische Raum ein besonders gutes Beispiel. Vielleicht sollten Sie mal zur Kenntnis nehmen, Kollege Böddrich,

(Zuruf: Wir waren doch drüben!)

daß 200 000 Tonnen SO₂-Belastung aus der DDR kommen. Sie sollten auch zur Kenntnis nehmen, daß 100 Millionen Tonnen SO₂-Belastung aus der CSSR kommen. Sie sollten weiterhin zur Kenntnis nehmen, daß diese Emissionen aus den grenznahen Gebieten aus Sachsen und aus dem Falkenauer Raum kommen und dadurch Bayern in ganz besonderem Maße betreffen. Das ist doch ein Zeichen dafür, daß die Dinge international angepackt werden müssen.

Ich bin sehr froh, Herr Kollege Böddrich, daß Herr Ministerpräsident Strauß mit seiner Politik den Weg zu konstruktiven Gesprächen mit dem Osten bereitet hat. Es sind auch Ergebnisse erzielt worden. Ich halte es zum Beispiel für positiv, daß alle Ostblockstaaten an der Umweltkonferenz in München teilgenommen haben,

(Abg. Dr. Rothmund: Was ist da rausgekommen?)

daß sachliche Gespräche zwischen Minister Dick und Minister Dr. Reichelt möglich waren. Ich bin mir allerdings auch bewußt, daß wir noch manches erreichen müssen. Wir müssen kurzfristig erreichen, daß in der DDR und in der CSSR bei Inversionswetterlagen schwefelarme Kohle verwendet wird; wir müssen erreichen, daß wenigstens das Trockenadditivverfahren mittelfristig in diesen beiden Ländern eingeführt wird. Wir müssen sicher auch erreichen, daß in bilateralen Handelsverträgen auch der Umweltschutz eine Rolle spielt. Wir sollten uns überlegen, ob nicht ein internationaler Umweltfonds gegründet werden kann, der dazu beiträgt, die Umweltprobleme zu überwinden.

(Abg. Klasen: Und was wollen Sie machen?)

Ich will aber auch einmal feststellen: Wir in Bayern haben gehandelt. Ein Beispiel dafür ist das Kraftwerk Arzberg. Dort wird Ende dieses Jahres das Trockenadditivverfahren in Gang gesetzt werden mit dem Ergebnis, daß die SO₂-Belastungen um 40 Prozent reduziert werden können. Es wird dort im Jahre 1987 die hochwirksame Entschwefelungs- und Entstikungsanlage in Gang gesetzt werden.

(Abg. Dr. Rothmund: Dazu haben wir Sie erst unter Druck setzen müssen!)

Das macht Investitionsmaßnahmen in Höhe von 128 Millionen DM notwendig. Das kann sich sehen lassen.

Zweitens möchte ich als Konsequenz aus dem Waldschadensinventurbericht die These aufstellen: Der Wald ist regenerationsfähig.

(Lachen bei der SPD)

Der Bericht stellt nämlich deutlich dar, daß im Fichtelgebirge und im Frankenwald sich die Gesamtschadensfläche um 17 000 Hektar, im Oberpfälzer Bereich um 5000 Hektar verringert hat.

(Abg. Walter Engelhardt: Und was hat sich vermehrt?)

– Herr Kollege Engelhardt, ich bin mir dessen bewußt, daß wir damit das Problem nicht gelöst haben. Ich meine aber, es ist ein Zeichen dafür, daß es eine Chance gibt, den Wald zu retten.

Drittens. Lassen Sie mich eine letzte Konsequenz ziehen: Wir sollten etwas vorsichtig sein mit Reden, die für manche Räume ein überzogenes Katastrophenbild schaffen. Mit solchen Katastrophenreden wird der Wald nicht gerettet, aber es wird erheblicher wirtschaftlicher Schaden für weite Bereiche unseres Landes damit erzeugt. Der Fremdenverkehr im Fichtelgebirge zum Beispiel leidet massiv unter dieser Diskussion. Ich kann Ihnen sagen, daß Unternehmen Schwierigkeiten haben, Mitarbeiter zu finden. Wir sind uns darüber klar, daß nichts bagatellisiert werden darf, wir müssen die Sorge um den Wald ernst nehmen, aber wir brauchen nicht Panikmache, sondern weiterhin konsequentes Handeln.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Dr. Ritzer. Bitte, Herr Kollege!

Dr. Ritzer (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Neue Horrorzahlen über das Waldsterben“ ist die Überschrift des Regionalteils der Nürnberger Nachrichten von heute.

Es sind wirklich Horrorzahlen für Mittelfranken. In Mittelfranken sind inzwischen die Wälder in Bayern am stärksten geschädigt. 68 Prozent aller Flächen sind krank, 82 Prozent der Kiefernbestände, 74 Prozent der Buchen- und 56 Prozent der Fichtenbestände. Der Nürnberger Reichswald ist noch stärker betroffen. Dies stellt der Bericht von Staatsminister Eisenmann fest. Das Ökosystem Wald bricht in Mittelfranken zusammen, meine Damen und Herren!

(Abg. Dobmeier: Das ist doch übertrieben!)

Der Bürger ist fassungslos über diese Entwicklung; er ist auch fassungslos darüber, daß unser politisches System nicht in der Lage ist, schnell und konsequent zu reagieren.

Herr Kollege Müller, es ist eine schöne Rede, wenn Sie sagen, man solle nationale und internationale Maßnahmen gegeneinander abwägen. Aber hier im Bayerischen Landtag geht es um bayerische Politik. Deshalb verlangen wir, daß hier gehandelt wird.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ritzer [SPD])

Wir haben bestenfalls die Möglichkeit, den Herrn Ministerpräsidenten zu fragen, warum er nicht die Chance des Milliardenkredits besser genutzt hat.

Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, Buschhaus sei in Bayern nicht möglich. Das ist falsch. Es gibt ein bayerisches Buschhaus. Es heißt Franken II und liegt in Erlangen, Herr Ministerpräsident.

(Lachen bei der CSU)

Ich höre schon Ihre Einwände, das sei nicht zu vergleichen. Aber es ist sehr wohl zu vergleichen, auch von der Schadstoffmenge her. Es ist vor allem deswegen vergleichbar, weil der Geist, der hinter den Entscheidungen in diesen Fällen steht, beide Male der gleiche ist; vorhandene Möglichkeiten werden nicht genutzt, die Schadstoffe zu reduzieren. Wer hindert uns denn daran zu handeln? Warum behauptet denn die Bayerische Staatsregierung ständig und exkulpiert damit die Bayernwerke, nur 3 Prozent der Emissionen kämen von Franken II? Wir fordern mit dem Bundesgerichtshof, daß nicht wir beweisen müssen, daß die Bayernwerke den Wald schädigen, sondern umgekehrt, daß die Bayernwerke beweisen müssen, daß sie den Wald nicht schädigen, angesichts des Bildes, das sich uns bietet.

(Beifall bei der SPD)

Wir können sofort handeln und auf Gas umstellen. Ich erwarte, daß dieser Beschluß des Bayerischen Landtags auch vollzogen wird.

Ich komme zu einem anderen Kapitel: Es bestand Einigkeit darüber, daß die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft konsequent dem neuesten Stand der Technik angepaßt wird. Der Entwurf der Technischen Anleitung, den jetzt der Bundesinnenminister Zimmermann herausgegeben hat, ist leider nicht das versprochene Werk, er ist vielmehr das Ergebnis eines Kuhhandels mit der Industrie, die noch nicht begriffen hat, daß sie selbst einen Beitrag leisten muß.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel anführen. Herr Dr. Vogl vom Umweltministerium hat in der letzten Sitzung des Unterausschusses mit Stolz auf die Erfolge in der Schadstoffrückhaltung bei der Müllverbrennungsanlage Kempton verwiesen. Er hat stolz erklärt, daß im Kubikmeter Abluft nur noch 4 mg Staub seien, nicht mehr 50 mg wie früher; daß Cadmium nur noch zu 0,00004 mg enthalten sei, nicht mehr mit 0,2 mg. Diese Zahlen hat Herr Vogl vom Umweltministerium genannt. Nach dem Willen des Herrn Zimmermann in Bonn sind die Werte, die jetzt festgeschrieben werden sollen, aber ein Vielfaches dessen, was gegenwärtig tatsächlich gemessen wird, was Stand der Technik ist. Ich frage mich, was diese hohen Werte sollen. Auf die Bleiwerte umgerechnet heißt dies z. B. 2,5 Tonnen Blei bei 100 000 Kubikmetern Müll im Jahr statt 200 Gramm. Man muß sich die Größenordnung einmal anschauen, um einen Begriff zu bekommen. Was nützt uns eine Technische Anleitung Luft, die den technischen Fortschritt nicht her-

ausfordert, sondern verhindert, weil sie die Ingenieurkunst der Deutschen ständig unterfordert?!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Wir haben dazu einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Sie sind gerne eingeladen, daran mitzuarbeiten.

Auch in Bayern selbst muß energischer gehandelt werden. Es gibt in Bayern, wie Sie wissen, keinen einzigen Luftreinhalteplan. Nicht einmal die notwendigen Maßnahmen sind dafür abgeschlossen, obwohl das Bundes-Immissionsschutzgesetz nunmehr zehn Jahre alt ist. Wer hindert eigentlich die Bayerische Staatsregierung, das Personal zur Verfügung zu stellen, das notwendig ist, um das Vollzugsdefizit im Umweltschutz aufzuarbeiten?

Ich bitte Sie herzlichst, bei den Haushaltsberatungen mitzuhelfen, daß wir endlich mehr Personal für den Umweltschutz bekommen, damit die Anlagen überprüft und verbessert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege von Redwitz!

Freiherr von Redwitz (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ernüchterung ist längst bei denen eingekehrt, die noch in den 60er und Anfang der 70er Jahre überzogene Erwartungen an Biologen und Ärzte gestellt haben, die sich mit der Krebsforschung beschäftigten.

Ich meine, wir dürfen auch nicht in einem überzogenen Aktionismus an das Problem Waldsterben gehen. Wir müssen erkennen, daß die naturwissenschaftliche Forschung heute in immer diffizilere, subtilere, organische bzw. biologische Zusammenhänge eindringen muß. Neben dem internationalen Zusammenhang in der Schadstoffverfrachtung haben wir es mit der Tatsache zu tun, daß sich der Schadensumfang heute bei gleichbleibender Immissionssituation ändert. Jeder forstlichen Forschung, dies sei denen gesagt, die sich damit nicht beschäftigt haben, steht eben die Tatsache entgegen, daß Bäume 80 bis 100 Jahre leben und es für jeden Forscher außerordentlich schwierig ist, Versuche anzulegen; er wird nie selbst das Ergebnis seiner Forschung auf den Versuchsflächen feststellen können.

Erst seit vier Jahren, dessen sollten wir uns bewußt werden, sind sich forstliche Forscher und Forstleute bewußt, daß großflächig Schäden auftreten, die sich nicht mit der bisherigen Erfahrung decken. Die zunächst lehrstuhlbezogene Forschung wurde in Bayern bereits 1982 zusammengefaßt. Schon 1983 – achten Sie auf die Dichte des Zeitablaufs – wurden auf einem Symposium in Jülich alle Ergebnisse von Deutschland gefiltert, wurde der Stand der Forschung abgeklärt, wurden Forschungslücken festgestellt und Prioritäten gesetzt. Dann setzte die Bundesförderung ein. Sie war notwendig; denn die alte Bundesregierung, die bis 1982 die Verantwortung getragen hatte, hat das Waldsterben offenkundig über-

(Freiherr von Redwitz [CSU])

haupt nicht ernst genommen. Im Haushalt 1982 waren von Bonn damals lächerliche 200 000 Mark eingesetzt.

(Abg. Dr. Rothemund: Und Ihr habt eine Erhöhung beantragt?)

1983 sind 30 neue Vorhaben mit 13,2 Millionen gefördert worden, 1984 weitere 27 mit 10,2 Millionen.

(Abg. Hiersemann: Und wo waren Ihre Anträge?)

– Hören Sie sich die Zahlen einmal an! Bayern fördert die Waldschadensforschung gezielt allein in diesem Jahr mit vier Millionen. Eine interministerielle Arbeitsgruppe koordiniert auf politischer Ebene.

(Abg. Dr. Rothemund: Kennen Sie den Brief des Herrn Ministerpräsidenten?)

Das Staatsministerium hat noch einmal Anfang Oktober 1984 alle Forschungsergebnisse der Bundesrepublik abgeglichen, wobei gezielt standortübergreifend sachgebietsorientierte Arbeitsgruppen gebildet wurden. So ist ein ungeheuer großer Forschungsverbund entstanden, der auch Wirkung zeigen wird. Bis heute ergibt sich aber lediglich folgendes:

Das Gewicht der Schadstoffaktoren wechselt nach Gebiet und Standort. Die Verteilung der Schadstoffe korreliert nicht mit der Verteilung der Schadensflächen. Wir vermuten, daß die Säuren weniger über den Boden und die Wurzeln als vielmehr über die Blattoorgane wirken. Man muß annehmen, daß Viren, Bakterien, Mykoplasten und Pilze wesentlich an den Waldschäden beteiligt sind und die Schäden großflächig erweitern, wenn sie auch noch nicht als auslösende Ursachen angesehen werden. Seit heuer lassen Luftbildaufnahmen eine Schadensfeststellung bereits ein bis zwei Jahre vor terrestrischen Aufnahmen zu, weshalb sie in besonderem Maße gefördert werden müssen.

Meine Damen und Herren! Es mußte bisher in Bayern noch kein einziges Forschungsobjekt in Sachen Waldsterben wegen Geld- oder Personalmangels zurückgestellt oder gebremst werden.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir ein Prinzip Hoffnung und Glück haben, Herr Starzmann, dann die Hoffnung wie bei der Krebsforschung auf Intensivierung der Forschung; wenn wir auf Glück setzen, dann auf Forscherglück. Bayern, so meine ich, hat auf diesem Gebiet gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Schuhmann. Bitte, Herr Kollege!

Schuhmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann den Vorwurf, daß die SPD in der alten Regierung zu wenig getan hätte, gar nicht mehr hören.

(Lebhafte Heiterkeit bei der CSU und Zuruf: Freudscher Versprecher!)

Es ist die alte Leier der CSU. Was wir in dieser Regierung aber getan haben, war dem Herrn Ministerpräsidenten immer noch zu viel, wie sein Brief an die Bundesregierung bewiesen hat.

(Abg. Dr. Böddrich: Vorlesen!)

– Diesen Brief haben wir schon oft vorgelesen!

Ich möchte den regionalen Aspekt der diesjährigen Waldschadensinventur untersuchen und auf die Situation in Oberfranken eingehen.

In Bayern hatten wir insgesamt eine Zunahme der geschädigten Fläche, während wir in Oberfranken einen Rückgang hatten. 1983 hatten wir in Oberfranken eine schadensfreie Fläche von 39 Prozent, 1984 von 47 Prozent. Ich halte es aber trotzdem für leichtfertig und unverantwortlich, Herr Kollege Müller, von Regenerationsfähigkeit des Waldes zu sprechen. Man muß dies schon genauer untersuchen:

Wir hatten nur einen Rückgang der leicht geschädigten Flächen, dagegen eine Zunahme der mittel- und stark geschädigten Flächen von 19 auf 25 Prozent. Wenn wir die besonders betroffenen Gebiete im Frankenwald, dem Fichtelgebirge und dem Steigerwald untersuchen, so ergibt sich, daß die stark geschädigten Flächen mit 5 Prozent und die mittelstark geschädigten Flächen mit 34 Prozent am höchsten in Bayern und der Bundesrepublik sind; sie haben um 10 Prozent zugenommen. Also in den schwer- und mittelstark geschädigten Flächen enorme Zunahmen und den höchsten Stand in ganz Deutschland! Deshalb halte ich es für unverantwortlich, von Regenerationsfähigkeit des Waldes zu sprechen. Im übrigen erzählt man sich unter Naturschützern in Oberfranken – ich bitte, auch dies einmal im Landwirtschaftsministerium zu untersuchen –, daß zwei Untersuchungsgruppen die Flächen untersucht hätten, wobei die eine Gruppe gute Ergebnisse gehabt hätte, während die Ergebnisse der anderen Gruppe im bayerischen Durchschnitt gelegen gewesen wären, wobei man zu diesen Ergebnissen aufgrund einer anderen Untersuchungsmethode bzw. Beurteilung gekommen wäre.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen, auf die Belastung des Bodens. Die Diskussion leidet nämlich darunter, daß wir uns nur auf das Waldsterben, auf die Waldschäden konzentrieren, aber SO₂, Stickoxide und Schwermetalle fallen ja nicht nur auf die Wälder, sondern ebenso auf unseren Boden insgesamt.

(Zustimmung bei der SPD)

Und damit haben wir auch Auswirkungen in der Landwirtschaft. Wir können heute schon von Verdichtung, Verschlämmung und Versauerung des landwirtschaftlichen Bodens und vor allem von Zunahme der Schwermetalle in den Pflanzen sprechen. Wissenschaftler weisen seit einiger Zeit darauf hin, werden aber von der offiziellen Landwirtschaftspolitik nicht ernst genommen. Als ich am 21. Juli auf diese Entwicklung hingewiesen habe, ist mir vom Landwirtschaftsministerium Parolkmache vorgeworfen worden. Am 10. Juli allerdings hatte sich der Landwirtschafts-

(Schuhmann [SPD])

minister schon besonnen, denn laut Minister Eisenmann hatten Untersuchungen in Oberfranken ergeben, daß drei Viertel der geprüften Fläche stark versauert sind und daß dies nur durch vermehrtes Kalken ausgeglichen werden kann. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Zur Neutralisierung von 100 Kilogramm Schwefeldioxid sind 120 Kilogramm Kalk erforderlich, rechnete Eisenmann vor. Im Durchschnitt aber rieselten bereits 110 Kilogramm Schwefeldioxid in einem Jahr auf einen Hektar herab.

Ich frage mich, wie lange das Bodenleben dies noch übersteht. Professor Preuschen prophezeit ja schon eine große ökologische Krise in der Landwirtschaft.

Ich muß zu Ende kommen, darf aber noch auf zwei Zitate eingehen. Auch der Bodenkundler Dietmar Schröder aus Trier –

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege Schuhmann, kommen Sie bitte wirklich zum Ende! Ihre 5 Minuten sind abgelaufen.

Schuhmann (SPD): – weist auf die abnehmende Fruchtbarkeit des Bodens hin. Auch eine offizielle Untersuchungsgruppe der Bundesregierung erklärt eindeutig, daß es hier zur nächsten Katastrophe komme. Nicht nur der Wald stirbt, auch der Boden.

(Zustimmung bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Ewald Lechner. Bitte, Herr Kollege!

Lechner Ewald (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! In den letzten Wochen hat sich dieser Landtag gemeinsam bemüht, dem Waldsterben und der Schädigung der Natur, des Bodens und des Wassers Paroli zu bieten. Wir von der Christlich-Sozialen Union haben drei Anträge eingebracht, nämlich betreffend Nachrüstung, bleifreies Benzin und Katalysator. Hierüber konnte dankenswerterweise Übereinstimmung erreicht werden, nicht so beim Tempolimit.

Ich frage Sie, meine sehr verehrten Kollegen von der SPD: Warum haben Sie es nötig, uns Saumseligkeit vorzuwerfen, in Panikmache und Opportunismus zu machen,

(Widerspruch von der SPD)

aber den Waldschaden zum Anlaß zu nehmen, Ihre Versäumnisse zu kaschieren?

(Zustimmung bei der CSU – Widerspruch von der SPD)

Denn es steht eindeutig fest, daß die CSU sehr deutlich und sehr frühzeitig die nach dem Kenntnisstand notwendigen Maßnahmen sofort ergriffen hat.

(Mehrmaliger Zuruf des Abg. Hiersemann: Wo?)

– In allen Bereichen! Wir waren es, ich habe es schon gesagt, die in punkto Nachrüstung, Katalysator und bleifreies Benzin

(Abg. Kolo: Wann wirkt das?)

deutliche Signale gesetzt haben, um dem Übel beizukommen.

(Abg. Hiersemann: Wir haben Euch doch mit dem Volksbegehren dazu prügeln müssen!)

Lassen Sie mich ganz speziell zu dem Tempolimit mit etwas sagen, mit dem Sie zu einer Heilung dieses Waldschadens zu kommen, glauben:

Meine Herren von der SPD, wir können es Ihnen einfach nicht abnehmen, nicht etwa, weil wir es nicht glauben wollen, sondern weil die Fakten noch nicht auf dem Tisch liegen, daß wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem Tempolimit kommen sollen.

(Abg. Hiersemann: Reden wir lieber darüber, was wir tun könnten! – Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

Wir glauben, mit einem Großversuch könnte Klarheit geschaffen werden. Ich werde Ihnen einige Argumente nennen.

Wir sind mit Sicherheit gegen „Rennsäue“, sind aber auch mit Sicherheit gegen das Einlegen eines Kriechgangs, weil wir dies nicht für die erfolversprechende Therapie halten.

(Abg. Dr. Rothemund: Reden Sie mit dem Waldbesitzerverband und mit dem Bauernverband! Das sind doch Ihre Anhänger, die Sie längst überholt haben!)

– Herr Kollege Dr. Rothemund, von einem Institut in Heidelberg, das uns gewiß nicht nahesteht, werden 270 000 Tonnen Stickoxide bei einem Tempolimit getestet, vom Umweltbundesamt in Berlin rund 150 000, und die Automobilindustrie, auch wenn Sie sagen, die ist eingefärbt,

(Zuruf des Abg. Dr. Rothemund: Das sind Interessenten, denen kann man nichts glauben!)

spricht von rund 70 000 Tonnen. Wenn man nun vergleicht und wertet,

(Zuruf: Sie dürfen das alles nicht zusammenzählen! – Heiterkeit)

dann sind es zwischen drei und fünfzehn Prozent, aber nicht etwa zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent, wie Sie behauptet haben. Mit anderen Worten: Der Unterschied liegt bei rund 400 Prozent.

Wenn dies so ist, meine sehr verehrten Kollegen, dann kann doch dem Autofahrer, den Sie hier verteufern wollen,

(Widerspruch von der SPD – Abg. Hiersemann: Wer verteuft denn den Autofahrer?)

dem Sie den Stempel einer für den Wald schädlichen Gesinnung aufdrücken wollen, nicht zugemutet werden, daß schon jetzt, ohne die Ergebnisse des Großversuchs abzuwarten, entsprechende Tempolimits eingeführt werden.

(Abg. Kolo: Eine bemerkenswerte Rede! Die muß man sich merken!)

(Lechner Ewald [CSU])

Eine weitere Feststellung: Wir wissen durch Untersuchungen, daß sich etwa 50 Prozent der Bevölkerung bis dato nicht an die festgesetzten Tempolimits halten. Wir haben ja Tempolimits an 96 Prozent der Straßen. Sicherlich werden Sie sagen, auf den Autobahnen wird etwa 25 Prozent des Verkehrs abgewickelt, aber wenn man weiß, daß die Durchschnittsreisegeschwindigkeit 112 Kilometer in der Stunde beträgt,

(Abg. Dr. Rothemund: Wieder die berühmte Durchschnittsgeschwindigkeit!)

dann kann man nicht darauf abheben, daß das Tempolimit soviel bringen würde. Wir bauen vielmehr auf den Katalysator, der 80 bis 90 Prozent der Stickoxide und der anderen Schadstoffe nimmt.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothemund: Hättet ihr den halt eingeführt! – Abg. Hiersemann: Hättet ihr ihn zum 1.1.1986 eingeführt!)

Wir bauen auch weiterhin auf die Nachrüstung der Fahrzeuge,

(Zuruf von der SPD: Wann?)

weil dadurch von 25 Millionen Autos, die jetzt ohne entsprechende Abgasreinigung laufen, doch der größte Prozentsatz verhältnismäßig schnell zu besseren Abgaswerten kommt.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege, darf ich auch Sie bitten, jetzt zum Ende zu kommen.

Lechner Ewald (CSU): Wir danken der Bayerischen Staatsregierung,

(Zuruf von der SPD: Auf die Knie!)

daß sie durchgesetzt hat, daß entsprechende Anreize gegeben werden, daß Steuerfreiheit gewährt wird, damit sowohl die Umrüstung als auch die Einführung des neuen Katalysators sehr rasch erfolgen.

(Abg. Kolo: Alles Maßnahmen, die die Staatsregierung nichts kosten!)

Nicht Gegensätzlichkeit, sondern Miteinander bringt uns weiter, um dem Wald wirklich entscheidend und rasch helfen zu können. Die Staatsregierung hat das Notwendige in die Wege geleitet.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Zu Wort hat sich gemeldet der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Bitte, Herr Staatsminister!

(Abg. Kolo: Darf er? – Abg. Klasen zu Staatsminister Dr. Eisenmann: Aber „Big Brother is watching you!“ – Heiterkeit bei der SPD)

Staatsminister Dr. Eisenmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin sehr erstaunt gewesen, daß Herr Kollege Starzmann hier behauptet hat, die Bayerische Staatsregierung würde schweigen

und abwiegeln, nachdem ich im zuständigen Ausschuß des Bayerischen Landtags, dem Agrarausschuß, am 10. Oktober die Waldschadensinventur für 1984 für Bayern in aller Objektivität, soweit uns die Tatsachen zugänglich sind, bekanntgegeben habe.

(Zustimmung bei der CSU)

Herr Kollege Starzmann, Ihre erste Behauptung ist unrichtig, um nicht deutlicher zu sein, sie ist unwahr.

(Zustimmung bei der CSU)

Ihre gesamte Argumentation, so hatte ich hier den Eindruck, nachdem wir uns im Agrarausschuß noch verhältnismäßig sachlich über das Problem unterhalten hatten, das ich sehr, sehr ernst nehme, ist dazu angetan, aus der großen Problematik der Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland und besonders in Bayern parteipolitisches Kapital zu schlagen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben mich in ausgesprochenen Unterstellungen angegriffen; denn ich habe zu keinem Zeitpunkt den Ernst der Situation verschwiegen. Aus Verantwortung für den Wald und für unser Land muß ich aber auch auf die Unsicherheitsfaktoren aufmerksam machen. Worin liegen diese?

Meine Damen und Herren! Wir haben in Bayern erstmals im Jahre 1982 eine reine Schätzung vorgenommen, nachdem uns Schäden an der Fichte 1981/82 drastisch bekannt geworden waren. Vorher waren Schäden in erster Linie bei der Tanne aufgetreten. Diese wurden von den Forstleuten deswegen nicht so ernst genommen, weil es im Laufe der vergangenen Jahrzehnte immer wieder Tannenschäden gegeben hatte, und zwar als Folge verschiedener Ursachen, hauptsächlich aber von Trockenheiten. Zunächst war man sich über die Ursachen der Schäden an der Fichte nicht ganz sicher. Man nahm an, dies seien Spätfolgen der Trockenheit aus dem Jahr 1976 oder Folgen des großen Temperatursturzes von Sylvester 1979 auf den Neujahrstag 1980, als die Temperatur innerhalb weniger Stunden um 30 Grad gefallen war. Das ist natürlich auch für die Bäume ein ungeheurer Streß.

(Abg. Hiersemann: Wann ist das festgestellt worden?)

– Bei den Fichten hat man das 1981/82 deutlich beobachtet.

(Abg. Hiersemann: Warum werfen uns dann die CSU-Kollegen vor, daß wir nichts getan hätten?)

– Ich habe ja gesagt, bei den Tannen wurden die Schäden bereits 1976 beobachtet. Bayern hat sofort gehandelt und Untersuchungen und Forschungsaufträge vergeben. Ich habe mich hier im Plenum sofort dieser Problematik gestellt. Der Finanzminister hat mir bisher auch keinen Antrag auf Finanzierung von Forschungsaufträgen, die einigermaßen Hand und Fuß hatten, verweigert. Bayern hat in der gesamten Forschung und Untersuchung, von der Bekämpfung und Reduzierung der Emissionen ganz abgesehen, in

(Staatsminister Dr. Eisenmann)

der Bundesrepublik Deutschland eine Vorreiterrolle gespielt. Zur Zeit laufen noch ca. 30 Forschungsaufträge.

Ich komme zum Ergebnis der Waldschadensinventur. Auch weil man mir im Agrarauschuß Verniedlichung der Ergebnisse vorgeworfen hat, möchte ich dazu einige Bemerkungen machen.

Erstens. Es ist erstmals in diesem Jahr bundesweit eine Waldschadensinventur vorgenommen worden, und zwar nach einem genauen Raster und nach einer einheitlichen Methode. Im vergangenen Jahr ist dies nur in Bayern und Baden-Württemberg geschehen, so daß ein Vergleich der Zahlen dieses Jahres mit dem des vorigen Jahres in der Bundesrepublik auf schwachen Füßen steht. Aus früheren Jahren haben wir überhaupt keine genauen Angaben. Vor allem haben wir keine Unterlagen darüber, inwieweit schon in früheren Jahren Blattverluste auch in Beständen aufgetreten sind, die heute noch gesund sind. Kein Forstmann ist bei Beobachtung der Bäume von unten in der Lage, exakt zu sagen, ob es sich um einen Blattverlust von 10 bis 25 Prozent handelt. Daher steht die unterste Schadenskategorie, nämlich Blatt- und Nadelverluste bis zu 25 Prozent, unter die fast ein Drittel aller Schäden fällt, auf relativ schwachen Füßen. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Darauf beruht der hohe Prozentsatz an geschädigten Bäumen. Ich habe dies vor 14 Tagen auch mit Forstwissenschaftlern auf der forstwissenschaftlichen Hochschultagung sehr ernsthaft besprochen. Sie haben mich darin bestätigt.

Zweitens. Wir haben beobachtet, daß die Schäden am stärksten bei Laubbäumen zugenommen haben, und zwar bei Buche und Eiche. Kein Forstmann und kein Wissenschaftler hat mir bisher exakt sagen können, woher gerade die Schäden an Laubbäumen kommen. In diesem Jahr waren die Niederschläge für den Wald nämlich enorm gut, während in den vergangenen Jahren die Trockenheit eine große Rolle gespielt und sicherlich zur Kumulation der Schäden beigetragen hat. Bis heute hat man dafür keine Erklärung. Man sagt, daß es vielleicht Nachwirkungen des Trockenjahres 1983 waren.

Drittens. Wie aus der Erhebung ebenfalls hervorgeht, haben die Schäden im Alpenraum sehr stark zugenommen. Es ist bekannt, daß die Luft im Alpenraum ziemlich rein ist und vor allem kaum Schwefeldioxid aufweist. Die Mehrzahl der Wissenschaftler sagt, wobei andere Wissenschaftler wieder ganz andere Hypothesen und Theorien aufstellen, daß im Alpenraum mit großer Wahrscheinlichkeit Ozon und Fotooxidantien als Umwandlungsprodukte von Stickoxiden eine große Rolle spielen.

(Abg. Kolo: Und Kohlenwasserstoffe!)

Zwar ist die Schädlichkeit dieser Produkte im Labor nachgewiesen, aber es ist noch lange nicht nachgewiesen, daß diese Produkte im Alpenraum zu den Schäden geführt haben.

(Abg. Kolo: Ja!)

– Nein, das ist bisher reine Theorie und in der Praxis noch nicht nachgewiesen.

(Abg. Kolo: Sie haben doch selbst erhöhte Ozonwerte am Wank gemessen! – Abg. Alois Glück: Das stimmt doch nicht, Herr Kollege Kolo!)

Viertens. Es ist sehr interessant, daß nach der Waldschadensinventur 1984 die schwach geschädigten Bestände im Frankenwald und im Fichtelgebirge zurückgegangen sind.

(Abg. Walter Engelhardt: Und die mittleren und die starken haben zugenommen!)

– Ja, das stimmt. In Oberfranken haben die geschädigten Flächen um 14 Prozent und in der nördlichen Oberpfalz um 7 Prozent abgenommen. Es hat sich aber auf den Beobachtungsflächen, die die Forstverwaltung seit drei Jahren eingerichtet hat, gezeigt, daß sich nicht nur schwach geschädigte Bestände, sondern auch stark geschädigte Bestände regeneriert haben.

Wie kann man nun erklären, daß in Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz das Schadbild wieder besser geworden ist? Nach Auffassung meiner Mitarbeiter und auch von Wissenschaftlern, vor allem von Meteorologen, spielen in Oberfranken die höheren Niederschläge des vergangenen Jahres eine Rolle und mit großer Wahrscheinlichkeit auch die Reduzierung der Schadstoffe aus dem Kraftwerk bei Schwandorf, die ganz gewaltig gegriffen hat; ich hoffe es wenigstens.

(Zuruf von der SPD: Also ist es nicht die DDR?)

Meine Damen und Herren! Ich sage dies deshalb, weil ich der Meinung bin, daß wir nicht nur den Forstleuten wieder Hoffnung, sondern auch den Politikern die Chance geben müssen, etwas zu tun.

(Abg. Kolo: Wenn Sie nur etwas täten!)

Wenn Sie weiter so in Panik machen, wenn Sie weiter diese Horrorgemälde malen und sagen, es geht alles kaputt, dann erwecken Sie den Eindruck, daß ohnehin nichts mehr nützt. Wie können Sie aber dann von Politikern und Forstleuten noch Initiativen verlangen?

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothmund:
Warum fordern wir denn Maßnahmen? –
Zuruf des Abg. Kolo – Weitere Zu- und
Gegenrufe)

Eine letzte Bemerkung. Wir erfassen seit Jahresbeginn auch die Zwangsanfälle bei der Holznutzung, um den Zusammenhang zwischen äußerlich erkennbaren Schadsymptomen und Holzanfall herzustellen. Dabei zeigt sich glücklicherweise, daß die Auswirkungen bei weitem nicht so dramatisch sind, wie der Gesundheitszustand zunächst befürchten ließ. Der Anteil dieser Zwangseinschläge beträgt bisher lediglich 6 Prozent und zeigt keinen Aufwärtstrend.

Was will ich damit sagen?

(Staatsminister Dr. Eisenmann)

Diese ganzen Horrormeldungen, die im letzten und in diesem Jahr wesentlich dazu beigetragen haben, den Holzmarkt nicht nur zu verunsichern, sondern den Holzpreis auch ganz massiv zu drücken, sind nicht berechtigt.

Zum zweiten bin ich nach wie vor der Meinung, daß wir mit unseren Maßnahmen, die Schadstoffe der Luft zu vermindern, auf dem richtigen Weg sind. Diese sind zweifellos ein großer Streßfaktor für den Gesundheitszustand unserer Wälder. Dabei möchte ich, was der Kollege Glück gesagt hat, nicht wiederholen.

Nach meiner Überzeugung und nach Auffassung von Wissenschaftlern und meiner Mitarbeiter steht eindeutig fest, daß nicht allein Schwefeldioxid und Stickoxide eine Rolle spielen, sondern viele Faktoren zusammenwirken.

(Abg. Dr. Rothmund: Dann muß man eben viele Maßnahmen ergreifen!)

Dieses Zusammenwirken und dessen Konsequenzen sind bis heute noch nicht restlos erforscht.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothmund: Sie sollten einmal in die CSSR fahren!)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Heinrich!

Heinrich (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen von Herrn Staatsminister Eisenmann können die Waldbesitzer keineswegs beruhigen.

Herr Staatsminister, Sie haben die Entschädigungs- und Haftungsfragen, die für die Waldbesitzer besonders wichtig sind, in keiner Weise angesprochen. Die Schadensbilanz des Waldsterbens trifft nämlich unmittelbar und in voller Wucht die Waldbesitzer, insbesondere auch die kommunalen Waldbesitzer. Lassen Sie mich als Beispiel dafür die Stadt Augsburg anführen.

Die Stadt Augsburg gehört mit rund 7000 ha Waldfläche zu den größten kommunalen Waldbesitzern. Ein beträchtlicher Teil des Waldes wurde von Stiftungen mit der Maßgabe eingebracht, daß sie zu einem hohen Anteil an den Reingewinnen aus dem Stadtwald beteiligt werden. Der durch das Waldsterben in Frage gestellte Ertrag der städtischen Waldbewirtschaftung würde in Zukunft die Weiterführung heute noch bestehender sozialer Einrichtungen, insbesondere von Altenheimen für sozial Schwache, gefährden oder ihren Unterhalt ganz der öffentlichen Hand aufbürden. Gleiches gilt für die Stiftung der Fuggerei.

Der Stadt Augsburg gehört auch das Revier Siebenbrunn mit rund 2000 ha Wald, das seit über 100 Jahren das Trinkwasser für über 350 000 Bürger liefert. In Siebenbrunn werden zur Zeit jährlich 26 Millionen Kubikmeter Trinkwasser ohne weitere Aufbereitung gewonnen. Der Verlauf des Waldsterbens wird sowohl Menge als auch Qualität des Augsburger Trinkwas-

ters erheblich verändern und somit für die Stadt und ihre Bürger erhebliche Folgelasten mit sich bringen.

Dies und andere Gründe haben Stadt und Rat der Stadt bewogen, den Klageweg gegen den Staat prüfen zu lassen. Der Gutachter für eine Klage der Stadt Augsburg, Professor Dieter Suhr, Lehrstuhlinhaber für öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik, zugleich auch ehrenamtlicher Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof, kommt zu dem Schluß:

Der Staat habe dem einzelnen Unternehmer das Risiko abgenommen. Erst die gesetzlich angeordnete Pflicht zur Duldung der oft erheblichen Emissionswerte habe dazu geführt, daß es keine privaten Klagemöglichkeiten mehr gebe. Der Staat habe festgelegt, welche Schadstoffe von Unbeteiligten hingenommen, eingeatmet und oft buchstäblich mit dem Essen geschluckt werden müßten. Der Staat, der das Monopol der Umweltüberwachung besitze, der als einziger hier Abhilfe schaffen könne, habe mit seiner Gesetzgebung und seinem Vollzugsgebaren die Emissionsventile nicht in dem technisch und wirtschaftlich machbaren Rahmen zugedreht. Wer eine solche Privilegierung von Unternehmen, darunter von vielen Unternehmen der öffentlichen Hand, hinnehme oder gar deshalb hinnehme, sei auch für die Folgeschäden haftbar.

Die Stadt Augsburg wird in ihren Bestrebungen vom Bayerischen Städtetag und vom Bauernverband unterstützt. Auch die SPD befürwortet Bestrebungen der Kommunen, die Haftungsfrage gerichtlich klären zu lassen. Ganz anders die CSU. Umweltminister Alfred Dick hat am 17. Februar 1984 dazu in Augsburg auf einer Pressekonferenz Stellung bezogen. Der Minister: Die Klage ist das Idiotischste, was es gibt!

(Abg. Knipfer: Da hat der Minister recht!)

Daran ändere auch die Tatsache nichts, daß die Klage vom Bauernverband und vom Städtetag unterstützt werde. Er, der Minister, könne sich nur an den Kopf langen.

(Abg. Kolo: Daran tut er gut!)

Das Ganze sei ein Aprilscherz. Der Minister droht sogar mit dem Zaunpfahl: Zu uns kommen's und betteln um Geld und kriegen's auch, und dann werden wir hernach noch verklagt.

Herr Staatsminister, ich bedauere, daß Ihnen Sensibilität und Betroffenheit in dieser Angelegenheit völlig abhanden gekommen sind.

(Zustimmung von der SPD)

Ich bedauere auch, daß Sie Städte, die Zuschußanträge stellen, als Bettler darstellen,

(Zustimmung von der SPD)

und ich bedauere, daß Sie den Aufforderungscharakter einer solchen Klage als Politiker nicht erkennen können.

(Zustimmung von der SPD)

(Heinrich [SPD])

Professor Suhr hat recht, wenn er in seinen Ausführungen schreibt, daß ein eigenartiger Verbund von Kurzsichtigkeit, Selbstüberschätzung in der Vorausschau und Besessensein von verhängnisvollen, relativ nachrangigen Leitwerten, wie z. B. Fortschritt, Rentabilität und Lebensstandard, jenes gesetzwidrige Schutzdefizit ausgelöst habe.

Herr Staatsminister, Sie und die Staatsregierung kommen dieser Bewertung von Herrn Professor Suhr voll nach.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächster Redner, Herr Kollege Seehuber!

Seehuber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Ausführungen sollen sich auf die Frage beschränken, welche waldbaulichen Möglichkeiten es noch gibt nach dem Bericht des Herrn Staatsministers, der ja alles andere als erfreulich war.

Die Waldschadensinventur 1984 deutet darauf hin, daß alle Waldarten, ob Mischwald oder Reinbestand, gleichermaßen geschädigt sind. Der manchmal erhobene Vorwurf, die Forstwirtschaft in der Vergangenheit habe einen großen Schuldanteil an den gegenwärtigen Waldschäden, ist damit entkräftet.

Ich sehe daher keine Veranlassung, die waldbaulichen Ziele in Bayern zu ändern. Nach wie vor gilt es, einen standortgerechten und damit naturnahen Wald anzustreben. Diese Bestockungsart begründet ein stabiles und leistungsfähiges Ökosystem. Dieser standortgerechte Wald gewährleistet am ehesten auch einen Ausgleich der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Wald.

Die gesetzliche Verpflichtung der für den Wald verantwortlichen Personen lautet auf pflegliche Waldbewirtschaftung, d. h. nachhaltige Lieferung wertvollen Holzes bei gleichzeitiger Erfüllung und Sicherung der dem Wald obliegenden Schutz- und Erholungsfunktion. Sollten diese Aufgaben in Konkurrenz zueinander treten, so hat selbstverständlich Stabilität eindeutigen Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Erwägungen.

Bei aller Angst um unseren Wald darf sich der Waldbauer und Forstmann nicht von diesem gesetzlichen und ethischen Auftrag abbringen lassen. Die mit diesem Auftrag betrauten Personen und Einrichtungen brauchen in Zukunft die finanzielle und ideelle Unterstützung unserer Gesellschaft und damit des Staates.

Der Auftrag, einen naturnahen Wald zu erhalten und für die kommende Generation zu sichern, ist aufgrund der gegenwärtigen Waldschäden ein sehr schwerer, ich betone: ein ungeheuer schwerer Auftrag. Es muß festgestellt werden, daß bereits heute in manchen Gegenden Bayerns durch Absterben der Bäume und durch Zuwachsverluste sich der finanzielle Betriebserfolg verschlechtert hat. Wir müssen befürchten, daß daraus Einsparungen im Pflegebereich

mit den erwiesenen Nachteilen für den Wald insgesamt folgen.

Das festgestellte starke Absterben der Altbestände und die damit zusammenhängende Verringerung der Umtriebszeiten bringen in Verbindung mit der ausbleibenden Naturverjüngung große ökologische und wirtschaftliche Nachteile. Bei der Überlegung, welche Richtung der Waldbauer aufgrund dieser Schädigungen einschlagen soll, hat, so meine ich, unsere Sorge besonders dem Jungwuchs im Wald zu gelten. Dazu ist es notwendig, daß wir eine richtige Standortwahl treffen. Dankenswerterweise ist im bayerischen Staatswald die Standortkartierung bereits sehr weit gediehen; im Privatwald leider Gottes nicht.

Als waldbauliche Maßnahme wird manchmal auch Baumartenwechsel vorgeschlagen. Ich halte davon überhaupt nichts. Pilzbefall und Insektenbefall treten dort stärker auf als bei den heimischen Baumarten. Die Züchtung sogenannter rauchunempfindlicher Arten ist ebenfalls kein Heilmittel. Warum soll die genetische Vielfalt unserer Baumarten eingeengt werden? Wenn es uns nach mehreren Jahrhunderten vielleicht gelingt, gegen Rauchgas resistente Sorten zu züchten, ist anzunehmen, daß die Stabilität gegenüber anderen Gefahren verloren geht. Absterbende Bäume, welche Ursache auch immer dahinter steht, sind immer schlecht.

Wir brauchen standortgerechte, gesunde Waldpflanzen. Es ist anzunehmen, daß die Waldwirte demnächst in verstärktem Maße Pflanzungen vornehmen müssen. Der bayerische Staat hat daher die Verpflichtung, sich um einen ausreichenden Samenvorrat zu kümmern.

Die überhöhten Schalenwildbestände müssen auf ein vertretbares Maß reduziert werden. Diese Aufgabe müssen unsere Jagdgenossenschaften zusammen mit den Jägern und unseren Forstbeamten bewältigen. Allein die Forderung danach zu erheben, ist überhaupt keine Kunst; damit ist noch nichts bewirkt.

Im Bergwald ist die Trennung von Wald und Weide ein vordringliches Problem. Es wird den Staat jedoch eine Menge Geld kosten.

Gezielte Düngung ist eine ernstzunehmende Maßnahme. Voraussetzung dafür muß sein, daß die Bodenverhältnisse genau geprüft werden. Vor einer undifferenzierten Kalkung im Wald muß ich aus den bekannten Gründen warnen, z. B. wegen der Gefährdung des Trinkwassers.

Mir sind keine waldbaulichen Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung eingefallen, Ihnen wahrscheinlich auch nicht, denn es gibt keine. Wohl aber gibt es waldbauliche Maßnahmen, wenn auch, wie ich zugeben muß, in bescheidenem Umfang, gegen Waldschäden. Wir können auf alle Fälle mehr tun als nur zu sagen, daß dies reine Kosmetik sei.

Wichtig erscheint mir vor allem, den verantwortlichen Waldwirten nicht den Mut zu nehmen. Ich bin schon etwas enttäuscht, daß heute ein Abgeordneter zu unserem Landwirtschaftsminister spöttisch gesagt hat,

(Seehuber [CSU])

daß man Hoffnung brauche. Ohne Hoffnung geht es nicht. Herr Schuhmann hat die Bemerkung des Herrn Kollegen von Redwitz attackiert, daß wir die Regeneration des Waldes im Auge haben müssen. Wir brauchen die Regeneration. In Herz und Hirn unserer Waldwirte muß dem Wald eine Chance gegeben werden.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Geisperger!

Geisperger (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Seehuber, Sie haben recht: Der Wald muß eine Chance haben. Deswegen muß man handeln und nicht reden.

(Beifall bei der SPD)

Man muß die Realitäten realistisch darstellen und darf sie nicht beschönigen.

(Abg. Maurer: Ihr redet doch die ganze Zeit!)

Kollege Starzmann hat gemeint, daß der Minister zwar die Zahlen richtig dargestellt, dann aber sein Herz als Holzminister geschlagen hätte. Der Minister hat in seinem Bericht wörtlich gesagt; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Wenn es gelingt, die lufthygienische Lage weiter zu verbessern, wozu in den letzten beiden Jahren viel geschehen ist, und wenn in den nächsten Jahren die Witterungsverhältnisse nicht ebenso ungünstig sind wie etwa 1976 und 1983, besteht die Chance, unseren Wald langfristig zu erhalten. Bis jetzt haben die Waldschäden nicht zu den von einigen Wissenschaftlern und forstlichen Praktikern in unverantwortlicher Weise bereits im Vorjahr prognostizierten Massenankfällen an Holz geführt.

Herr Minister, wir haben das Gefühl, daß hier zu früh Entwarnung geblasen wird. Dazu ist es noch zu früh.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir sollten das Waldsterben als Signal verstehen. Nachdem der Wald durch Luftverunreinigungen so geschädigt wird, wie es momentan der Fall ist, müssen wir bedenken, daß die gleiche Luft auch über den Feldern weht. Der Bericht über das Waldsterben ist also gleichzeitig ein Bericht über die Gefahren für die Felder.

Nun kann man die Versauerung des Bodens noch durch Gaben von Kalk ausgleichen. Das kostet zwar viele Millionen; aber immerhin ist es möglich. Die Kulturen sind immer nur einjährig, so daß an den Pflanzen mehrjährige Entwicklungen nicht sichtbar sind. Wenn sie auch nicht sichtbar ist, so vollzieht sich doch im Boden eine gefährliche Entwicklung. Ich meine, daß wir diese Gefahren auch sehr deutlich sehen sollten, denn die Schwermetalle, die über die Niederschläge und den Staub in den Boden geraten, sind

eine ungeheure Belastung für den Boden. Die Schwermetalle befinden sich im Boden zum Teil in einer Form, daß sie nicht pflanzenverfügbar sind. Durch biologische, chemische und physikalische Veränderungen werden sie aber zu pflanzenverfügbaren Elementen, die in den Naturkreislauf geraten und drinbleiben. Dadurch werden sie zu einer kontinuierlichen, vielfach nach Jahrhunderten noch vorhandenen Gift- und Schadstoffbelastung. Das ist eine unbegrenzte, anhaltende Gefahr für den Boden und die Pflanzenproduktion. Dieses Problem müssen wir in Zukunft stärker beachten.

Die Gedichtzeile „Der Wald steht schwarz und schweiget“ wurde umgewandelt in „Der Wald steht schwarz und leidet“. Wenn Sie Weihnachtslieder singen, empfehle ich Ihnen, daran zu denken, daß man ein bekanntes Weihnachtslied auch dahin umdichten könnte:

Leise rieselt der Dreck,
– auf die Felder, meine ich –
Leute, merkt ihr des net,
lernt möglichst schnell jetzt vom Wald,
sonst sterben die Felder auch bald.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort erteile ich dem Herrn Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen!

Staatsminister Dick: Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Leider bin ich nicht in der Lage, auch unter die Dichter zu gehen. Ich bin aber der Meinung, daß dies dem Wald überhaupt nichts nützt, keinem einzigen Baum.

(Zustimmung bei der CSU)

Jeder hat das gute Recht, in seiner Art und Weise von sich zu geben, was ihn bedrückt. Ich glaube, daß wir uns alle in einer bedrückenden Situation befinden.

Wir sollten uns gegenseitig unterstellen, daß nach bestem verfügbarem Wissen und aus Verantwortung Entscheidungen zu treffen, die anstehende Probleme lösen. Wenn man tagtäglich damit quer durch alle Bereiche zu tun hat – vor drei Tagen auf der Umweltministerkonferenz, in der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer –, dann erkennt man, daß man doch immer mit Wasser kochen muß, wenn im Volkzug die Entscheidungen zu treffen sind.

(Zurufe von der SPD)

Jeder Verantwortliche wird mir recht geben, dies hat der hessische Umweltminister auf der Umweltministerkonferenz ebenso gesagt wie der nordrhein-westfälische Minister, daß die Dinge im Volkzug ganz anders aussehen. Wir waren uns im internen Gespräch durchaus einig, daß es der Sache überhaupt nichts nützt, wenn eine Art Kesseltreiben gegen die jeweils Verantwortlichen veranstaltet wird, wer gestern oder vorgestern etwas versäumt hat. So ist es. Deshalb sollte man endlich einmal nüchtern bilanzieren.

(Staatsminister Dick)

(Abg. Hiersemann: Sagen Sie dies doch Ihren CSU-Kollegen!)

– Gut, aber dann könnte ich bei Ihnen auch wieder anfangen. Was Sie heute tun, ist nämlich der Versuch, Versäumnisse oftmals an den Haaren herbeizuziehen.

(Abg. Dr. Rothemund: Wir wollen, daß Sie etwas tun!)

Ich könnte Ihnen ja auch vorhalten, daß die USA bereits 1974 mit der Einführung des Katalysators begonnen haben und daß Japan 1976 damit begonnen hat und daß zu dieser Zeit in der Bundesrepublik nicht die CDU/CSU an der Regierung war, als nichts gesehen ist.

(Abg. Kolo: Diese Debatte führen wir einmal! Wer hat sich um bleifreies Benzin gekümmert und wer hat die vollständige Entfernung des Bleis aus dem Treibstoff verhindert?)

Ich sage noch einmal: Es ist sinnlos, immer wieder bei Adam und Eva anzufangen; das ist der Schnee von gestern. Ich bin der Meinung: Das ganze Geschwafel nützt nichts, wenn nicht entschweifelt wird. Das ganze Gerede hilft dem Wald nicht, wenn nicht Taten folgen.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte doch die Kirche beim Dorf lassen.

Ich vertrage mich mit Herrn Heinrich im Umweltausschuß in Sachfragen durchaus, aber wenn er wieder den Schinken von gestern heranzieht, die Sache von Augsburg, dann kann ich nur sagen, was davon zu halten ist. Natürlich stimmt es, ich habe nur nicht so scharf formuliert. Anläßlich eines Besuches in Augsburg wurde ich gefragt, was ich dazu sagen möchte,

(Abg. Dr. Rothemund: Das war nicht sehr sachlich!)

wenn Herr Kollege Dr. Eisenmann und ich nun von der Stadt Augsburg angezeigt würden. Ich habe schlicht und freiweg darauf gesagt, was ich auch heute noch aufrechterhalte, daß ich das für einen Blödsinn halte. Aus dem Wort „Blödsinn“ wurde „Idiotie“. Ob das nun so oder so formuliert war, ist ja wurscht.

(Dr. Rothemund: Das war nicht sehr sachkundig!)

– Herr Dr. Rothemund, das ist sehr sachkundig. Wenn Sie nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, werden Sie sehen, daß ich sogar recht habe, weil nämlich beide, Kollege Eisenmann und ich, die falschen Adressaten sind. Wir haben keineswegs ein Vollzugsdefizit in Bayern. Außerdem konnte hinsichtlich der Gesetzgebung nur der Bundesgesetzgeber gemeint sein. Wie das Gutachten zeigt, sind die Adressaten nunmehr geändert worden. Darf ich denn nicht feststellen, was ich für Blödsinn halte? Ich glaube, das darf jeder von uns, und von dieser Freiheit habe ich Gebrauch gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Immer wieder damit anzufangen, obwohl man sich doch kennt, dem anderen immer wieder etwas hinzuschmieren, damit sind doch keine Sachprobleme zu lösen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

Deshalb soll dieser Schnee von gestern vom Tisch. Das gilt, wenn Sie wollen, für alle Seiten.

Ich möchte damit endlich formulieren, was uns auf der Umweltministerkonferenz so beschäftigt hat: Wenn die sogenannten etablierten Parteien – obwohl mir dieses Wort überhaupt nicht gefällt; es wird teilweise auch von Altparteien gesprochen – nicht merken, daß sie die Umweltprobleme, bei denen Sie angeblich derselben Meinung sind, lösen müssen, und sich dauernd vors Schienbein treten, braucht man sich nicht zu wundern, wenn etwas eintritt, was Ihnen genausowenig gefallen kann. Schauen Sie sich doch die Wahlergebnisse an. Sie mögen vielleicht am Anfang noch gemeint haben, die grüne Welle werde die CDU/CSU allein treffen. Gott sei Dank hat es Sie aber mehr erwischt. Daraus müßte man eigentlich klug werden und erkennen, was die Mehrheit der Bevölkerung von der Umweltschutzpolitik verlangt.

Ein wirklich positives Beispiel haben wir im Bayerischen Landtag bei der Verfassungsergänzung erlebt. Warum machen wir auf dieser Basis nicht weiter und dokumentieren, was damals im Lande gut angekommen ist, nämlich, daß die Parteien in der Lage und willens sind, die Probleme in aller Offenheit anzugehen und Lösungen zu suchen? Wir müssen in Sachfragen sachbezogen handeln, anstatt Vernebelung zu betreiben.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Dick: Ja, natürlich.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Staatsminister, würden Sie mir zugeben, daß die Nichteinführung des Abgaskatalysators zum 1. Januar 1986 dem Geist des Umweltpakets widerspricht, das wir gemeinsam geschnürt haben? Würden Sie mir weiter zugeben, daß es dann, wenn man schon nicht bereit ist, zum 1. Januar 1986 die Einführung des Abgaskatalysators durchzusetzen, wenigstens notwendig wäre, sich im Geiste dieses Umweltpakets für ein sofort wirksames Tempolimit einzusetzen?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dick: Ich werde auf beide Fragen noch zurückkommen. Ich merke mir die Punkte Tempolimit und Katalysator vor. Sie haben das Recht zu fragen, und ich werde auch darauf antworten, weil ich die Ehre hatte, im Bundesrat die Haltung Bayerns zu vertreten.

Ich möchte jedoch zunächst auf die Waldschadensinventur eingehen.

(Widerspruch des Abg. Dr. Rothemund)

(Staatsminister Dick)

– Ich komme darauf zurück, Herr Dr. Rothemund. Es muß aber mir überlassen bleiben, die Reihenfolge zu wählen, die mir paßt.

(Abg. Dr. Rothemund: In bewährter Manier werden Sie sich wieder davonschleichen! Das haben wir schon oft erlebt! Ich kenne das doch!)

– Das ist eine Unterstellung. So einen Zirkus habe ich mit Ihnen noch nicht veranstaltet. Mit Sicherheit hat keiner so oft wie ich, im Gegensatz zu Ihnen, den Kopf hinhalten müssen, auf Umweltkonferenzen ebenso wie in anderen Bereichen, auch im Ausland.

(Abg. Dr. Rothemund: Dafür werden Sie auch bezahlt!)

– Ich tue das auch gerne. Ich lasse mir aber nicht unterstellen, mich vor der Beantwortung Ihrer Fragen in bewährter Manier davonschleichen zu wollen. Das weise ich mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abg. Dr. Rothemund)

– Herr Dr. Rothemund, Sie hören von mir doch auch nicht solchen Käse. Ich möchte dies so bezeichnen, auch wenn ich gerügt werde.

(Abg. Dr. Rothemund: Bei dem Präsidenten wird es nicht gerügt!)

Es ist wirklich Käse, was Sie sagen, weil es nicht der Wahrheit entspricht. Der eine singt Lieder, der andere macht Gedichte.

Ich möchte zur Waldschadensinventur meines Kollegen Dr. Eisenmann sachlich anmerken:

Es ist schwer, solche Ergebnisse zu interpretieren. Jeder sucht sich, das habe ich heute wieder gemerkt, irgendetwas heraus. Kollege Schuhmann hatte zwar recht mit dem, was er sagte, es trifft aber nur einen Teilbereich. Er hat das Fichtelgebirge und den Frankenwald angesprochen. Wenn man die Tabelle anschaut – wir haben overheads gemacht, um die Zahlen vergleichen zu können –, dann sieht man in der Spalte „ohne Schadensmerkmale“ in 1983 die Zahl 21, heute 35. Bei den schwachgeschädigten Bäumen sehen die Zahlen wie folgt aus: 1983 50 und 1984 26. Das beweist, daß eine Verschiebung stattgefunden hat. Die Tabelle zeigt auch, daß sich der Wald wohl regenerieren kann. Man darf also angesichts der einzelnen Schadenskomponenten nicht einfach sagen, alles stirbt. Das ist genauso, wenn Sie sich die Statistiken über die Sterblichkeitsziffern der Menschen anschauen. Wenn beispielsweise 500 000 Menschen in einem gewissen Raum pro Jahr sterben, dann muß man auch danach differenzieren, an welcher Krankheit beziehungsweise auf welche Weise sie sterben. Man muß sehr viele Fälle aussortieren, in denen ein ganz natürliches Sterben vorliegt. Erst dann kann man spezifisch untersuchen, wieviele Menschen an Krebs und an welchem Krebs sterben. Man kann nicht pauschal sagen, die Menschheit stirbt insgesamt. Gleiches gilt für den Wald.

(Beifall bei der CSU)

Ich wehre mich auch dagegen, ich habe auch mit Kollegen Eisenmann darüber gesprochen, daß selbst staatliche Stellen dazu beitragen, solche negativen Vorstellungen zu vertiefen. Im Steckerleswald bei Nürnberg, den der CSU-Arbeitskreis Umwelt vor wenigen Tagen besucht hat, findet sich bei den Föhren eine Tafel des Forstamts Erlangen mit dem Vermerk: Waldsterben. Dabei weiß jeder, daß der Steckerleswald nie zu den Wäldern gehörte, die schon wegen schlechter Bodenverhältnisse als repräsentativ gelten. Auf der Tafel ist aufgelistet, wieviel Prozent der Bäume geschädigt sind. Und dann wird die lapidare Feststellung gemacht: Dieser Wald muß sterben. Das kann ich für meine Person so nicht hinnehmen.

Genauso halte ich die Schlußfolgerung für falsch, daß der Wald nur aufgrund des Einflusses der Luftschadstoffe sterbe. Ich meine, daß keine Zwangssituation gegeben ist. Mehrere Redner beider Parteien haben heute darauf hingewiesen, daß es sich um ein synergistisches Zusammenwirken vieler Komponenten handle. Aber weder wissen sie noch die Wissenschaft heute, was alles letztlich für die Waldschäden verantwortlich ist. Das ist genau das Dilemma.

(Zuruf des Abg. Kolo)

Der Schadensgrad hat zwar zugenommen, aber nicht überall ist die Entwicklung negativ. Wir sollen nicht apokalyptische Zustände zeichnen, weil uns der liebe Gott doch auch einen Verstand gegeben hat, damit wir endlich beim Ausstoß der Schadstoffe die Bremse ziehen und alles tun, was notwendig ist und getan werden kann.

(Zuruf des Abg. Kolo – Abg. Hiersemann: „Bremse“ war gut!)

– Bayern hat, Herr Kolo, die geringsten Luftschadstoffmengen. Betrachten Sie die fossilbefeuelten Kraftwerke! 1976 hatten wir noch 430 000 t Schwefel ausstoß, jetzt nur noch 105 000 t, und in 3 Jahren wird der Schwefelausstoß unter 50 000 t liegen. Wenn Sie mir ein anderes Land nennen können, das diese Bilanz auf den Tisch legen kann, dann gebe ich Ihnen recht, daß wir nichts getan haben.

(Abg. Dr. Rothemund: Das hängt doch mit Schwandorf zusammen!)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Ritzer?

Staatsminister Dick: Jetzt nicht, weil ich weiterfahren möchte.

Die Schadensinventur kann nicht nach einem Rezeptbuch abgehandelt werden. Man kann sich nicht Negatives heraussuchen und dann sagen, der Wald stirbt; die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung haben nichts getan. Wenn Sie bei Adam und Eva anfangen, dann haben Sie alles schön in einem Topf.

(Staatsminister Dick)

Ich komme zum Katalysator. Die Einführung des abgasarmen Autos zum Stichtag 1. Januar 1986 kann nicht gegen die EG-Partner durchgesetzt werden. Ich habe im Bundesrat unsere Haltung erläutert. Die anderen CDU-Länder haben bis auf Baden-Württemberg der bayerischen Vorlage aus guten Gründen zugestimmt. Jeder von uns weiß doch, daß die Situation in Frankreich, in Italien oder anderswo eine andere ist. Wir haben nun einmal keine Insellage wie die Japaner. Die Bundesrepublik kann zwar mit der freiwilligen Einführung des Katalysators eine Vorreiterrolle übernehmen, diese aber obligatorisch nicht auch von den anderen EG-Partnern erzwingen.

(Abg. Kolo: Das gilt doch für 1989 auch!)

– Das ist ein Unterschied, denn man weiß genau, daß bis 1989 positive Entwicklungsstufen durchlaufen sind. In der vergangenen Woche traf sich die Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer zusammen mit der Arge Alpen-Adria, die von Graubünden bis Slowenien reicht, in Meran, das heißt von Ländern, die der EG angehören, und von Ländern, die nicht der EG angehören, bis hin zum sozialistischen Jugoslawien, und es wurde einstimmig der Vorschlag Bayerns zum Beschluß erhoben, daß die Zentralregierungen sich intensiv um flächendeckende Bereitstellung bleifreien Benzins bemühen sollen.

(Dr. Rothmund: Ja, Gott!)

– Herr Dr. Rothmund, Ihrer Meinung nach ist das nichts. Aber ich frage Sie: Welchen Beitrag haben Sie geliefert, daß in dieser Richtung überhaupt Beschlüsse gefaßt worden sind?

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothmund:
Das ist aber sehr billig!)

Ich meine, man muß schon sehen, daß bei aller Freundschaft der Völker, die als Nachbarn zusammenstehen müssen, ein einmütiger Beschluß schon ein erstaunlicher Schritt ist.

(Abg. Dr. Böddrich: Die brauchen doch unser Geld, sonst können sie gar nicht leben!)

– Werfen Sie den anderen nicht immer unser Geld vor! Ich halte das für eine ganz billige Methode. So werden Sie mit Sicherheit keine Freunde gewinnen, sondern die anderen nur verärgern.

(Beifall des Abg. Fendt)

Reden wir kurz über den Milliardenkredit, den Sie dem Ministerpräsidenten dauernd vorwerfen. Das ist das Kindschste, was ich jemals gehört habe. 1 Milliarde DM ist ausgeliehen worden. Das ist ein ganz normales Bankgeschäft. Jeder weiß das. Die Banken zeigten sich damals sehr interessiert. Der Kredit war deshalb überzeichnet.

Die DDR hat eine ganze Reihe von Vereinbarungen bereits eingelöst, gerade auch im Umweltbereich. Es waren ja Kollegen in der DDR dabei, Herr Kollege Dr. Reichelt war eigens in Schwandorf, die bestätigen können, daß die DDR bereit ist, in den grenznahen Orten zur Reduzierung des Schwefelausstoßes beizutragen. Man ist dort an unseren Entschwefelungsanlagen interessiert. Wir sind ja das einzige

Land in der Bundesrepublik, das sogenannte Simultananlagen – Entschwefelung plus Entstickung – mit erheblichen Mitteln der Steuerzahler bezuschußt. Kein Mensch kann sagen, es geschehe in dieser Richtung nichts.

Die DDR ist bereit, sich handfest anzuschließen. Auf meine Frage nach bleifreiem Benzin ist vom Umweltminister der DDR erklärt worden, es werde auf den Transitstrecken bleifreies Benzin an den Tankstellen verfügbar gehalten. Wenn man Sie hört, dann ist das alles nichts! Man tut so, als käme alles von selber. Dahinter stecken aber harte Bemühungen in oft kleinen Schritten. Ich halte es für sehr wichtig, daß über die Grenzen hinweg miteinander gesprochen wird. Das gilt auch für die Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer; deren Beschlüsse sind ausgezeichnet.

Interessant an der bereits erwähnten Schadenserhebung ist, Herr Schuhmann hat dies vorhin angesprochen, daß sich im fränkischen Raum die Emissionsbelastung zwar nicht wesentlich verändert hat, trotzdem aber eine positive Entwicklung vermerkt werden kann. Hier zeigt sich das Dilemma: Die Ausbreitung der Schäden ist nicht mit dem Auftreten einzelner Luftschadstoffe zu korrelieren, um so die sogenannten Kombinationswirkungen abschließend beurteilen zu können. Es fehlen, das muß man offen sagen, letzte Erkenntnisse in der Breitenfächerung aller Wirkungsfaktoren. Die jüngste Veröffentlichung von Prof. Rehfuss über die Nadelröte-Erkrankung der Fichte macht deutlich, daß wir zumindest regional überwiegend witterungsbedingte biotische Einflüsse nicht ausschließen dürfen. Rätselhaft ist die starke Zunahme der Schäden bei Eiche und Buche, für die das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Hitze und Trockenheit des Vorjahres als wesentliche Ursache herausstellt.

Insgesamt müssen wir sagen, daß die neue Erhebung mehr Fragen aufwirft, als sie klärt. Es wird nur festgestellt, daß, aber man kennt letztlich die Ursache nicht. Auch Sie, Herr Dr. Rothmund, kennen sie nicht. Sonst würden Sie an dieses Pult treten und sagen, gegen diesen Schadstoff wird folgendes gemacht bzw. gefordert; bei SO₂ tun wir das, und bei den Stickoxiden wird dasselbe zu tun sein. Aber mit Maßnahmen gegen diese beiden Schadstoffe allein werden Sie das Problem nicht lösen können, weil Sie damit nur Teilbereiche einer Lösung zuführen.

Für weitere Waldschadensinventuren wird es bei den komplexen Zusammenhängen darauf ankommen, noch wesentlich stärker als bisher zu differenzieren und nicht nur die Verluste an Nadeln bzw. Blättern zu erfassen. Wir schlagen deshalb vor, die offenbar differenziert zu wertenden Symptome gewissermaßen differentialdiagnostisch zu erfassen, z. B. nach Pilzbefall, Vergilbungerscheinungen, Wuchsanomalien usw. Vor allem die fortschreitenden Schäden im Alpenraum bestätigen, daß unsere Ursachenforschung breit und interdisziplinär angelegt bleiben muß. Die aufgrund eines Ministerratsbeschlusses bei der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung installierte Projektgruppe Bayern zur Erforschung der

(Staatsminister Dick)

Wirkung von Umweltschadstoffen hat ihre Arbeit bereits aufgenommen und leistet wertvolle Hilfe bei der Überprüfung neuer Forschungsanträge. Die Diskussion um Pseudokrapp und andere Atemwegserkrankungen zeigt überdies, daß der Beschluß des Kabinetts richtig war, die Intensivierung der Wirkungsforschung nicht auf Forstpflanzen zu beschränken, sondern die biochemische Grundlagenforschung und vor allem gesundheitliche Fragen mit einzubeziehen. Nach wie vor verfolgen wir die Absicht, mit dem Bund zu einer gemeinsamen Gesellschaft zu kommen, die als zentrale Einrichtung die Arbeiten zur Erforschung der Wirkungen von Umweltschadstoffen auf Mensch, Tier, Pflanze, Boden und Sachgüter in der gesamten Bundesrepublik Deutschland koordinieren und lenken soll.

(Abg. Dr. Rothemund: Warum kommen Sie da nicht voran?)

– Wir kommen voran, ich habe es gerade erzählt, zunächst ohne den Bund, aber genau in der Art und Weise, wie wir es wollen. Geben Sie uns ein besseres Beispiel, Herr Dr. Rothemund. Sie tun sich damit leicht, nur zu fordern, aber im Vollzug den Kopf nicht hinhalten zu müssen.

Wir sind weiter als die anderen Länder.

(Abg. Dr. Rothemund: Ich frage Sie, warum Sie beim Bund keinen Erfolg haben! Wenn ich Sie nach Äpfeln frage, reden Sie von Birnen!)

– Reden Sie doch nicht so daher! Sie fragen, als wären wir Analphabeten. Wenn Sie wissen wollen, was in der GSF bereits an Erkenntnissen vorliegt, können Sie das schwarz auf weiß haben. So wie Sie kann man wirklich nur aus Unkenntnis formulieren.

(Abg. Diethel: Sehr gut!)

Sie wissen genausogut wie ich, daß wir nur die anthropogenen Faktoren der Waldschäden beeinflussen können, wir können nicht die Natur in ihrem Ablauf verändern. Deshalb ist richtig, was alle Fraktionen fordern, die SO₂-Emissionen zu verringern. Der Vollzug der Verordnung über die Großfeuerungsanlagen und die Reduzierung des Schwefelgehalts im leichten Heizöl stellen sicher, daß im Zeitraum von 1982 bis 1988 die Schwefeldioxidemissionen bundesweit von derzeit 3 Millionen p.a. auf unter 2 Millionen reduziert werden. Außerdem werden bis 1993 für alle Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von mehr als 100 MW die Anforderungen für Neuanlagen gelten.

Die in Bayern getroffenen emissionsmindernden Maßnahmen sind in diesem Haus schon mehrfach dargestellt worden. Sie werden dazu führen, daß 1988 die SO₂-Emissionen auf etwa 200 000 Tonnen p.a. verringert sein werden. Zum Vergleich: 1976 waren es noch 720 000 Tonnen. Wer nicht erkennt, daß zwischen 720 000 und 200 000 Tonnen – ich habe die fossil befeuerten Kraftwerke eigens genannt – in der Gesamtbilanz ein erheblicher Unterschied besteht, der kann entweder Zahlen nicht lesen oder hat nicht gelernt, daß eins und eins zwei ist. Diese Tatsachen

darf man nicht unter den Tisch wischen. Es ist der Erfolg saurer Arbeit, gestützt auf Beschlüsse des gesamten Parlaments.

(Beifall bei der CSU)

Über die Verringerung des Schwefelgehalts im leichten Heizöl wird überhaupt nicht mehr gesprochen. Die Verringerung in Dieselkraftstoff und leichtem Heizöl von 0,30 auf immerhin 0,15 Gewichtsprozent gemäß Beschluß der Bundesregierung vom 26. September 1984 kann auf rund 140 000 Tonnen p.a. geschätzt werden. Das ist wieder ein „Batzen“, der sich sehen lassen kann.

Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes wird die von der Bundesregierung beschlossene Halbierung des Schwefelgehalts den Jahresmittelwert der SO₂-Konzentrationen in Ballungsgebieten, je nach den örtlichen Verhältnissen, um bis zu 30 % herabsetzen. Die Verordnung soll auf der Grundlage einer entsprechenden Änderungsrichtlinie erlassen werden. Das ist doch wichtig! Was nutzt der beste Umweltschutz in Bayern, was nützt die eindrucksvollste Bilanz, wenn um uns herum im Bundesgebiet und grenzüberschreitend in den einzelnen Ländern nichts geschieht?

(Dr. Rothemund: Das berührt doch uns nicht!)

– Herr Dr. Rothemund, dazu muß ich doch einmal sagen, daß Bayern seit über einem Jahrzehnt intensivste Kontakte zu den Ostblockländern wahrnimmt, zu Bulgarien, Rumänien, Ungarn, DDR, Tschechoslowakei und Sowjetunion. Das wirkt sich heute positiv aus.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Stickoxiden sagen. Bayern ist von der Abgasbelastung besonders betroffen, weil diese Emissionen überwiegend aus Kraftfahrzeugen stammen. Darin sind wir uns hoffentlich einig. Ich möchte deshalb, weil es hier dazupäßt, noch einmal auf den Katalysator eingehen, dessen Einführung maßgeblich durch Beschlüsse der Bayerischen Staatsregierung beeinflusst wurde.

Wenn man weiß, daß der 1. Januar 1986 EG-weit als untere Grenze nicht machbar ist, dann muß man eben anderweitige Schritte veranlassen, die der Sache gerecht werden. Diese Schritte sind doch beachtlich! Wäre der Unfug vom nationalen Alleingang nicht in die Welt gesetzt worden, dann wäre heute, was doch ein Erfolg ist, auch als solcher anerkannt.

(Abg. Dr. Rothemund: Das war Ihr Bundesminister Zimmermann!)

– Wer es war, ist mir völlig gleichgültig. Es ist beides gleich falsch oder gleich richtig, wenn es richtig oder falsch interpretiert wird. Weil Sie aber gerade Herrn Dr. Zimmermann erwähnen: Er hat seinerzeit durch seine Haltung, das Optimale zu fordern, das war auch seine Begründung im Bundesrat, immerhin erreicht, daß Schritte unternommen worden sind, von denen Sie nur träumen konnten.

(Abg. Dr. Rothemund: Um Gottes willen!)

(Staatsminister Dick)

Was ist denn in der alten Koalition in Richtung Katalysator und bleifreies Benzin geschehen? Nichts! Das ist die glatte Bilanz, ich möchte es gar nicht weiter vertiefen. Bei fast 500 Autotypen in der Bundesrepublik war ja wohl nicht zu erwarten, daß alle in einem Jahr umgestellt werden können. Aber wir sollten endlich erkennen, daß der Druck auf die Automobilindustrie mittlerweile zu beachtlichen Maßnahmen geführt hat.

Für die Politik im allgemeinen, besonders aber für die Umweltpolitik, ist es gefährlich, den Erwartungshorizont so hochzuschrauben, daß man ihn im Vollzug nicht mehr erreichen kann. Dann tritt nämlich der Effekt ein, den beide Seiten beklagen. Die Bevölkerung sagt: 1. April, die können die Probleme nicht lösen; sie versprechen mehr, als sie tun können. Daraus resultiert dann Verdrossenheit. Dann leidet die Glaubwürdigkeit, und dann kriegen diejenigen die Stimmen, die heute so tun, als hätten sie den Umweltschutz erfunden. Dabei haben die bayerischen Parteien, ganz gleich, wo und wann sie in der Regierungsverantwortung standen und stehen, seit Jahren mehr getan als die, die heute den Mund kräftig voll nehmen.

Erkennt man denn nicht, daß diese Politik konsequent weiter abzuwickeln ist? Deshalb hat sich Bayern im Bundesrat dafür eingesetzt, unterstützt von allen CDU-regierten Bundesländern, daß endlich die erforderlichen Schritte getan werden, bevor wir wieder jahrelang nur um den Katalysator herumquasseln und wahrnehmen, daß Tankstellennetze für bleifreies Benzin aufgebaut werden müssen.

Im Kabinett sind heute noch weitergehende Beschlüsse gefaßt worden, die über die Vorlage der Bundesregierung hinausgehen. Im übrigen haben vor vier Tagen die Umweltschutzminister aller Länder ähnlich und auf Vorschlag Bayerns einmütig beschlossen:

1. Vor allen Dingen soll die Steuerbefreiung für Katalysatorautos, die neu gekauft werden, sofort wirksam werden. Das ist im steuerlichen Vollzug noch ein komplizierter Vorgang, der in der Praxis noch zu lösen ist. Es soll aber nicht derjenige der Dumme sein, der heute kauft, weil sonst eine Pause eintritt, wenn erst bis Mitte des nächsten Jahres etwas geschieht.
2. Die stärkere Spreizung bei der Mineralölsteuer muß angestrebt werden. Es muß sofort wirksam werden.
3. Die Sanierung der Altfahrzeuge muß zügig vorangetrieben werden; die Nachrüstung soll durch Befreiung von der Kfz-Steuer nicht nur 1 Jahr, sondern 2 Jahre bedient werden.

Es gibt verschiedene Systeme der Nachrüstung; darüber wurde in diesem Landtag schon gesprochen. Bayern hat im Bundesrat diesen Punkt frühzeitig aufgegriffen, weil die Sanierung der Altfahrzeuge zumindest genauso wichtig ist wie die der neuen Fahrzeuge, die mit Katalysatoren gekauft werden. Wenn Sie beispielsweise von 25 Millionen Pkw ausgehen, und es würden im Höchstfall 10 Prozent jährlich neu gekauft werden, dann sind immer noch 23 bzw. 20 Mil-

lionen Altfahrzeuge im ersten und zweiten Jahr vorhanden. Wenn Sie da zum Beispiel mit dem ungesteuerten Katalysator hineingehen, der die Stickoxide auf 50 Prozent reduziert, dann bringt es zwar weniger als beim Neufahrzeug, aber die Menge des Altbestandes bringt es mit sich, daß damit ein entscheidender Schritt vollzogen wird.

Wir müssen – das betrifft die Frage Tempolimit – den Druck auf den Katalysator verstärkt fortsetzen, um auch ein flächendeckendes Netz bleifreier Tankstellen zu erreichen. Der nicht gesteuerte Katalysator übt auch diesen Druck aus, weil er ebenfalls mit bleifreiem Benzin gefahren werden muß. Deshalb haben wir auch die Spreizung bei der Mineralölsteuer gefordert, damit diejenigen, die bleifrei fahren, nicht mehr hinlegen müssen als die, die weiterhin verbleitetes Benzin tanken.

Diese drei Punkte zeigen doch deutlich den Willen der Staatsregierung, Nägel mit Köpfen zu machen. Wir können Umweltprobleme nicht durch Dauerreden lösen, sondern nur durch die Schritte, die konsequent in der Praxis zu tun sind.

Bayern liegt, was die bleifreien Tankstellen betrifft, mit 51 an der Spitze der Länder. Wir haben allein in Bayern mehr bleifreie Tankstellen als alle Bundesländer zusammen. Dies wird fortgeführt.

(Beifall bei der CSU)

Das sind doch wiederum Hinweise darauf, was beabsichtigt ist. Neben der Entstickung der Kraftfahrzeugabgase ist die Entfernung von Stickstoffoxiden aus den Abgasen der Kraftwerke zur Verringerung der NO_x-Emissionen, die im Jahre 1983 rund 65 000 Tonnen betragen haben, von Bedeutung. Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen wird in den nächsten Jahren 40 bis 50 Millionen DM an Fördermitteln für die Errichtung von Pilot- und Demonstrationsanlagen, u.a. in Arzberg, Nürnberg und Schwandorf, zusätzlich zu den erheblichen Beträgen der Betreiber zur Verfügung stellen. Für die Betreiber Tatsachen, die Ausfluß auch der Beschlußfassung des Parlamentes in Bayern sind, die Verfassung zu ergänzen. Ich möchte mir wünschen, daß endlich erkannt wird, daß nun auch das Parlament konkrete Maßnahmen anstreben muß.

Die Bayerische Staatsregierung steht hier in der konkreten Lösung der Probleme und auch bezüglich des Tempolimits, weil das Stichwort kam, mit vollen Händen da. Das Tempolimit hat großen Raum auf der Umweltschutzministerkonferenz eingenommen. Alle CDU-regierten Länder waren einstimmig der Meinung, nun den Großversuch abzuwarten, weil es ein Unterschied ist, ob nach Ergebnissen am Prüfstand oder nach Werten in der Praxis entschieden wird.

Ich bin der Meinung, daß man nicht so tun sollte, als könnte ein Beschluß Tempolimit 100 mit der Begründung, es kostet nichts, es bringt sofort so und soviel Entlastung, das Problem lösen. So einfach ist es nicht.

(Abg. Klagen: Nicht gelöst, aber gemindert!)

(Staatsminister Dick)

– Ich sage Ihnen gleich, warum ich anderer Meinung bin. EG-weit ist nämlich interessant, daß besonders EG-Länder, die das abgasarme Auto nicht wollen, immer darauf verweisen, daß zuerst Tempolimit 100 eingeführt werden sollte. Weil sie den Katalysator nicht wollen, gehen sie nur den Weg verschiedener Tempolimits.

(Abg. Klasen: Was ist denn das für eine Logik?)

– Die Logik verstehen Sie vielleicht nicht, aber wenn Sie die Zahlen hören, wird Ihnen es vielleicht deutlich. Es ist nicht richtig, daß in Europa 100 km auf Autobahnen gefahren werden und nur 80 km auf Außerortsstraßen. Ich möchte das einmal darlegen. Es geht alphabetisch los:

Die DDR hat 80/100 km, Bulgarien hat 80/120 km, Frankreich hat 90/130 km.

(Zuruf des Abg. Klasen)

Italien hat 80 bis 100 und 90 bis 140 km, weil hier nach der Kraftfahrzeughubraum differenziert wird. Luxemburg hat 90 und 120 km, Österreich 100 und 130 km und die Schweiz ebenfalls 100 und 130 km.

(Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

Mich interessiert Amerika nicht, weil ich nicht von hier mit dem Auto über den Ozean nach Amerika fahre, sondern mich interessiert der Europavergleich, und da sieht es ganz anders aus.

Herr Dr. Rothemund, machen Sie doch den Leuten nicht weis, daß Sie mit Tempo 100 den Stein der Weisen haben, um das Problem Wald und Umwelt zu lösen.

(Abg. Klasen: Sie reden doch am Thema vorbei! – Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

Ich sage deutlich, daß wir im derzeitigen Augenblick gegen eine sofortige Festlegung auf 80 und 100 km sind. Wenn dies nicht deutlich ist, dann verstehen Sie die deutsche Sprache nicht. Ich bin gerade dabei, zu erklären, daß die Aussage, die anderen Länder hätten Tempolimit 100, europaweit nicht gilt. Auch wir haben Tempolimit. Sie, Herr Dr. Rothemund, haben 30, 40, 50 und 100 km angesprochen; schon das erste Zahlenbeispiel ist falsch, weil Sie genau wissen, daß Tempolimit 30 umweltmäßig nicht relevant ist, zumindest nicht in der Gesamtbilanz.

(Abg. Dr. Rothemund: Aber sicherheitsmäßig!)

Wenn die Kreisverwaltungsbehörde es u. a. sicherheitsmäßig vor allem für Kindergärten und Schulen will, dann kann sie heute dieses Limit nach der Straßenverkehrszulassungs-Ordnung festsetzen.

(Abg. Dr. Rothemund: Da geht es um den Wohnbereich!)

– Herr Dr. Rothemund, Sie wissen genau, daß die Lage so ist. Warum erzählen Sie denn so ein Zeug, das in der Praxis, gar nichts bringt. Das Tempolimit 30 können Sie, auf deutsch gesagt, vergessen.

Ich komme auf das Tempolimit 100 auf den Autobahnen zu sprechen. Es war interessant, in der Umweltministerkonferenz zu hören, daß ausgerechnet zwei Stadtstaaten, nämlich Bremen und Hamburg, den Antrag auf Tempolimit gestellt haben. Der hessische Kollege hat ihn nicht gestellt, der nordrhein-westfälische Kollege hat ihn nicht gestellt. Es ist eben ein Unterschied, ob ich in Hamburg, im Stadtstaat, oder in Bayern von Starnberg bis Passau oder von Lindau bis Hof unterwegs bin.

(Abg. Dr. Rothemund: Da fahren Sie vielleicht einmal zwischendurch mit dem Zug!)

Ich könnte jetzt Herrn Holger Börner zitieren, der mit dem Tempolimit 100 herumläuft, aber mit 180 km auf der Autobahn erwischt worden ist. Es geht einfach nicht, daß ich hier und da etwas an die Wand male, was ich selbst hinterher nicht einhalten kann. Ich halte das Tempo 100 auf den Autobahnen persönlich für falsch, weil Sie u. a. auch auf Fernpendler und auf diejenigen, die in Randgebieten wohnen, Rücksicht nehmen müssen.

Aus umweltrelevanten Gründen wird die Frage noch zu untersuchen sein. Warum soll der Großversuch also nicht abgewartet werden, um mit den daraus gewonnenen Zahlen und Erkenntnissen dann eine klare Entscheidung zu treffen?

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klasen?

Klasen (SPD): Herr Staatsminister, warum verstecken Sie sich in Ihrer Argumentation hinter dem Großversuch, wenn Sie Tempo 100 auf Autobahnen für falsch halten? Warum sagen Sie dann nicht gleich, daß Sie Geschwindigkeitsbegrenzungen generell ablehnen?

Staatsminister Dick: Herr Kollege Klasen, Sie wissen genau, daß ich meine Haltung seinerzeit beim Bund Naturschutz eineinhalb Stunden lang eingehend erläutert habe. Den Großversuch habe nicht ich erfunden, sondern die Bundesregierung hat ihn vorgeschlagen, und Bayern schließt sich mit den CDU-Länder aus guten Gründen an, weil bekanntlich ein Unterschied zwischen Theorie und Praxis besteht, der näher zu ergründen ist. Es erscheint notwendig, das technische Fahrverhalten verschiedener Autos unterschiedlicher Größenklassen im praktischen Fahrverhalten zu untersuchen. Warum fordert die SPD zum Beispiel nicht so wirkungsvolle Maßnahmen wie richtige Vergasereinstellung?

Ferner muß berücksichtigt werden, daß sich das Verhalten des einzelnen Fahrers auf die Schadstoffemission des jeweiligen Fahrzeugs auswirkt. Ein unrichtig eingestellter Kleinwagen erzeugt zum Beispiel bei Tempo 100 mehr Schadstoffe als ein richtig eingestelltes größeres Fahrzeug bei 130 Stundenkilometern. Der Großversuch soll hier näheren Aufschluß bringen. Praxis und Theorie werden sicherlich verschiedene Ergebnisse zeitigen.

(Staatsminister Dick)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klasen?

Klasen (SPD): Herr Staatsminister, könnten Sie mir die Logik erklären, die darin liegt, daß Sie hier ein wirkungsvolles Mittel mit dem Hinweis auf Nichtanwendung anderer Mittel diffamieren?

Staatsminister Dick: Herr Kollege Klasen, Ihre Frage entbehrt jeder Logik, weil ich in der von Ihnen beschriebenen Weise gar nicht argumentiert habe. Der Großversuch sollte in Ruhe abgewartet werden. Dazu habe ich hier persönlich Stellung genommen. Mehr können Sie von mir nicht verlangen. Sofern Sie meine Logik nicht verstehen, kann ich leider Ihre Logik nicht durch meine ersetzen.

Abschließend danke ich dem Hohen Hause dafür, daß ich die aufgeworfenen Fragen so eingehend habe beantworten können. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Letzter Redner im Rahmen der Aktuellen Stunde ist Herr Abgeordneter Erwin Huber.

Huber Erwin (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Schluß dieser Aktuellen Stunde ist eine kurze Bilanz angebracht.

Für die SPD war diese Aktuelle Stunde wieder einmal ein Rohrkrepieler,

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU –
Abg. Kolo: Hervorragend!)

weil die Argumentationsdecke der Opposition außerordentlich dünn ist. Die Grundlage der Luftreinhaltepolitik der Opposition ist zudem alles andere als haltbar. Als Argument der Opposition im Sinne einer wirksamen Luftreinhaltepolitik habe ich in diesen letzten eineinhalb Stunden nur die Forderung nach einem Tempolimit gehört. Zu anderen Ideen reicht es bei der SPD, die sich derzeit in panischer Flucht vor den GRÜNEN befindet, offenbar nicht mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil ich Herrn Staatsminister Dr. Eisenmann unsere Anerkennung dafür sagen möchte, daß in Bayern eine ausgezeichnete und wissenschaftlich korrekte, fundierte Waldschadensbilanz erstellt worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Bayern und Baden-Württemberg sind auf diesem Gebiet vorbildlich. Wir bestätigen Herrn Umweltminister Dick, daß er in Sachen Luftreinhaltepolitik Nägel mit Köpfen macht und eine Vorbildfunktion für die ganze Bundesrepublik übernommen hat. Ein paar kritische Bemerkungen aber an die Adresse der Wissenschaft:

Die Erforschung der Ursachen und Symptome der Waldschäden ist zugegebenermaßen schwierig; die

Wissenschaftler müssen den Fragen selbstverständlich mit der notwendigen Gründlichkeit nachgehen. Wir haben aber kein Verständnis dafür, daß mancher Wissenschaftler sich dabei von Sensationslust leiten läßt. In Sachen Waldsterben stehen sich nicht nur verschiedene Schulen gegenüber; viele Beteiligte sind zudem auch vom Ehrgeiz beseelt, eigene Theorien zu entwickeln. Ohne fundierte Diagnose ist eine Politik der gezielten Bekämpfung der Waldschäden aber außerordentlich schwierig. Darin stimmen wir überein.

Die Massenmedien haben gestern und heute gemeldet, daß auch der Katalysator gefährlich sei, weil er kanzerogene Stoffe ausscheide. Angesichts solcher Meldungen ist wirklich zu fragen, wie der Wissenschaft überhaupt noch geglaubt werden soll. Ein Teil der Wissenschaftler fordert Sofortmaßnahmen ohne fundierte Kenntnis der Ursachen, aber die von den Politikern sodann ergriffenen Maßnahmen werden vom anderen Teil der Wissenschaft als schädlich bezeichnet. Politiker und Wissenschaftler müssen deshalb gemeinsam wieder eine vernünftige Basis finden, die abgestimmtes Handeln in Sachen Waldsterben ermöglicht.

Ein paar Bemerkungen zu Auto und Tempolimit:

Im Gegensatz zur Opposition fragen wir nach den besten Methoden und setzen nicht nur auf eine Maßnahme. Sie setzen zum Beispiel auf ein Tempolimit, das die Schadstoffe lediglich um drei bis fünf Prozent reduziert; wir setzen auf den Katalysator, der 90 Prozent der Schadstoffe beseitigt, und wir setzen auf Umrüstung der Altfahrzeuge, die die Schadstoffe zwischen 30 und 70 Prozent reduziert. Das sind die richtungsweisenden Maßnahmen.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Kolo)

Schon im Jahre 1985 werden das Katalysatorauto und die Umrüstung der Altfahrzeuge einen erheblichen Beitrag zur Luftreinhaltung leisten. Dies ist der einzig gangbare Weg, der künftig beschränkt werden kann.

Wie hält es die SPD denn überhaupt mit ihrer Glaubwürdigkeit? Einerseits behaupten SPD-Politiker, freiwillig mit gutem Beispiel vorangehen zu wollen, so zum Beispiel der hessische Ministerpräsident Börner, der in jeder Veranstaltung für Tempo 100 eintritt, andererseits aber fährt er auf der Autobahn 190 Stundenkilometer, um zu den Veranstaltungen zu gelangen. Wie steht es angesichts solcher Tatsachen mit der Glaubwürdigkeit der Politiker?

(Beifall bei der CSU)

Die SPD hat heute den Eindruck zu erwecken versucht, als stünden wir in Bayern am Anfang der Umwelt- und Luftreinhaltepolitik. In diesem Zusammenhang wäre einmal Bayern mit Nordrhein-Westfalen zu vergleichen. In Nordrhein-Westfalen ist die Kapazität der Stromerzeugung dreimal, die Schadstoffbelastung zehnmal so groß wie in Bayern. Eine erfolgreiche Luftreinhaltepolitik in der Bundesrepublik muß deshalb bei den Kraftwerken in Nordrhein-Westfalen als den großen Schadstoffproduzenten ansetzen. Für

(Huber Erwin [CSU])

mich ist es unverständlich, daß gerade die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ständig gegen die Großfeuerungsanlagen-Verordnung Sturm gelaufen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die in der heutigen Fragestunde aufgetretenen Ankläger sind in Wirklichkeit so die Versager von gestern.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Die Aktuelle Stunde ist damit abgeschlossen.

Ich rufe auf Punkt 2 der Tagesordnung: Erste Lesung zum

Gesetzentwurf der Abgeordneten Neuburger, Hiersemann, Burkel und anderer zur Änderung des Gesetzes über die Organisationen der bayerischen Polizei (POG) – Drucksache 10/4881 –

Wird der Gesetzentwurf von den Antragstellern begründet? – Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. – Keine Wortmeldungen. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf zu überweisen erstens an den Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes, zweitens an den Ausschuß für Sicherheitsfragen und drittens an den Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. Damit besteht Einverständnis.

Ich rufe auf Punkt 12 der Tagesordnung:

Haushaltsplan 1985/1986 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen (Einzelplan 06)

Über die Beratungen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 10/5138) berichtet Herr Abgeordneter Knipfer.

Knipfer (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den aufgerufenen Haushaltsplan in seiner 89. Sitzung am 8. November 1984 beraten. Mitberichterstatte war Kollege Loew.

Die Diskussion im Haushaltsausschuß erstreckte sich im wesentlichen auf folgende Punkte: Steuerschätzung, Rationalisierung und Automatisierung in der Steuerverwaltung, Personalbedarf der Steuerverwaltung, insbesondere Betriebsprüfungsdienst, Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe, Nachlässe für die Halter von Kraftfahrzeugen mit Katalysatoren, Bauvorhaben für die Finanzämter und die Schlösserverwaltung. Es wurden sicher alle wesentlichen Gesichtspunkte diskutiert. Ich möchte deshalb davon absehen, die Diskussion im Haushaltsausschuß im einzelnen darzustellen. Es waren zwei Anträge der Kollegen der SPD-Fraktion zum Personal der Steuerverwaltung und ein Antrag von Kollegen meiner Fraktion zur Verbesserung des Stellenschlüssels im einfachen Dienst zu behandeln.

Dem Einzelplan 06 wurde gegen die Stimmen der SPD unverändert im Zahlenwerk unter Änderung der

Anlage S gemäß Nachschubliste zugestimmt. Das Ergebnis der Beratungen finden Sie auf Drucksache 10/5138. Ich bitte Sie, dieser Beschlußempfehlung beizutreten.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Danke. Wir kommen zur Aussprache. Erste Wortmeldung, Herr Kollege Loew!

Loew (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Aussprache über den Einzelplan 06 des Haushaltes des Finanzministeriums müßte sich eigentlich mit den mitunter sehr kleinen Details der verschiedenen Verwaltungen befassen, die in diesem Einzelplan zusammengefaßt sind, angefangen von der Steuerverwaltung über die Finanzverwaltung, die Finanzbauämter, die Vermessungsverwaltung, die Entschädigungsverwaltung, die Verteidigungslastverwaltung usw. bis hin zum bayerischen Schmuckstück der Verwaltung der bayerischen Schlösser, Gärten und Seen.

Ich will mich aber jetzt nicht den einzelnen Verwaltungszweigen zuwenden, sondern in erster Linie mein Augenmerk auf die Steuerverwaltung richten und dazu einige grundsätzliche Anmerkungen machen, die auch im Haushaltsausschuß eine Rolle gespielt haben, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit. Lassen Sie mich aber eines vorausschicken:

Ein wesentlicher Unterschied gegenüber den vergangenen Jahren ist im Bereich der Steuerverwaltung die Stelleneinsparung. Ich darf von dieser Stelle aus wiederholen, daß wir uns seitens der Opposition im Bayerischen Landtag gegen pauschale Stellenkürzungen wehren, die eine Haushaltssanierung auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes durch eine unzulässige und oft auch unerträgliche Erhöhung des Arbeitsdruckes bedeuten. Diese Rasenmähermethode, mit der man querbeet durch die Verwaltungsbereiche Personal einspart ohne Rücksicht auf die Bedarfssituation und ob die notwendigen Aufgaben auch erledigt werden, wird immer wieder unseren Widerstand finden. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der hier einschlägigen Verwaltung, ganz besonders die Steuerverwaltung.

(Beifall des Abg. Dr. Rothmund und des Abg. Wolf)

Um nicht mißverstanden zu werden: Selbstverständlich wehren wir uns nicht dagegen, wenn durch Wegfall von Aufgaben oder durch Automatisierung bzw. den Einsatz neuer Techniken personelle Kapazitäten in einzelnen Verwaltungen frei werden, wie es gerade bei der Steuer- und Finanzverwaltung, wo es sehr viele automationsgerechte Bereiche gibt, möglich ist und in letzter Zeit auch geschehen ist und auch künftig wohl weiter geschehen wird. Wenn durch Verbesserung der Meßtechniken und neuartiger Aufbereitung der gemessenen Daten im Vermessungsdienst beispielsweise innerhalb von zwei Jahren 60 Leute aufgrund der Automation ausscheiden können, dann

(Loew [SPD])

wird sich niemand dagegen wehren, daß diese Stellen in andere Bereiche umgesetzt werden. Das ist ja der Sinn der Rationalisierung bei Behörden. In gleicher Weise werden durch Wegfall von Aufgaben durch die schwindende Anzahl von Neufestsetzungen von Renten durch die Entschädigungsämter Stellen überflüssig. Dieses Personal kann selbstverständlich an andere Stellen umgesetzt oder die Stellen können auch eingespart werden. Gleiches gilt für die Staatsschuldenverwaltung, aber auch für den Bereich Besoldungszahlung durch die weitgehende Automatisierung des Kassenwesens innerhalb der Bezirksfinanzdirektionen. Insoweit haben erhebliche Verschiebungen innerhalb des Personalbereiches der gesamten Verwaltung stattgefunden.

Selbstverständlich geht es uns auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht darum, um jeden Preis jeden Platz im öffentlichen Dienst, der einmal geschaffen worden ist und durch Wegfall von Arbeitsbelastungen oder durch Automation frei wird, auf Dauer zu erhalten. Ich wehre mich in einer differenzierten politischen Diskussion über den Personalabbau im öffentlichen Dienst nur dagegen, daß uns die Regierungspartei immer wieder diesen Standpunkt unterschiebt. Wenn durch Personalumbesetzungen in der Finanzgerichtsbarkeit zum Beispiel drei Senate gebildet werden können, so ist das eine gute Sache. Aber damit ist natürlich der Stau im Sektor Rechtsbehelf der Steuerverwaltung keinesfalls aufgelöst; denn dieser Stau entsteht, wie wir aus eindringlichen Darlegungen des Rechnungshofes wissen, nicht erst bei den Finanzgerichten, sondern bereits bei den Rechtsbehelfsstellen und den Finanzämtern selbst.

Ich erwähnte eingangs schon, daß es reizvoll wäre, die Einzelbereiche des ganzen Bündels von Verwaltungszweigen, die im Einzelplan 06 ihren Niederschlag finden, darzustellen, daß ich aber mein Augenmerk in erster Linie der Steuerverwaltung zuwenden möchte, und dies deshalb, weil die Steuerverwaltung sowohl Sachwalterin der Steuergerechtigkeit in unserem Lande ist und Instrument, diese zu schaffen und zu bewahren. Dieses Ziel aber kann mit Hilfe der Steuerverwaltung nur erreicht werden, wenn die Steuergesetze gerecht sind und die Verwaltung so ausgestattet ist, daß sie die Gesetze gegen jedermann in gleicher Weise vollziehen kann.

Dies, meine Damen und Herren, ist nach unserer Meinung nicht der Fall. Gesetze und auch der Vollzug verletzen das Gebot der Steuergerechtigkeit. Wir können den Feststellungen, die seit Jahren gerade auch die Gewerkschaften da zur Steuerverwaltung treffen, nicht widersprechen, sondern müssen die Kritik als berechtigt ansehen. Alle unsere Untersuchungen, wo immer man auch beginnt, führen nur zu einem Schluß: Der Lohnsteuerzahler mit kleinem und mittlerem Einkommen ist die Melkkuh der Finanzämter, er ist die Melkkuh der Nation!

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist bekannt, daß das Lohnsteueraufkommen sowohl in den Jahren vor 1970, aber auch in den Jahren

danach überdurchschnittlich gestiegen ist. Dies ist nicht hinwegzudiskutieren, es soll von uns auch gar nicht hinwegdiskutiert werden. Es ist aber insoweit ein neuer Zustand eingetreten, als die Belastung des kleinen Mannes durch die Bonner Rechtsregierung in den vergangenen zwei Jahren in krasser Weise zugenommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Kürzungen der Leistungen für Schüler, Mütter, Rentner, Behinderte, Arbeitslose und viele andere Gruppen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, haben den kleinen Mann in besonders harter Weise getroffen; durch die Leistungskürzungen bezahlt er die neue Politik der Wende einer Rechtsregierung, die ihm bei wachsender Arbeitslosigkeit noch Angst und Unsicherheit um den Arbeitsplatz schafft. In Form der Erhöhung der Mehrwertsteuer bezahlt er eine Vermögensteuersenkung für die Unternehmungen, wobei der Steuerdruck dadurch wächst, daß noch niemals eine Steuersenkung im Bereich der Einkommen- und Lohnsteuer so lange hinausgeschoben wurde wie gerade durch die unsoziale Steuerpolitik der Wende-Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß die Investitionshilfeabgabe für verfassungswidrig erklärt worden ist. Ich hoffe, daß dadurch der Hochmut der Bonner Rechtsregierung auch in anderen verfassungsrechtlichen Fragen etwas gedämpft worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eindringlich davor gewarnt worden, die Investitionshilfeabgabe in der Form, wie sie von der Rechtsregierung in Bonn verabschiedet worden ist, Gesetz werden zu lassen. Dennoch hat der Herr Bundesfinanzminister immer wieder gesagt, die Bundesregierung hätte die Investitionshilfeabgabe mit aller gebotenen Sorgfalt verfassungsrechtlich geprüft und sei dabei zu dem Schluß gekommen, daß die Abgabe verfassungskonform sei. „Nun wird vielleicht irgend jemand dagegen klagen, aber weil wir das in der Weise intensiv geprüft haben, sind wir ganz sicher, daß wir die Quote der Verfassungsgerichtsurteile, die eine Entscheidung aufheben, die Sie „- zu Herrn Matthöfer gesprochen -“ erlangt haben, mit Sicherheit nicht erreichen werden, weil wir eben die Dinge sehr viel ernster nehmen.“

Meine Damen und Herren! Ich kann nur hoffen, daß von dem Hochmut, der aus diesen Worten spricht, nun ein Stückchen verblasen wird, nachdem, wie gesagt, zum einen die Bundesregierung schon in dem Flick-Ausschuß auf den Bauch gefallen ist, als sie gegen ihren Willen die ganzen Steuerakten herausrücken mußte,

(Beifall bei der SPD)

und zum anderen nun bei dieser Zwangsanleihe. Meine Damen und Herren von der Union! Was glauben Sie wohl, was mit Ihrem Amnestiegesetz für Steuer Sünder geschehen wäre, wenn dieses nicht gegen das eindeutige Votum der CSU hier im Bayerischen

(Loew [SPD])

Landtag durch den Widerstand der Opposition in Bonn und der Bevölkerung abgelehnt worden wäre? Damit hätten Sie sich sofort eine weitere Feststellung der Verfassungswidrigkeit eingehandelt.

Meine Damen und Herren! Es geht aber gar nicht darum, daß die Bonner Regierung und in ihrem Gefolge auch manche Vertreter der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion von ihrem verfassungsrechtlichen Hochmut abkommen, sondern es geht um die Steuergerechtigkeit in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Kamm: Meine Damen und Herren! Der Präsident hat kaum noch eine Chance, der Debatte zu folgen. Es werden so viele Gespräche im Hause geführt, daß die Ausführungen des Redners hier oben schon fast nicht mehr verständlich sind. Bitte, Herr Kollege!

Loew (SPD): Nun hatte die Bayerische Staatsregierung und zugleich auch die Bundesregierung erklärt, daß gerade mit dieser Investitionshilfeabgabe die großen Einkommen belastet werden sollten, um den notwendigen sozialen Ausgleich im Rahmen der allgemeinen Belastungen zu schaffen, um die Wendepolitik herbeizuführen. Gerade die Zwangsanleihe sollte ja die soziale Ausgewogenheit der Steuergesetzgebung der Bonner Rechtskoalition dokumentieren und garantieren. Aber eine soziale Ausgewogenheit war damit von Anfang an nicht gegeben, weil der, und daran ist das Gesetz ja auch gescheitert, der die Möglichkeit zu investieren hatte, sich von der Abgabe freikaufen konnte, während die, die diese Möglichkeit nicht hatten, an ihr hängengeblieben sind. Insoweit war diese Zwangsanleihe eigentlich nur ein Deckmäntelchen für die ins Werk gesetzte Umverteilung von unten nach oben, und nun fehlt auch noch dieses Deckmäntelchen einer ohnehin unsozialen Steuerpolitik.

Die soziale Ausgewogenheit der Steuerpolitik der Bonner Rechtsregierung ist damit selbst nach ihrer eigenen Definition notleidend geworden. Aber es zeigt sich, daß die Bundesregierung nicht gewillt ist, wiederherzustellen, was sie einmal als sozial notwendig bezeichnet hat, nämlich von den dicken Brieftaschen ein Opfer zu verlangen, nachdem ihr diese Möglichkeit in der ursprünglichen Form durch das Verfassungsgericht aus der Hand geschlagen wurde, und die Leute mit den dicken Brieftaschen zu belasten. Dies nährt den Verdacht, daß hier schon von vornherein mit doppeltem Boden genäht worden ist, das heißt, daß ein Großteil derer, die damals die Zwangsanleihe geplant haben, von vornherein mit dem kalkulierten Wissen in das Gesetzgebungsverfahren gegangen sind, wenn es für verfassungswidrig erklärt wird, dann macht es uns nichts aus; denn

(Abg. Wengenmeier: Billige Polemik!)

das wäre eigentlich, was man von Anfang an gewollt hätte. – Dies habe nicht ich erfunden, ich habe es verschiedenen Zeitungsmeldungen der letzten Tage entnommen.

(Unruhe bei der CSU)

Wenn Sie sich dagegen wehren, dann erklären Sie doch bitte Ihre Bereitschaft, nachdem die soziale Notwendigkeit heute genau so groß ist wie 1982, daß Sie auch die Leute mit den dicken Brieftaschen zur Finanzierung Ihrer Wendepolitik heranziehen wollen. Was 1982 von der Sache her geboten war und von Ihnen dann als verfassungswidrig in Szene gesetzt worden ist, kann doch jetzt, nachdem es von der Sache her genau so notwendig ist, nicht ohne jede Begründung abgelehnt werden.

(Abg. Wengenmeier: Völlig falscher Tatbestand!)

– Das ist der Tatbestand! Herr Genscher, mit dem gerade auch die CSU und die Mehrheitsfraktion dieses Hauses in den verschiedensten steuerpolitischen Fragen enger und enger zusammenrücken, erklärte bereits kategorisch, die einzig gerechte Belastung für jene, die bislang von einem Opfer nach der Wende ausgespart worden seien, nämlich eine *Ergänzungsabgabe*, komme für ihn nicht in Frage. Wer diese fordere, fordere sie allein aus irgendwelchen leicht erkennbaren Neidkomplexen; da könne die FDP nicht mitmachen. Wenn man damit ein Anliegen der sozialen Gerechtigkeit öffentlich als Neidkomplex diffamieren zu können glaubt, kann man sagen:

(Zuruf des Abg. Wengenmeier)

Damit ist der politische Liberalismus unter Herrn Genscher in der Tat zu einer staatlichen Kultivierung menschlicher Habgier verkommen. Das ist die einzig vernünftige Antwort auf einen solchen Vorwurf.

(Beifall bei der SPD)

Die FDP ist die Partei, für die Wahrung der Interessen jener mit einem Familieneinkommen von über 100 000 DM im Jahr einzige Richtschnur der Politik geworden ist. Darauf kann man sich blind verlassen.

Aber, meine Damen und Herren, die FDP steht hier nicht allein. Auf mehrfache Nachfrage hat Finanzminister Streibl im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags erklärt, man solle doch froh sein, daß diese Unsicherheit wegen der Zwangsanleihe endlich beendet sei. Er sieht also von sich aus keinerlei Handlungsbedarf, das Gebot der sozialen Gerechtigkeit auch nur in dem Maß wiederherzustellen, welches die Wende-Regierung 1982 verwirklichen wollte. Selbst der Bundesminister Stoltenberg ist mit seiner Erklärung vorsichtiger, daß die Frage gegenwärtig noch im Prüfungsstadium sei. Die Aussage von Finanzminister Streibl dagegen kann nur als eine eindeutige Absage gewertet werden.

Die SPD fordert eine Ergänzungsabgabe um der sozialen Gerechtigkeit des Steuersystems willen. Die CDU-Sozialausschüsse fordern sie auch. Die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft (CSA) schweigt aller-

(Loew [SPD])

dings, soweit sie in der CSU organisiert ist. Sie hat damit neben ihrem ohnehin wohl nur geringen Gewicht in dieser Frage offenbar auch noch ihre Stimme verloren, Herr Leschanowsky. Es wäre sehr gut, wenn hier insoweit auch nur ein Stück in die Diskussion eingestiegen werden könnte, aber die CSA schweigt, weil ihr das Eisen zu heiß ist.

Meine Damen und Herren! Bei der Investitionshilfeabgabe und ihrem Ersatz durch eine Ergänzungsabgabe darf man nicht nur, obwohl es für mich nahezu vorrangig ist, auf der einen Seite den Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit sehen, sondern man muß auch sehen, daß das Geld, das mit einer Zwangsanleihe, die jetzt zurückgezahlt werden muß, erhoben werden sollte, ausdrücklich zur Ankurbelung des Wohnungsbaues, zur Stärkung der Bauinvestitionen, zur Ankurbelung privater Investitionen und damit als ein wesentlicher konjunkturstärkender Beitrag gedacht gewesen ist, und zwar in der Weise, wenn ich noch einmal kurz daran erinnern darf, daß ein Fünftel dieser Summe für die Bausparzwischenfinanzierung verwendet wird – das ist abgelaufen –, ein Fünftel für die Stärkung des Sozialen Wohnungsbaues und im Mietbereich – hier haben wir nach wie vor Bedarf – und zu drei Fünfteln zur Stärkung des Eigenheimwohnungsbaues im Sozialen Wohnungsbau. Wenn Sie nun keine neue Ergänzungsabgabe erheben wollen, dann müßten Sie sich doch hinstellen und sagen, daß kein Handlungsbedarf besteht, den Sozialen Wohnungsbau durch private oder öffentliche Aufträge zu stärken. Diesen Mut haben Sie nicht. Und dies in einer Situation, in der die Mittel, die für den Sozialen Wohnungsbau im Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden, von 1984 auf 1985 zurückgehen!

(Abg. Wengenmeier: Für Nachsubventionen
95 Millionen Mark, Herr Kollege!)

– Herr Kollege Wengenmeier, darüber sind wir uns doch klar,

(Abg. Wengenmeier: Das war doch unser
Anliegen!)

daß die Nachsubventionierung den gewünschten konjunkturpolitischen Effekt einer Stärkung der Bauwirtschaft nicht bringt. Wenn Mittel, wie Sie es offenbar vorhaben, aus dem ursprünglich für den Sozialen Wohnungsbau gedachten Aufkommen für die Nachsubventionierung verwendet werden, dann ist doch umso mehr ein Handlungsbedarf da, die Summen, die man über die Ergänzungsabgabe erheben kann, ebenso zur Stärkung der Baukonjunktur zu verwenden, wie man es mit der verfassungswidrigen Zwangsanleihe getan hätte. Ich sehe nicht, daß Ihnen hier der Einwurf, wir brauchen das Geld für die Nachsubventionierung, irgendwie helfen kann.

Nein, meine Damen und Herren, wirtschaftliche Gründe, konjunkturpolitische Gründe und moralische Gründe sprechen für die Erhebung einer Ergänzungsabgabe. Was 1982 für eine verfassungswidrige Zwangsanleihe aus diesen Gründen gesprochen hat,

spricht mit Sicherheit jetzt für eine verfassungsgemäße Ergänzungsabgabe.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wengenmeier:
Ein nicht sehr überzeugender Beifall der
SPD! – Abg. Tandler: Ein „Beifallssturm“
war das!)

Meine Damen und Herren! Die bestehende Ungerechtigkeit der übermäßigen steuerlichen Belastung kleiner und mittlerer Einkommen wird natürlich durch den Wegfall der Zwangsanleihe noch verstärkt.

Aber, und lassen Sie mich hiermit zu einem weiteren Punkt kommen, es wird leider diese schlimme Entwicklung durch die bereits beschlossene künftige Steuerentlastung nicht gemildert, sondern noch einmal verstärkt. Die Union konnte sich nicht entscheiden, ob sie eine familienfreundliche Steuerpolitik oder eine Tarifentlastung vornehmen sollte. Heraus kam ein Mischgebilde, das keinen dieser Grundgedanken mehr entscheidend verwirklicht, entsprechend sind auch die Wirkungen der Steuerentlastung, die hier für den einzelnen entstehen. Lassen Sie mich hierzu vier Beispiele nennen, die ich einem Beitrag in der „Wirtschaftswoche“ entnommen habe:

Ein lediger Arbeitnehmer mit 30 000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen zählt nicht zu den Schlechterverdienenden unter unseren Arbeitnehmern; er erhält am 1. Januar 1988 monatlich 29 Mark Steuerentlastung. Ein lediger Arbeitnehmer mit 70 000 Mark Jahreseinkommen, der sicherlich zu den Gutverdienenden in unserem Lande zu rechnen ist, erhält immerhin schon eine monatliche Steuerentlastung von 190 DM, also nahezu eine um 700 Prozent höhere Summe. Noch krasser, meine Damen und Herren, wird es bei Familien mit Kindern: Eine Familie mit zwei Kindern mit 34 000 DM zu versteuerndem Familieneinkommen – durchaus ein Mittelfall in unserem Lande, wenn es sich etwa um eine Familie handelt, in der nur anderthalb Personen verdienen – erhält insgesamt eine Entlastung von 67 DM monatlich. Wenn jemand mit zwei Kindern 70 000 DM verdient, erhält er im Ergebnis eine Entlastung von 182 DM monatlich, aber wer 300 000 DM zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, erhält eine steuerliche Entlastung von 750 DM monatlich.

(Zuruf des Abg. Wengenmeier)

Damit, meine Damen und Herren, sind die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit in eklatanter Weise verletzt.

(Beifall bei der SPD)

Die Steuerzahler mit dem hohen Monatseinkommen machen den großen Schnitt bei Ihrer sogenannten Steuerreform, bei dieser Steuerentlastung, und den normal Verdienenden bleiben Taschengeld- und Brosamenbeträge übrig. Dies ist ein Punkt, der zu der schon jetzt unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit ohnehin nicht ausgewogenen Steuergesetzgebung und Steuerordnung noch erschwerend hinzukommt. Dies, meine Damen und Herren, ist keine echte und gerechte Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen.

(Loew [SPD])

Wir wenden uns hier erneut gegen die Kindergeldregelung im Steuerrecht, die, mit einer ungerechten Tarifentlastung kombiniert, eben dazu führt, daß für diejenigen, die nun wirklich die Großverdiener in unserem Lande sind, eine immense Steuerentlastung entsteht, während für die Normalverdiener mit kleinem und mittlerem Einkommen in unserem Lande die Entlastung kaum spürbar ist. Es wäre in der Tat gerechter, die Kindergeldregelung wieder aus dem Steuerrecht herauszunehmen und sie umzugestalten in einkommensabhängige Beträge zur Entlastung von den Kosten, die der Familie durch mehrere Kinder natürlich entstehen.

(Abg. Gastinger: Von wem ist es denn eingeführt worden?)

Es müßte sogar angestrebt werden, dies wäre ein Rechenexempel, ob es nicht sogar aufkommensneutral geschehen könnte, und dann bliebe in der Tat auch ein genügender Handlungsspielraum übrig, um zu einer echten und gerechten Tarifentlastung für kleine und mittlere Einkommen in unserem Lande zu kommen.

(Abg. Gastinger: Wer hat denn die Einkommensgrenze beim Kindergeld eingeführt, Herr Kollege Loew?)

– Das haben wir getan!

(Abg. Gastinger: Was haben Sie? Sie haben es getan? Aber hören Sie einmal! – Gegenruf des Abg. Dr. Rothmund: Das habt ihr schon gemacht! – Anhaltende Zurufe des Abg. Gastinger)

– Richtig, sie ist mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 eingeführt worden, wenn ich mich recht erinnere.

(Erneuter Zuruf des Abg. Gastinger)

– Aber Herr Kollege Gastinger, das war doch eine alte sozialdemokratische Forderung,

(Abg. Gastinger: Die wir erfüllt haben, und nicht Sie!)

mit der wir uns in der SPD-Koalition gegen den kleineren Koalitionspartner nicht durchsetzen konnten. Das wissen Sie doch ganz genau. Sie haben nur die Chance gehabt. Nachdem die FDP nach ihrer Wendepolitik offenbar immer notleidender wird, können Sie mit dieser natürlich ganz anders umspringen, als die SPD sich mit den sie interessierenden Anliegen gegenüber der FDP hat darstellen können.

(Abg. Gastinger: Aber wir haben auch den Koalitionspartner gehabt! – Gegenruf des Abg. Hiersemann: Aber der hat doch heute keine Alternative mehr!)

Sie haben jetzt eine Chance. Wenn Sie sie insofern nutzen, daß Sie in diesem Sinne weitermachen, dann herzlichen Glückwunsch! Was Sie durch einkommensabhängige Kindergeldregelung an Gerechtigkeit geschaffen haben, haben Sie doch inzwischen durch die Hereinnahme der Kindergeldregelung in das

Steuerrecht wieder mehr als konterkariert und kaputtgemacht. Das wissen Sie doch auch!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Auch nach der nach dem Bundeskanzler sogenannten „größten Steuerreform aller Zeiten“ bleibt der kleine und mittlere Einkommensteuerzahler am stärksten belastet. Nach dem Finanzplan des Freistaates Bayern sieht dies für die Jahre 1984 mit 1988 wie folgt aus: Anstieg des Gesamtsteueraufkommens um etwa 24 Prozent; Anstieg des Einkommensteueraufkommens um etwa 20 Prozent; Absinken der Vermögenssteuer um über 6 Prozent; Anstieg der Lohnsteuer um über 30 Prozent. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, sagen alles. Das heißt, auch nach dieser „größten Steuerreform aller Völker und Zeiten“ wird der kleine und mittlere Lohn- und Einkommensteuerzahler mit seinen Beiträgen relativ am meisten zur Finanzierung der Staatsgeschäfte beitragen müssen.

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Wengenmeier: Weil die Selbständigen immer weniger werden!)

Demgemäß steigt auch der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen von 39,3 Prozent in 1984 auf 41,2 Prozent in 1988.

(Abg. Wengenmeier: Deswegen die Steuerentlastung!)

Der Anteil der Vermögenssteuer sinkt von 4,15 Prozent im Gesamthaushalt des Jahres 1984 auf 3,12 Prozent in 1988. Dabei wissen wir, daß sich die Zahl der Einkommensmillionäre in unserem Lande weiß Gott nicht etwa verringern, sondern nur noch steigern wird.

Ich möchte noch einen Blick auf die volkswirtschaftliche Wirkung der Steuerentlastung werfen. Die volkswirtschaftliche Steuerquote beträgt 1984 23,8 Prozent. Sie wird nach dem ersten Schritt der Steuerentlastung 23,8 Prozent betragen. Sie erreichen also auch durch Ihre „größte Steuersenkung aller Zeiten“ keine nachhaltige Senkung der Steuerquote in unserer Volkswirtschaft. Damit ist auch Ihr Argument überholt, daß diese Steuersenkung in der Ausformung, wie Sie sie dargestellt haben, notwendig ist, um den Leistungswillen in unserem Land zu heben.

Dringend erforderlich, meine Damen und Herren, ist daher nicht ein Anhalten der Steuerquote, sondern eine Strukturreform insbesondere des Einkommensteuerrechts mit dem vorrangigen Ziel eines gerechten Steuersystems. Hierzu gibt es folgende Ausgangspunkte:

E r s t e n s. Es müssen alle Maßnahmen des Gesetzgebers und des Verordnungsgabers ergriffen werden, um zu einer gleichmäßigen Erfassung aller steuerpflichtigen Einkünfte zu kommen.

Z w e i t e n s. Es muß der Steuermißbrauch planmäßig bekämpft werden, insbesondere der Mißbrauch von Steuervorteilen, und es müssen unvertretbare, wenn-

(Loew [SPD])

gleich auch vordergründig legale Steuervorteile abgebaut werden.

Drittens. Es müssen zeitnähere und auch häufigere Prüfungen durch eine bessere Ausstattung der Steuerprüfung und auch der Steuerfahndung durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren! Der Wirtschafts- und Steuerpolitiker Professor Petersen vermutet, ich zitiere aus einem Artikel in der „Wirtschaftswoche“, daß der überwiegende Teil der Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit nicht von den Steuerbehörden erfaßt wird, daß 70 Prozent der Einkünfte aus Kapitalvermögen nicht von den Steuerbehörden erfaßt werden und daß etwa 50 Prozent der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung ebenfalls nicht von den Steuerbehörden erfaßt werden. Der Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft hat auf dem letzten bayerischen Kongreß seiner Organisation die Politiker ganz klar aufgefordert zu erklären, ob sie gewillt sind, künftig auch Einkünfte aus Kapitalvermögen für steuerpflichtig zu erklären. Wenn Sie dies aber wollen, dann müssen Sie auch die Verwaltung instandsetzen, diese steuerpflichtigen Einkünfte zu erfassen und sie in gleicher Weise dem Steuersatz zu unterwerfen, wie dies bei Einkünften aus unselbständiger Arbeit geschieht. Das ist doch eine eklatante, grundlegende Forderung der Steuergerechtigkeit! Es ist mir nicht klar, mit welchen Gründen sich die Union gegen eine solche grundsätzliche Forderung der Steuergerechtigkeit mit Zähnen und Klauen wehren kann.

Meine Damen und Herren! Selbst wenn diese Zahlen, die ich nach einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ hier zitiert habe, nur zur Hälfte wahr wären und somit nur die Hälfte der entsprechenden Beträge nicht von der Steuerverwaltung erfaßt würde, wäre dies schon ein Skandal, der zum Himmel schreit.

(Beifall bei der SPD)

Das würde bedeuten, daß offenbar derjenige, der Einkünfte aus unselbständiger Arbeit hat, wie es das Gesetz befiehlt, zur Steuerleistung herangezogen wird, weil es hier das System der Quellensteuer gibt, während es bei allen anderen Einkunftsarten eine unerträglich hohe Dunkelziffer gibt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Das ist der entscheidende Punkt, den man angehen muß, wenn man Steuergerechtigkeit in diesem Lande herstellen will.

Aber auch bei dem zweiten genannten Punkt, der planmäßigen Bekämpfung des Mißbrauchs von Steuervorteilen, sehen wir bei der Union nur Untätigkeit und Vertröstungen. Auch Ministerpräsident Strauß beklagt einen Verfall der Steuermoral und konstatiert, daß zunehmend Anlagemöglichkeiten gesucht werden, obwohl der Ertrag relativ gering und der Aufwand relativ hoch ist. Es wird versucht, jede denkbare Möglichkeit zu nutzen, um der Steuerpflicht zu entfliehen.

Ich höre gerade, ich habe noch 5 Minuten Redezeit. Ich habe mich darauf eingerichtet, 60 Minuten reden zu können, Herr Präsident.

(Abg. Wengenmeier: 45 Minuten!)

Erster Vizepräsident Kamm: Das kann Ihnen der Präsident erlauben, Herr Kollege.

Loew (SPD): Dann bitte ich, meine Redezeit entsprechend zu verlängern. Ich bin nach Absprache mit der Fraktion davon ausgegangen, 60 Minuten reden zu können. – Ministerpräsident Strauß führt dies aber auf eine zu hohe Steuerbelastung zurück und plädiert, um der legalen und auch illegalen Steuerflucht zu begegnen, für eine drastische Senkung der Steuersätze.

Die hohe Abgabenbelastung mag vielleicht dazu führen, daß sich ein Handwerker eher einmal zu einer Schwarzarbeit hergibt. Aber, meine Damen und Herren, um die Fälle geht es hier doch gar nicht. Ich möchte auch diese Fälle ausklammern, bei denen es sich um klare Steuerkriminalität handelt. Zwischen uns ist selbstverständlich unstrittig, daß Steuerkriminalität unnachsichtig in gleicher Weise wie Ladendiebstahl, Hausfriedensbruch oder von mir aus auch Verunglimpfung von Verfassungsorganen verfolgt werden sollte. Es geht doch darum, auch die legalen Steuerschlupflöcher zu verstopfen; es geht um diejenigen, die der Steuer Millioneneinnahmen durch steuerliche Kunstgriffe und steuerliche Tricks, mitunter auch durch kriminelle Handlungen, entziehen.

Hier, meine Damen und Herren, sind gerade bei den Verlustzuweisungen und Bauherrenmodellen die Dinge in schlimmer Weise ins Kraut geschossen. Die Bundesregierung und die Regierungsfractionen aber packen dieses Problem nicht an. Ich erinnere an die Debatte über das Steuerentlastungsgesetz 1984, in der von den SPD-regierten Ländern im Bundestag eine Fülle von Vorschlägen gemacht wurde, wie man gerade die Verlustzuweisungsgesellschaften und die Steuerflucht in Bauherrenmodelle durch eine klare steuergesetzliche Regelung beenden kann. Alle diese Vorschläge sind jedoch von der Mehrheit der Union im Bundesrat abgelehnt worden.

Wir alle kennen doch die Beispiele, insbesondere Finanzminister Posser hat sie der Öffentlichkeit bekannt gemacht, in denen Steuerschulden in Höhe von mehreren hunderttausend DM durch solche Verlustzuweisungen und durch Bauherrenmodelle gegen Null gedrückt worden sind. Dies ist nach wie vor ein steuerrechtlicher Skandal, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von der SPD)

Den vielfältigen Bekundungen der Unionspolitiker, hier abhelfen zu wollen, folgen keine Taten.

Untätigkeit auf diesem Gebiet aber dann das Vertrauen in das Gerechtigkeitsgefühl der Regierenden in gleicher Weise zerstören wie Affären um Parteispenden. Um einem Absinken der Steuermoral gegenzu-

(Loew [SPD])

steuern, hilft kein Absenken des Spitzensteuersatzes, wie es gerade von Unionspolitikern immer empfohlen wird. Wer von einer Million zu versteuerndem Einkommen 58 Prozent Steuern zahlt, wird doch nicht deswegen, weil er dann vielleicht gar nur 45 Prozent zu versteuern hätte, darauf verzichten, jedes Steuerschlupfloch zu benutzen, das er oder sein Steuerberater sieht. Dies ist auch sein gutes Recht, solange er sich dabei in steuerrechtlich legalem Rahmen bewegt. Es ist aber Aufgabe der Gesetzgebung, solche Steuerschlupflöcher zu verschließen. Hier ist der Gesetzgeber gefordert.

Mitunter entsteht der böse und fatale Eindruck, daß dafür nicht nur ordnungs- und steuerpolitische Gründe maßgeblich sind, daß man trotz aller Bekundungen im Ergebnis untätig bleibt, sondern daß dies parteipolitische Gründe hat.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum dritten Punkt, zu einer zeitnäheren Prüfung, insbesondere bei der Betriebsprüfung und Steuerfahndung. Auf dem letzten Kongreß der Steuerfahnder drückte der Vorsitzende als Eindruck seiner Tätigkeit aus, daß sich in der Bundesrepublik die Steuermoral einer Bananenrepublik breitmache. Auch wenn man diese Wertung nicht teilt, darf man diese Aussage nicht als das übliche Geschrei einer Berufsgruppe aus Eigeninteresse abtun. Auch aus bayerischen Finanzämtern hört man Klagen über unzulängliche Personalausstattung im Bereich der Betriebsprüfung und des Steuerfahndungsdienstes. Nach Aussagen der Steuergewerkschaft besteht im Bereich der Steuerfahndung ein Arbeitsrückstand von über zwei Jahren.

Der Zeitraum zwischen den Betriebsprüfungen bei den kleinen und mittleren Betrieben ist in der Tat noch zu lang; er müßte verkürzt werden. Die Arbeitsbelastung der Betriebsprüfer wächst. Andererseits haben die Betriebsprüfer im Jahr 1983 bundesweit über 8,2 Milliarden DM Mehrsteuern festgesetzt, die ja nicht dadurch entstanden sind, daß ein böswilliger Staat seinen treuen Steuerzahlern die Schnüffler in das Haus geschickt hat, sondern die dem Staat durch andere steuerrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten trotz für alle gleichen Steuerrechts vorenthalten worden wären, obwohl sie ihm nach Recht und Gesetz geschuldet wurden.

Meine Damen und Herren! Unser Antrag, die Planstellen für die Steuerverwaltung gering um etwa 30 Stellen zu vermehren, hat zwei Gründe. Der eine Grund ist die zunehmende Arbeitsbelastung gerade im Bereich der Steuerverwaltung und der Betriebsprüfung. Der andere ist die Forderung nach einer höheren Steuergerechtigkeit in unserem Lande. Der gleiche Vollzug der Steuergesetze gegenüber jedermann, d. h. das Einlösen der Steuerpflicht, wie es das Gesetz für jedermann vorschreibt, ist ein Grundprinzip der Gerechtigkeit und eigentlich der demokratischen Staatsordnung überhaupt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich; dies muß insbesondere für den empfindsamen Bereich des Steuerrechtes gelten.

Unser Maßstab für den Gesetzesvollzug ist der Arbeitnehmer, der dadurch, daß sein Einkommen aus unselbständiger Arbeit von vornherein an das Finanzamt abgeführt wird, der ehrlichste Steuerzahler in unserem Lande ist. An dem Grad der Ehrlichkeit, wie die Arbeitnehmer ihre Steuern bezahlen, müssen sich auch diejenigen messen lassen, die Einkünfte aus anderen Einkunftsarten haben.

Meine Damen und Herren! Es ist ein krasses Unrecht, Wirtschaftsförderung dadurch zu betreiben, daß man geltendes Steuerrecht auf bestimmte Berufsgruppen nicht anwendet. Hier muß ich in der Tat noch einmal ein unselbiges, aber wohl enthüllendes Wort von Ministerpräsident Strauß zitieren, der auf einem CSU-Kongreß ausführte: Zum Thema Betriebsprüfung bei Künstlern kann ich nur sagen, es hilft nur eines, die Planstellen der Betriebsprüfer zu vermindern. Wieviele mittelständische Existenzen können sich nur über Wasser halten, weil nicht alle Einkünfte dem Finanzamt bekannt sind!

Meine Damen und Herren, das ist für jemanden, der die Richtlinien der Politik verantwortlich bestimmen soll, ein geradezu unglaubliches Wort.

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Kripter:
Hat das der Strauß gesagt?)

Eine solche Aussage, sollte sie so gemacht worden sein – sie ist dem „Bayernkurier“ entnommen und dort als ein wörtliches Zitat des Herrn Ministerpräsidenten dargestellt; wenn es nicht stimmt, soll er bitte dem „Bayernkurier“ sagen, daß dieser ihn nicht falsch zitieren soll –, kann doch nicht anders gewertet werden als Tolerierung von Steuerhinterziehung und Steuerverletzung aus wirtschaftsfördernden Gründen.

(Beifall bei der SPD)

Dies, meine Damen und Herren, ist eine derart ungeheuerliche Aussage, daß man nur erwarten kann,

(Abg. Wengenmeier: Das muß falsch zitiert sein!)

daß Sie, wenn Sie schon sagen, es sei falsch zitiert worden, das Zitat zurechtrücken.

Meine Damen und Herren! Gegen unsere Forderung nach einer besseren Ausstattung der Finanzverwaltung, insbesondere des Betriebsprüfungsdienstes, argumentiert das Finanzministerium mit zu hohen Personalkosten, die dadurch entstehen würden. Eine solche Tendenz würde gerade dem Gesichtspunkt einer Senkung der Personalkosten im Haushalt widersprechen.

Das ist sachlich falsch. Inzwischen gibt es erhärtete Untersuchungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, daß sich eine Mehrung von Betriebsprüfungsstellen mehr als bezahlt machte. Es würde dadurch die Steuergerechtigkeit verwirklicht und die Steuerpflicht ausgeschöpft werden; es würden

(Loew [SPD])

somit mehr Erträge in die Staatskassen fließen, als die Steuerprüfer Personalkosten verursachten. Darüber wird sicherlich noch bei der Diskussion des Berichts des Bayerischen Obersten Rechnungshofs im April und Mai des nächsten Jahres zu reden sein. Nehmen Sie also wenigstens Abstand von der Begründung, daß die Gesetze durch eine stärkere Steuerprüfung nicht vollzogen werden sollten, weil dies haushalts- und personalpolitisch nicht verträglich wäre.

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion lehnt diesen Haushalt ab, weil er insbesondere auch deutlich macht, daß diese Staatsregierung von einer falschen personalpolitischen Haushaltskonzeption ausgeht.

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist falsch, querbeet mit dem Rasenmäher Stellen einzusparen, anstatt gerade in Bereichen mit dringendem Bedarf, zu denen wir die Steuerverwaltung rechnen müssen, nicht nur von Stellenkürzungen abzusehen, sondern notwendige Stellenmehrungen zuzubilligen. Dies würde der Vollzug der Steuergesetze im Bereich des Betriebsprüfungsdienstes verlangen. Deshalb habe ich einen breiten Teil meiner Ausführungen der Steuergerechtigkeit gewidmet.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, lehnen wir diesen Haushalt aus grundsätzlichen Erwägungen der Steuergerechtigkeit ab. Eine Zustimmung zu diesem Haushalt, den wir als reinen Verwaltungshaushalt sehen, könnte als Zustimmung zu einer zutiefst unsozialen Steuerpolitik gewertet werden. Die Sozialdemokraten in diesem Lande waren immer Anwälte der Steuergerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit. Wir werden dies auch unter den erschwerten Bedingungen einer Regierung der Wende in Bonn in den nächsten Jahren bleiben. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Das Wort hat Herr Kollege Knipfer. Bitte, Herr Kollege!

Knipfer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Loew hat seine Redezeit mehr als überschritten. Trotzdem war er nicht in der Lage, die Probleme anzusprechen, die eigentlich hier zur Diskussion stehen, geschweige denn, sie richtig darzustellen.

Wenn es ihm schon nicht in einer mehr als einstündigen Auseinandersetzung mit der unsozialen Steuerpolitik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung gelungen ist, nachzuweisen, daß Steuergerechtigkeit in diesem Ausmaß auch in Bayern vorhanden ist, spricht dies für die Qualität seiner Ausführungen. Ich habe den Eindruck, daß Herr Kollege Loew nach dem Motto handelt: Auf die Zahl der jetzigen Betriebsprüfer 30 Stellen drauf, dann ist Steuergerechtigkeit in Bayern hergestellt. So einfach geht's.

(Beifall bei der CSU – Abg. Wolf: Das hat er gar nicht gesagt!)

– Das hat er genau gesagt.

(Abg. Walter Engelhardt: Zuhören und verstehen muß man!)

Er hat sogar im Landtag 30 zusätzliche Stellen beantragt.

Meine Damen und Herren! Ich darf doch feststellen, daß es dieser reine Verwaltungshaushalt nicht verdient, in der Diskussion nicht sachlich behandelt zu werden. Ich möchte an das anknüpfen, was ich bereits im Haushaltsausschuß gesagt habe: Dieser Haushalt ist ein Musterhaushalt. Dem Herrn Staatsminister und seinen Mitarbeitern gebührt dafür Dank und Anerkennung.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Der Senat begrüßt die Verbesserung des Stellenschlüssels für die Beamten des einfachen Dienstes im Haushaltsentwurf. Gleichzeitig bezeichnet er die grundsätzlich niedrige Besoldung der Beamten des einfachen Dienstes als politisch unbefriedigend und regt an, sich auch beim Bund für eine Verbesserung der Besoldung des einfachen Dienstes einzusetzen.

Die Anregung des Senats richtet sich im wesentlichen an den Bund. Soweit in bayerischer Zuständigkeit etwas im Sinne dieses Vorschlags getan werden kann, hat der Haushaltsausschuß bei der Beratung des Einzelplans 06 einen ersten wichtigen Schritt gemacht und auf Antrag der Kollegen Gastinger, Wengenmeier und Fraktion der CSU beschlossen, die Obergrenze der Anteile für Beamte des einfachen Dienstes in der Besoldungsgruppe A 5 auf 60 Prozent anzuheben. Diese Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses, die sich auf alle Einzelpläne auswirkt, werden wir bei der abschließenden Beratung des Haushaltsgesetzes entsprechend umsetzen müssen. Die Verbesserung des Stellenschlüssels für den einfachen Dienst ist sehr zu begrüßen, da gerade die Nullrunde diesen Personenkreis besonders trifft.

Meine Damen und Herren! Bisher haben Personalprobleme die Diskussion über den Haushalt der Finanzverwaltung immer besonders geprägt. Die SPD hat es sich dabei etwas leicht gemacht und, wie schon so oft bei früheren Haushaltsberatungen, zusätzliche Personalstellen gefordert. Entsprechend haben die Herren Kollegen von der SPD ihren aus früheren Haushaltsberatungen bekannten Antrag eingebracht, daß ein Personalentwicklungsplan für die Steuerverwaltung erstellt werden soll bzw. Personalbedarfsrechnungen vorgelegt werden sollen. Aus den Ausführungen des Kollegen Loew ist heute deutlich geworden, daß die SPD ihre Anträge ständig wiederholt. Sie brachten im Grunde genommen nur, was Sie der Staatsregierung und der CDU/CSU bei der Einbringung des Staatshaushalts schon vorgeworfen haben. Wahrscheinlich werden wir in diesem Hause bei der Beratung des Einzelplans 13 und des Haushaltsgesetzes dieselben Reden wieder hören müssen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Karl Heinz Müller: Euch kann man es nicht oft genug sagen!)

(Knipfer [CSU])

Auf die Personalbedarfsberechnung werde ich noch zu sprechen kommen.

Zunächst möchte ich noch zur Personalkosten situation im allgemeinen ein paar wichtige Zahlen nennen.

Die Personalausgaben machen 1985 mit fast 16 Milliarden und 1986 mit 16,5 Milliarden den größten Ausgabeposten im Haushaltsentwurf aus. Die Personalkosten steigen jährlich um rund eine halbe Milliarde, und dies, obwohl wir im Haushaltsentwurf weder neue Stellen noch Stellenhebungen haben. Im Vergleich mit anderen Bundesländern hat sich Bayern in den letzten Jahren beim Abbau von Personalstellen sehr zurückgehalten. Dies ist die Ursache dafür, daß Bayern jetzt mit über 43 Prozent die höchste Personalkostenquote aller Bundesländer hat. Gerade bei einem Haushalt wie dem der Finanzverwaltung, die innerhalb der Staatsregierung den drittgrößten Personalkörper aufweist und einen Personalkostenanteil von rund 66 Prozent hat, kann man nicht so tun, als bestünde das Problem der Personalkostenbegrenzung nicht.

Meine Damen und Herren! In Kenntnis der Bedeutung einer gut funktionierenden Steuerverwaltung wurde diese bei den Stelleneinsparungen aufgrund der letzten Haushaltsgesetze möglichst schonend behandelt. Die Stelleneinsparquote für den Einzelplan 06 beträgt insgesamt nur 1,23 Prozent, bei der Steuerverwaltung nur 0,8 Prozent. Aus der Tatsache, daß die Steuerverwaltung von Stelleneinsparungen soweit als möglich verschont wurde, ergibt sich, daß die Prioritäten innerhalb des Einzelplans 06 richtig gesetzt wurden. Der Vollständigkeit halber muß ich auf folgendes hinweisen:

Von 1975 bis 1982 ist die Steuerverwaltung um 2300 Stellen auf eine Gesamtbelegschaft von etwa 17 000 ohne Anwärter erweitert worden. Bis Ende des letzten Jahres haben sich überdies die Stellenabbaumaßnahmen noch nicht spürbar ausgewirkt. Nach den Zahlen der Landesbesoldungsstelle haben sich dagegen die vollausgebildeten und einsatzfähigen Kräfte von Ende 1982 bis 1983 nochmals um rund 300 erhöht. Sie, Herr Staatsminister Streibl, wiesen im Haushaltsausschuß darauf hin, daß daneben noch mehrere 100 Anwärterstellen in Planstellen umgewandelt worden sind.

Meine Damen und Herren! In Teilen des Steuerrechts konnte eine Arbeitsentlastung der Steuerverwaltung erreicht werden. Zu nennen ist der Wegfall der Sparprämien sowie die Umstellung der Grunderwerbsteuer auf einen einheitlichen Steuersatz. Allerdings muß man sagen, daß die Erfolge bei der Steuervereinfachung bisher nicht sehr üppig ausgefallen sind. Es könnten nach meiner Meinung viele Steuergesetze noch einfacher gestaltet werden. Allerdings muß das Ganze realistisch gesehen werden, denn die Steuervereinfachung kann nicht in einem Zuge erreicht werden. Sie muß Daueraufgabe sein. Die Staatsregierung und insbesondere Sie, Herr Staatsminister Streibl, sind aufgefordert, in Ihren bisherigen Bemühungen

um Vereinfachung des Steuerrechts nicht nachzulassen. Vereinfachung des Steuerrechts und Rationalisierungsmaßnahmen, soweit sinnvoll und möglich, sind eine bessere Lösung als Ausweitung des Personalkörpers.

Beachtenswerte Erfolge sind bereits zu verzeichnen. Durch den Wegfall der Sparprämien können bis 1987 rund 300 Bedienstete eingespart werden. Die Automatisierung der Finanzkassen, die mit dem vorliegenden Doppelhaushalt 1985/86 abgeschlossen wird, bringt eine weitere Einsparung von 300 Bediensteten, die für andere Aufgaben eingesetzt werden können. Die Vereinfachung bei der Grunderwerbsteuer setzt nochmals rund 60 Arbeitskräfte frei, so daß wir mit etwa 660 Arbeitskräften rechnen können, die innerhalb der Steuerverwaltung für andere Aufgaben eingesetzt werden können. Durch die Umstellung auf EDV-Kassenbuchführung werden bei den Bezirksfinanzdirektionen insgesamt 129 Arbeitskräfte eingespart, wovon 26 Stellen der Steuerverwaltung zugute kommen.

Meine Damen und Herren! Nun zur Personalplanung. Der Ruf nach einer Personalbedarfsberechnung begleitet regelmäßig die Beratungen dieses Einzelplans. Auch zu diesem Doppelhaushalt hat die SPD wieder ihr altes Anliegen aufgegriffen. Ich möchte daher noch einmal auf folgendes hinweisen:

Die Tatsache, daß die Steuerverwaltung bei den Stelleneinsparungen soweit als möglich verschont wurde, ist ein Beweis für die sinnvolle Umschichtung der Sparmaßnahmen innerhalb dieses Einzelplans. Die Schwerpunkte wurden bisher im Rahmen des Möglichen richtig gesetzt. Es bedarf deshalb keiner neuen Planung. Im übrigen wurde die letzte Personalbedarfsrechnung erst zum 1. Januar 1979 durchgeführt. Hinzu kommt, daß die Konferenz der Finanzminister und Senatoren der Länder in der Zwischenzeit beschlossen hat, keine bundeseinheitlichen Personalberechnungen mehr durchzuführen. Bayern hat keinen Anlaß, von diesem Beschluß abzuweichen. Durch eine Bedarfsberechnung kann im übrigen nicht mehr Personal geschaffen werden. Auch der Bayerische Senat hat das Problem der Personalbedarfsberechnung ausführlich diskutiert und, wie ich meine, zu Recht es abgelehnt, eine solche Planung zu fordern. Im Bayerischen Senat sitzt ja kein Geringerer als der Vorsitzende der Steuergewerkschaft. Wenn es ihm schon nicht möglich ist, die angebliche Notwendigkeit dem Senat plausibel zu machen, dann sind Sie, Herr Kollege Loew, glaube ich, ebenfalls überfordert.

Meine Damen und Herren! Der Antrag auf Erhöhung der Personalstellen wurde im Haushaltsausschuß damit begründet, daß mehr Personal zur Herstellung der Steuergerechtigkeit benötigt werde. Dazu möchte ich einen wirklich unverdächtigen Zeugen zitieren. Bei der Beratung des Rechnungsprüfungsberichtes 1980 bestätigte Herr Präsident Mann, daß die Betriebsprüfung im großen und ganzen befriedigend verlaufe und überdurchschnittlich Mehrergebnisse bringe. Er führte aus; ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren:

Vor dem Hintergrund des steigenden Personalkostenanteils am Gesamthaushalt sollte jedoch

(Knipfer [CSU])

eine Mehrung des Stellenplans nicht erwogen werden. Die erforderlichen Stellen seien wohl im Laufe der Zeit auch durch Umschichtungen zu gewinnen. Der Stellenplan der Finanzverwaltung sei seit 1978 um 1000 Stellen vermehrt worden. Die Steuerverwaltung sei mit dem Ziel neu geordnet worden, Beamte für den Außendienst freizustellen. Außerdem sei durch das integrierte automatische Besteuerungsverfahren eine wesentliche Personaleinsparung bei den Kassen zu erwarten.

Soweit Präsident Mann. Er hat allerdings auch darauf hingewiesen, daß bei der OFD München die Zahl der Betriebsprüfer abgenommen und die Zahl der zu prüfenden Betriebe zugenommen habe. Er bezeichnete eine Verstärkung der Betriebsprüfung im Großraum München als dringend geboten. Dieser Anregung ist der Bayerische Landtag mit Beschluß vom 22. März 1983 gefolgt und hat die Staatsregierung aufgefordert, den Betriebsprüfungsdienst im Bezirk der Oberfinanzdirektion München durch organisatorische Maßnahmen so zu verstärken, daß in der Landeshauptstadt und im Großraum München die gleiche Prüfungsdichte wie im Landesdurchschnitt erreicht wird. Das Finanzministerium hat rasch reagiert und die Oberfinanzdirektion München angewiesen, die dem Betriebsprüfungsdienst in ihrem Bezirk zuzuführenden Beamten im Jahre 1983 und in den folgenden Jahren grundsätzlich nur Betriebsprüfstellen des Großraums München zuzuteilen. 1984 haben deshalb die Betriebsprüfstellen im Großraum München zusätzlich 22 Prüfer erhalten, wodurch sich die Zahl der Prüfer allein im Großraum München auf 460 von insgesamt 1952 Betriebsprüfern erhöht hat. Nachdem die zusätzlichen Betriebsprüfer erst in diesem Jahr zugewiesen wurden, sind Verbesserungen im Prüfungsdienst für den Bereich München erst nach Einarbeitung dieser Beamten, also voraussichtlich ab 1985, zu erwarten. Nachdem die Umschichtung der Betriebsprüfer auch in den nächsten Jahren fortgeführt wird, werden sich die Unterschiede in der Prüfungsdichte in absehbarer Zeit ausgleichen. Herr Präsident Mann hat im übrigen angekündigt, daß sich der Rechnungshof im nächsten Prüfungsbericht ausführlich mit diesem Thema befassen wird. Wir sollten das Thema heute darum nicht weiter diskutieren, sondern uns bei der Vorlage des Rechnungshofberichtes ernsthaft damit beschäftigen.

Herr Staatsminister Streibl hat uns im Haushaltsausschuß mitgeteilt, daß die Betriebsprüfungsintervalle in Bayern insgesamt für Großbetriebe bei 3,7 Jahren, für mittlere Betriebe bei 13 Jahren und für Kleinbetriebe bei 32 Jahren liegen. Damit steht fest, daß die Großbetriebe in einem Zeitraum von 3 bis 4 Jahren, das heißt lückenlos geprüft werden. Bei den Mittel- und Kleinbetrieben sind die Prüfungsintervalle wesentlich länger. Es kann aber nicht Ziel sein, bei Mittel- und Kleinbetrieben eine lückenlose Betriebsprüfung herbeizuführen. Wichtig ist vielmehr, geeignete Stichproben zu machen, um damit angemessene und vernünftige Kontrollen zu erreichen. Ich komme noch auf den SPD-Antrag zur Erhöhung der Betriebsprüferstellen zurück. Da feststeht, daß die

Großbetriebe lückenlos geprüft werden, kann sich der Antrag wohl nur gegen die mittleren und kleinen Unternehmen richten. Unter das Stichwort „Politik für den kleinen Mann“ ist dies meiner Meinung nach nicht einzureihen.

Meine Damen und Herren! Es drängt sich auch die Frage auf, ob das Problem des Prüfermangels tatsächlich so drastisch ist, wie uns die SPD weismachen möchte. Wäre die Situation wirklich so schlecht, wie die SPD sie darzustellen versucht, müßte man die Forderung von 30 zusätzlichen Prüferstellen als halberzig und inkonsequent bezeichnen. Einem wirklich gravierenden Prüfermangel könnte man mit 30 neuen Planstellen nicht abhelfen. Vielleicht haben aber die Herren von der Opposition, was sie als Begründung vorbrachten, selbst nicht so recht geglaubt, sonst hätten sie viel mehr Stellen fordern müssen.

Abschließend möchte ich noch den Hinweis geben, daß, was die Opposition will, durch die eingeleiteten und zu erwartenden Rationalisierungsmaßnahmen mehr als erreicht wird. Sie sind mit Ihren Forderungen, wie so oft, wieder einmal zu spät dran.

Meine Damen und Herren! Es war notwendig, die Dinge richtigzustellen, und der Polemik, der dieser Haushalt ausgesetzt war, entgegenzutreten. Der Haushalt des Einzelplans 06 ist, wie ich eingangs schon gesagt habe, ein Musterhaushalt. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, suchen krampfhaft immer nach einem Haar in der Suppe, damit Sie sich überhaupt zur Diskussion melden können.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren haben Sie die Diskussion über den Staatshaushalt zum Einzelplan 06 dazu benutzt, uns den sogenannten Maulkorberlaß, den die Staatsregierung damals erlassen hatte, vorzuhalten, so als würden die öffentlich Bediensteten nun in ihren sämtlichen Rechten beschnitten werden. Damals ist Ihnen dies nicht gelungen, und auch heute ist Ihr Versuch fehlgeschlagen, unser Land als ein Land der Steuergerechtigkeit hinzustellen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen empfehlen, dem von Finanzminister Streibl vorgelegten Haushalt Ihre Zustimmung zu geben. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Abgeordneter Loew hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Kollege!

Loew (SPD): Herr Kollege Knipfer, natürlich hätten wir uns darüber unterhalten können, daß durch verbesserte Rechen- und Meßmethoden der Prüfungszeitraum bei den Vermessungsämtern offenbar sehr viel kürzer geworden ist; man kann von dort jetzt sogar Personal umsetzen. Wir hätten uns auch darüber unterhalten können, daß nach dem Bau der Landesfinanzschule und der Beamtenfachhochschule in Hof wieder ein wenig Luft wird für Bauvorhaben im Bereich der Staatlichen Verwaltung der bayerischen

(Loew [SPD])

Schlösser, Gärten und Seen. Dabei muß man allerdings aufpassen, daß die verschiedenen südbayerischen Objekte nicht wieder gegenüber nord- oder ostbayerischen Objekten vorrangig behandelt werden.

(Abg. Hiersemann: Sehr wahr!)

Das wäre durchaus auch ein interessanter Punkt gewesen, über den man sich hätte unterhalten können.

(Abg. Hiersemann: Warum haben Sie es denn nicht getan?)

– Das bleibt uns ja noch übrig.

(Abg. Diethel: Wie ist das mit Ihrer Redezeit?)

Wir könnten zum Beispiel auch einmal darüber sprechen, ob wir mit dem Vermessungsdienst, der sich nur zu 60 Prozent refinanziert, im Ländervergleich günstig oder ungünstig liegen. Es gäbe also eine ganze Reihe kleinerer Sachfragen, die es durchaus wert wären, einmal erörtert zu werden. Aber Sie können uns das Thema nicht vorschreiben, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir die Gelegenheit einer Aussprache über den Etat des Finanzministers dazu benutzen, eine nach unserer Meinung grundlegende Frage wie die schwindende Steuergerechtigkeit unter der Rechtsregierung in unserem Land anzusprechen, dann werden Sie uns zweimal nicht daran hindern können, dies zu tun.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie können sich dann damit auseinandersetzen oder es bleiben lassen, wie Sie es auch getan haben, aber daran hindern werden Sie uns nicht.

(Abg. Dr. Wilhelm: Gut gebrüllt!)

Ich habe ausgeführt, daß es sich zum großen Teil um Fragen der Steuergesetzgebung handelt, die nicht im Lande, sondern in Bonn entschieden werden. Natürlich könnten wir hier im Landtag Anträge stellen, mit denen sich die Union ohnehin im Bundesrat auseinandersetzen hat, etwa die Spekulationsfrist bei Grundstücken von 2 auf 15 Jahre zu erhöhen, um damit zum Beispiel dem Bauherrenmodell einen entscheidenden Stoß zu versetzen. Insoweit könnten wir hier im Landtag Parallelveranstaltungen zum Bundesrat ablaufen lassen. Dann hätten Sie über das Jahr hinweg Ansatzpunkte, das zu tun, was ich Ihnen angeboten hatte. Sie könnten sich nämlich gegen den Vorwurf schwindender Steuergerechtigkeit in diesem Land, übermäßiger Steuerbelastung für kleine und mittlere Einkommensbezieher und übermäßiger Steuerbelastung der Lohn- und Einkommensteuerzahler im Vergleich zu denen, die von anderen Einkommensarten leben, wehren. Wir könnten dabei durchaus auch einmal ein Tabu anpacken: ob solche Steuerentlastungsmaßnahmen, wie sie für die Bauernschaft angesichts schwindender Einkommen vorgesehen sind, nicht auch für Teile unserer kleinen und mittleren Einkommensbezieher möglich oder notwendig wären.

Ich komme auf das zurück, was man im Land ändern kann. Im Land kann man den Vollzug der Steuergesetze ändern. Dabei können Sie uns aber nicht auf nur einen Punkt hinführen und uns der Öffentlichkeit so vorstellen, als schätzten wir das Problem der Steuergerechtigkeit als ein Problem ein, das mit 30 Planstellen mehr im Betriebsprüfungsdienst gelöst wäre, nicht mit mehr und nicht mit weniger; dadurch, daß in den Großbetrieben Anschlußprüfungen stattfänden, davon nur kleine und mittlere Betriebe betroffen wären. Sie könnten es so hinstellen, als wäre es wieder einmal eine gezielte böswertige Maßnahme der mittelstandsfeindlichen SPD gegen diese Betriebe. Nein, Herr Knipfer, so einfach läuft das nicht, wie Sie sich das vorstellen! Es mag sein, daß Sie einige finden, die Ihnen das glauben, wenn Sie es so vortragen. Aber damit werden Sie der Sache, die ich vorgetragen habe, nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe meine Aussage in folgenden Zusammenhang gestellt, den ich Ihnen gern noch einmal erläutere:

Wir wehren uns insgesamt dagegen, daß Personalkürzungen in Rasenmähermethode vorgenommen werden. Nach unserer Kenntnis sind in Bayern nach der Einführung der neuen Finanzamtsordnung die Beamtenstellen, die aus dem Außendienst abgezogen worden sind, bisher noch nicht in vollem Umfang ersetzt worden. Von den Betriebsprüfungsstellen hören wir immer wieder Klagen über ungenügende Personalausstattung. Mit der Abwehr von Personalstellenkürzungen gerade im Bereich der Steuerverwaltung gäbe es daher mehr Raum, um notwendiges Personal für Betriebsprüfungen einzustellen. Natürlich kann man nicht die allerneuesten Anfänger, die frisch von der Finanzschule kommen, sofort im Betriebsprüfungsdienst einteilen. Dafür müßten im Innendienst erfahrene Beamte abgeordnet werden. Damit schließt sich dann der Kreis. Es ist also nicht etwa eine Frage von dreißig Planstellen. Aber im Interesse der Steuergerechtigkeit in unserem Land muß uns ein stärkerer Betriebsprüfungsdienst ein Anliegen sein.

In der Frage einheitlicher Personalbedarfsrechnung hat die CSU es wieder einmal verstanden, sich mit ihrer Mehrheit dem Zwang zur Begründung der Ablehnung eines SPD-Antrags zu entziehen. In unserem Antrag war nichts anderes gefordert worden, als daß CSU und Staatsregierung die Kriterien offenlegen, die schon jetzt ihrer mittelfristigen Finanzplanung im Bereich des Personalbedarfs der Finanzverwaltung zugrunde liegen. Da hat es dann geheißen, das können wir jetzt nicht darstellen, oder, das ist ohnehin alles bekannt. Wir konnten also nicht erfahren, welche Grundlagen die CSU für die Personalplanung der Finanzverwaltung jetzt bereits hat. Dies kann eigentlich nur zwei Schlüsse zulassen: Entweder hat sie keine, wovon ich nicht ausgehe, oder sie weigert sich aus anderen Gründen, sie offenzulegen, und lehnt einfach ohne Begründung mit dem Hochmut der Mehrheit in diesem Hause ab.

(Loew [SPD])

Die Tatsache, daß sich die Länderfinanzminister, -finanzsenatoren und der Bundesfinanzminister nicht auf eine bundeseinheitliche Personalbedarfsrechnung einigen konnten, ja, eine Notwendigkeiten nicht sahen, entbindet die Länderfinanzverwaltungen nicht davon, den mittelfristig notwendigen Bedarf in ihrem Bereich festzustellen. Ich gehe davon aus, daß die Bayerische Staatsregierung dies auch getan hat. Auch wenn Sie, Herr Kollege Knipfer, und Ihre Mehrheitsfraktion nicht interessiert sind, kann ich für uns jedenfalls sagen, daß wir mit der Ablehnung eines solchen Antrages nicht einverstanden sind. Es wäre durchaus denkbar, daß der Herr Finanzminister uns anschließend einige Antworten darauf gibt. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Der Ordnung halber darf ich feststellen, daß die Redezeit von Kollegen Loew nicht überschritten wurde. Der Präsident kann die Redezeit um 15 Minuten verlängern. Das hat er getan. Kollege Loew sprach 53 Minuten. Bei der Wiedermeldung sind 15 Minuten das Limit; er ist darunter geblieben.

(Abg. Diethel: Dann sind Absprachen im Ältestenrat ja überflüssig!)

Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich darf dem Herrn Staatsminister der Finanzen das Wort erteilen.

(Zuruf der CSU: Der darf jetzt auch 15 Minuten überziehen!)

– Ihm kann ich keine Redezeit vorschreiben.

Staatsminister Strolb: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich beim Kollegen Knipfer dafür bedanken, daß er die Eckwerte des Haushalts dargestellt hat und auch auf die einzelnen Probleme eingegangen ist.

Meine Damen und Herren! Der Haushalt ist natürlich durch die Personalkosten geprägt. Allein 66 Prozent des Haushaltsvolumens sind Personalkosten.

(Abg. Fendt: 46 Prozent!)

– Nein, 43 Prozent des Gesamthaushalts, 66 Prozent des Einzelplans 06, zu dem ich jetzt spreche.

(Abg. Fendt: Entschuldigung, Herr Minister!)

Die Verwaltungsausgaben machen 14 Prozent aus, ebenfalls 14 Prozent die Transferleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz. Zusammen sind dies 94 Prozent. Sie sehen also, es ist kaum noch Spielraum vorhanden. Man ist in diesem Haushalt sehr eng gebunden.

Meine Damen und Herren! Auf die Personallage im einzelnen ist schon genau eingegangen worden. Ich hätte erwartet, daß auch über den Tarifabschluß gesprochen und gefragt worden wäre, ob wir den Abschluß auch auf die Beamten übertragen werden. Wir wollen dies tun. Ferner hätte ich erwartet, etwas über die neue Steuerschätzung zu hören.

Aber statt dessen ist uns nur wieder einmal vorgehalten worden, wir seien gegen den „kleinen Mann“, der alte Schnee, den ich mir schon so oft anhören mußte: zuerst bei der Einbringungsrede, dann bei Einzelplan 06 und Einzelplan 13, schließlich bei der Verabschiedung des Gesamthaushalts. Immer wieder kommt das gleiche, und leider müssen wir dann auch immer wieder dasselbe darauf antworten.

Ich bedanke mich, Herr Knipfer, daß Sie die personelle Ausstattung der Steuerverwaltung angesprochen haben, die gewaltige Stellenerhöhung, aber auch die Hunderte von Planstellen, die wir durch Rationalisierung einsparen. All das ist von Ihnen genau dargelegt worden, ich brauche es nicht zu wiederholen.

Des weiteren sind Sie auf die Verstärkung der Betriebsprüfung, vor allem im Großraum München, zu sprechen gekommen. Meine Damen und Herren! Bei den Großbetrieben, und sie bringen das Geld, liegt die Prüfungsdichte im Bundesdurchschnitt bei 4,2 Jahren, in Bayern bei 3,5 Jahren.

(Abg. Dr. Wilhelm: Da schau her!)

Wenn man weiß, daß Großbetriebe gar nicht so weit oben angesiedelt sind, sondern im Gewerbe schon bei 2 bis 3 Millionen DM beginnen, dann muß man sagen, daß wir sehr gut liegen; ich möchte fast sagen, daß wir beispielhaft sind.

(Abg. Dr. Wilhelm: Sehr beachtlich! – Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Wieder haben wir die alte Platte gehört: Der kleine Mann, der Lohnsteuerzahler als Melkkuh der Nation! Wieder wurde der Ruf nach einer Ergänzungsabgabe laut. Ausgerechnet die SPD sagt uns das immer wieder. Dabei hat es allein in der letzten Legislaturperiode der SPD/FDP-Regierung Steuer- und Abgabenerhöhungen von 16 Milliarden DM gegeben. Ich denke an die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, an die Pläne zur Einschränkung des Splittingvorteils bei Ehegatten, an die Einheitsbewertung, die im Gange war, und was man noch alles vor hatte. Es war schon richtig, was der damalige Bundeskanzler ehrlich gesagt hat: „Geholt haben wir uns das Geld beim Arbeitnehmer!“

(Zustimmung bei der CSU)

Man hat uns ein Steuerrecht hinterlassen, bei dem die Grenzbelastung des Arbeitnehmers weit über 50 Prozent liegt. Hier liegen die schweren sozialen Verwerfungen, meine Damen und Herren. Deswegen ist heute ein Anstieg der Schwarzarbeit zu beklagen. Steuerunehrlichkeit kann man nicht mit der Polizei bekämpfen, sondern nur durch ein Steuersystem, das es ermöglicht, auf legale Weise wieder einigermaßen zu verdienen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Loew: Sind Sie der Meinung, daß das jetzt nicht der Fall ist?)

Dies müssen wir jetzt mit der im Umfang von 21 Milliarden DM wirklich größten Steuerreform schaffen,

(Staatsminister Streibl)

die in erster Linie den Arbeitnehmern zugute kommen soll.

(Abg. Dorsch: Nach 5 Jahren!)

– Ich komme gleich auf die Tricks zu sprechen und auf die Kunstgriffe, derer man sich bedient hat.

Lassen Sie mich zunächst noch ein Wort zur Ergänzungsabgabe und in diesem Zusammenhang zum Vorwurf unsozialer Steuerpolitik sagen.

Es ist schon ausgesprochen worden, daß die CDU-Sozialausschüsse anderer Meinung sind, aber nach meiner persönlichen Meinung ist dem kleinen Mann wesentlich mehr geholfen, wenn man die angekündigte Steuerreform jetzt durchführt, möglichst in einem Stück; damit werden entsprechende Entlastungen erreicht.

(Beifall bei der CSU – Abg. Loew: Das ist doch kein Gegensatz zur Ergänzungsabgabe!)

Herr Loew, Sie haben sich einen Kunstgriff erlaubt, indem Sie gesagt haben, bei einem Einkommen von 20 000 DM

(Abg. Wengenmeier: 30 000 DM!)

beträgt die monatliche Entlastung soundsoviel DM. Ich kann den Betrag natürlich noch kleiner machen, indem ich sage, wöchentlich macht die Entlastung soviel aus und täglich soviel. Dann werden die Beträge noch kleiner. Aber ich darf Ihnen noch einmal die Zahlen nennen:

Bei einem Verheirateten mit zwei Kindern beträgt die Entlastung bei einem Einkommen von 20 000 DM 784 DM; das sind 30,8 Prozent. Bei 30 000 DM macht die Entlastung von 784 DM 16,5 Prozent aus, bei 40 000 DM 11,9 Prozent. Sie müssen das Jahreseinkommen mit dem Jahresentlastungssatz vergleichen, nicht mit dem wöchentlichen oder täglichen Entlastungssatz. Das ist keine saubere Sache!

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein Wort zur sogenannten Zwangsanleihe sagen. Ich meine, da müßte die SPD ganz still sein. Ich darf Sie an Ihre Haltung in der SPD/FDP-Regierung erinnern, wenn Sie heute über den Herrn Genscher auch so geschimpft haben. Ich war darüber sehr verwundert, nachdem Sie 13 Jahre mit ihm regiert haben. Jetzt wollen Sie nichts mehr von ihm wissen,

(Abg. Hiersemann: Umgekehrt wird ein Schuh daraus!)

obwohl Sie vom Bundesverfassungsgericht ein ums andere Mal die „rote Karte“ erhalten haben,

(Abg. Hiersemann: Und Sie?)

sei es zum Staatshaftungsgesetz, sei es zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung, wegen Verletzung der Grenzen der Etathoheit des Parlaments durch Schmidt,

(Abg. Hiersemann: Ach, hören Sie doch auf!)

zur Regelung des Rechts der Wehrdienstverweigerung, zum § 218, zur Ausbildungsplatzabgabe, zum Grundlagenvertrag und zur Deutschlandpolitik, wegen Verletzung des Grundsatzes der steuerlichen Leistungsfähigkeit bei Alleinverdienenden usw.

Was die uns angehende Frage betrifft, so darf ich daran erinnern, daß der Bundesrechnungshof – immerhin Richter, die etwas vom Finanzverfassungsrecht verstehen – noch im Frühjahr dieses Jahres zwar Bedenken geäußert, aber die Regelung noch für verfassungsmäßig gehalten hat. Wenn solche Herren das sagen, kann man sich doch darauf stützen.

(Abg. Loew: Er hat gesagt: Wir urteilen jetzt nicht, weil die Klage noch beim Verfassungsgericht liegt!)

– Herr Loew, Sie haben keinerlei Grund, sich großzutun. Ich kann nur eines sagen: Dieses Urteil ist insofern erfreulich für uns, als es klar zum Ausdruck bringt, daß man nicht Abgaben erfinden darf, um damit die allgemeinen Einnahmen zu erhöhen. Nach diesem Urteil können Sie alles in den Wind schreiben, was Sie mit Energiepfennig, mit Umweltpfennig und allen diesen Dingen wollen. Dieses Urteil ist, so meine ich, eine Absage an alle, die glauben, alles mit Sonderabgaben regeln zu können.

(Beifall bei der CSU)

Insofern brauchen Sie nicht zu triumphieren.

Sie sagen, die Abgabe habe dem Wohnungsbau gedient. Jawohl, so ist es, sie ist dort auch investiert worden.

(Abg. Loew: Und jetzt braucht man sie nicht mehr dafür?)

Von 1982 auf 1983 sind die Wohnungsbaugenehmigungen von 335 000 auf 419 600 gestiegen. Das ist doch eine gewaltige Sache. Dorthin ist die Abgabe auch geflossen.

(Abg. Hiersemann: Und jetzt? – Abg. Loew: Braucht man sie jetzt nicht mehr?)

– Herr Loew, stellen wir doch den Tatbestand klar. Sie gehen immer davon aus, daß das zurückzuzahlende Geld irgendwo fehle. Tatsächlich aber handelt es sich um eine Anleihe, ein zinsloses Darlehen von 2 bis höchstens 2,5 Milliarden DM. Dieses zinslose Darlehen hat der Bundesfinanzminister weitgehend für den Wohnungsbau verwendet; er muß es jetzt zurückzahlen. Das Darlehen ist jetzt nicht mehr zinslos. Aufgrund der Rückzahlung des Darlehens muß der Bundesfinanzminister den Bundeshaushalt in Höhe von etwa 2 Milliarden DM anders bedienen. Durch die Zinslast für dieses Darlehen wird der Bundeshaushalt mit etwa 150 Millionen DM belastet. Darum geht es in der Sache. Sicher ist aber dadurch der Wohnungsbau angekurbelt worden.

Noch einige Bemerkungen zu dem Vorwurf, den die Opposition bereits im Ausschuß erhoben hat:

Ich habe damals nicht gewußt, was Sie eigentlich meinten, und bin der Sache nachgegangen. Sie stellten auf eine Äußerung des Herrn Ministerpräsidenten

(Staatsminister Streibl)

ab. Der Vorsitzende der Finanzgewerkschaft, Senator Kattenbeck, hatte sich seinerzeit an den bayerischen Ministerpräsidenten gewandt. In seinem Antwortschreiben führte der bayerische Ministerpräsident folgendes aus; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Daß verkürzte und aus dem Zusammenhang gerissene Wiedergaben von Äußerungen bei Interviews, Diskussionen und Vorträgen immer wieder zu Mißverständnissen führen, ist vor allem dann besonders ärgerlich, wenn der Leser des so Wiedergegebenen auch die Atmosphäre der entsprechenden Veranstaltung nicht gekannt hat. Dabei habe ich nachdrücklich darauf hingewiesen, daß der Steuergerechtigkeit in unserem Staatswesen ein bedeutender Stellenwert zukomme. Ich habe aber ebenfalls deutlich gemacht, daß die Besteuerung, sowohl was ihre Regelungsichte als auch was ihre betragsmäßige Höhe anbelangt, in unserem Staat die Obergrenze des Erträglichen erreicht, wenn nicht sogar überschritten hat. Daß dies vor allem an den kleinen und mittelständischen Unternehmen deutlich wird, die der Betriebsprüfung unterliegen, ist offensichtlich.

Ich überspringe jetzt einiges und fahre mit dem Zitat fort:

Die Steuerbelastung muß so gestaltet werden, daß sie unserem freiheitlichen Selbstverständnis gerecht wird. Die Möglichkeit, über selbst erarbeitetes Einkommen verfügen zu können, ist zwar nicht der wesentlichste, aber sicherlich ein sehr wesentlicher Aspekt der persönlichen Freiheit. Der russische Dichter Dostojewski hat das mit dem Satz „Geld ist geprägte Freiheit“ treffend beschrieben. Diesen Gedanken sollten wir bei der Gestaltung unseres Steuerrechts nicht aus den Augen verlieren.

Meine Damen und Herren! Senator Kattenbeck hat sich mit diesem Schreiben zufriedengegeben. Ich bitte deshalb, diese Dinge künftig gegen besseres Wissen nicht immer wieder anzusprechen.

Noch einige Bemerkungen zum Einwand der Opposition: Ergänzungsabgabe oder: Was tut Ihr für die kleinen Leute? Ich habe Ihnen gesagt, daß wir jetzt die Steuerreform durchführen. Bei dieser Sachlage würde eine Ergänzungsabgabe für die sogenannten Besserverdienenden – unsere mittelständischen Betriebe, die die meisten Investitionen durchführen – das gesamte Steuerentlastungspaket nach meiner persönlichen Ansicht entwerfen.

(Beifall bei der CSU)

Das notwendige Vertrauen des Steuerzahlers in die Stetigkeit der Steuerpolitik würde damit zerstört.

Zum Abschluß ein Wort zu den sogenannten Anwälten der sozialen Gerechtigkeit: Die Steuern und Sozialabgaben stiegen von 1970 bis 1982, also während der Regierungszeit der SPD, fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und -gehälter. Fast doppelt so schnell! Das Steueraufkommen ist um 146 Prozent

gestiegen, die Sozialabgaben um 281,8 Prozent; die Bruttolohn- und -gehaltssumme dagegen nur um 137 Prozent.

Von allen Abgaben explodierte vor allem die Lohnsteuer. Von 1970 bis 1982 stieg ihr Aufkommen um 251 Prozent. Das also sind die Anwälte der sozialen Gerechtigkeit!

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie dürfen versichert sein, daß sich gerade die Bürger ohne dicken Geldbeutel mehr und besser auf die CSU verlassen können.

(Beifall bei der CSU)

Soweit meine Ausführungen zu den allgemein politischen Anmerkungen.

Der vorliegende Haushalt ist solide und bleibt in den Ausgaben sogar hinter anderen Haushalten zurück. Er ist selbstverständlich geprägt durch einen hohen Personalkostenanteil. Wir haben uns aber hier ebenso wie im Gesamthaushalt bemüht, die Investitionen wieder etwas anzuheben und in der Verwaltung zu sparen. Der Haushalt entspricht der bayerischen Solidität im Haushaltsgebaren. Danke schön.

(Starker Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegt der Entwurf des Einzelplans 06 sowie die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den Anlagen hierzu.

Die Kapitel 06 01, 06 02 und 06 04 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

Bei Kapitel 06 05 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Loew, Koch auf Drucksache 10/5144. Mit diesem Antrag wird die Schaffung von zusätzlichen 30 Planstellen im Bereich der Steuerverwaltung für den Einsatz im Bereich der Betriebsprüfung begehrt. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag bei einer Enthaltung aus den Reihen der CSU mit Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Hiersemann: Wer war der Tapfere?)

Bei dem gleichen Kapitel ist ein weiterer Änderungsantrag der Abgeordneten Loew, Koch auf Drucksache 10/5143 betreffend Bericht über den Personalbedarf für den Bereich der Steuerverwaltung einschlägig. Auch zu diesem Antrag wurde vom Ausschuß Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Damit bleibt auch Kapitel 06 05 unverändert.

Die Kapitel 06 06, 06 07, 06 08, 06 10, 06 11, 06 13, 06 14, 06 15, 06 16, 06 17, 06 18, 06 19, 06 21 und

(Zweiter Vizepräsident Lechner)

06 22 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen gleich zur Schlußabstimmung mit folgender Gesamtabgleichung:

	1985	
Gesamteinnahmen		560 330 000 DM
Gesamtausgaben		1 843 737 300 DM
Gesamtzuschuß		1 283 407 300 DM
	1986	
Gesamteinnahmen		573 749 100 DM
Gesamtausgaben		1 889 063 800 DM
Gesamtzuschuß		1 315 314 700 DM

Herr Abgeordneter Hiersemann, zur Geschäftsordnung.

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantrage namens meiner Fraktion namentliche Abstimmung.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Wer dem Einzelplan 06 zustimmen möchte, den bitte ich, die Ja-Karte zu verwenden, für ein anderes Votum die entsprechenden Karten für Enthaltung und Nein.

Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(folgt Namensaufruf)

Das Alphabet wird einmal wiederholt. – Die Sitzung wird zur Auszählung kurz unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 18.52 Uhr bis 18.54 Uhr)

Meine Damen und Herren! Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 95, mit Nein 47 Kollegen, Enthaltungen keine.

Damit ist der Einzelplan 06 mit Mehrheit angenommen.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten: Asenbeck, Bauereisen, Baumann, Beck, Dr. Beckstein, Frau Dr. Berghofer-Weichner, Frau Dr. Biebl, Böhm, Breitraier, Brosch, Dandorfer, Daum, Diethel, Dobmeier, Eykmann, Falk, Fendt, Feneberg, Fickler, Frau Fischer, Dr. Fischer, Dr. Frank, Freller, Geis Norbert, Frau Geiss-Wittmann, Glück Alois, Dr. Goppel, Grossmann, Gruber, Gürteler, Dr. Haushofer, Heiler, Hofmann, Humbs, Dr. Hundhammer, Jaumann, Dr. Kempfler, Kling, Knipfer, Kobler, Kopka, Frau Krinner, Dr. Lautenschläger, Lechner Ernst, Lechner Ewald, Leeb, Leschanowsky, Loibl, Loscher-Frühwald, Lukas, Dr. Maier Christoph, Maurer, Dr. Merkl, Meyer Ludwig, Meyer Otto, Michl, Mittermeier, Möslin, Müller Willi, Nätscher, Neder, Neubauer, Niedermayer, Dr. Pollwein, Ponnath, Freiherr von Redwitz, Regensburg, Dr. Richter, Ritter, Rosenbauer Georg, Dr. Rost,

Schön Karl, Dr. Schosser, Frau Schweiger, Seehuber, Dr. Seidl, Seitz, Spitzner, Strehle, Streibl, Tandler, Tauber, Frau von Traitteur, Vollkommer, Dr. Freiherr von Waldenfels, Dr. Weiß, Wengenmeier, Werkstetter, Widmann, Dr. Wilhelm, Will, Wünsche, Würdinger, Zeißner und Zeller.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten: Dr. Böddrich, Börner, Brandl, Frau Burkei, Dorsch, Engelhardt Karl-Theodor, Engelhardt Walter, Franz, Franzke, Fröhlich, Gausmann, Gebhardt, Geisberger, Geys, Frau Haas, Hartmann, von Heckel, Hiersemann, Hollwich, Frau Jungfer, Dr. Kaiser, Kaiser Willi, Kamm, Koch, Frau König, Kolo, Klasen, Langenberger, Loew, Leiß, Mehrlich, Frau Meier, Messerer, Moser, Münch, Neuburger, Schnell, Dr. Schlittmeier, Dr. Rothmund, Schmoicke, Schuhmann, Sommerkorn, Starzmann, Stenglein, Freiherr Truchseß von und zu Wetzhausen, Weber und Wolf.

Dem Einzelplan sind folgende Anlagen beigelegt:

1. Übersicht über die Verpflichtungsvermächtnisse im Einzelplan 06
2. Stellenplan für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen
3. Nachweisung der Sondervermögen – Anlage A –
4. Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 500 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall – Anlage S –

Die Anlage S ändert sich entsprechend der Anlage zur Drucksache 10/5138.

Das Hohe Haus nimmt von diesen Anlagen Kenntnis.

Ich rufe auf Punkt 3 der Tagesordnung: **Zweite Lesung** zum

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (AGG 10) (Drucksache 10/3517)

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Rothmund, Hiersemann und Fraktion zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) (Drucksache 10/1330)

Über die Beratungen im Ausschuß für Sicherheitsfragen (Drucksache 10/4986) und im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/5145) berichtet der Kollege Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Sicherheitsausschuß hat am 24. Oktober 1984 und der Rechts- und Verfassungsausschuß am 7. November 1984 die beiden Gesetzesvorlagen beraten. Ich werde die Berichterstattung zusammenfassen. Mitberichtersteller waren die Kollegen Dr. Gantzer und Schnell.

Der Sachverhalt ist folgender:

Durch Artikel 10 des Grundgesetzes werden das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldege-

(Dr. Hundhammer [CSU])

heimnis geschützt. Beschränkungen dürfen nur aufgrund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie den von den Maßnahmen Betroffenen nicht mitgeteilt wird.

Der Bund hat 1968 ein Ausführungsgesetz beschlossen, Bayern im Jahr 1969 ebenfalls ein Ausführungsgesetz. Im Ausführungsgesetz des Bundes wie auch im bayerischen Gesetz war festgelegt worden, daß der Betroffene über Beschränkungsmaßnahmen nicht zu unterrichten ist. Am 15. Dezember 1970 hat das Bundesverfassungsgericht diese Bestimmung für nichtig erklärt, weil die Unterrichtung des Betroffenen über Beschränkungsmaßnahmen auch ausgeschlossen wurde, soweit sie ohne Gefährdung des Zwecks der Beschränkung erfolgen kann. Der Bund hat daraufhin 1978 sein Gesetz entsprechend novelliert; Bayern hat dies nicht getan, ist aber in der Folge immer nach den Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichts verfahren.

Die Fraktion der SPD im Bayerischen Landtag hat im Jahre 1983 einen Gesetzentwurf eingebracht mit dem Ziel, diese Grundsätze gesetzlich zu normieren und gleichzeitig das Innenministerium zu verpflichten, die aus drei Mitgliedern des Bayerischen Landtags bestehende G 10-Kommission, außer bei Gefahr im Verzug, vor dem Vollzug einer anzuordnenden Beschränkungsmaßnahme einzuschalten.

Die Bayerische Staatsregierung hat die Vorschläge der SPD-Fraktion aufgegriffen und darüber hinaus Regelungen vorgeschlagen, die die Kontinuität der Arbeit der G 10-Kommission über die Wahlperiode des Landtags hinaus sicherstellen. Sie hat gleichzeitig für die parlamentarische Kontrolle als zuständigen Ausschuß den Ausschuß für Sicherheitsfragen vorgeschlagen, der auf Anforderung, mindestens aber einmal im Jahr, über die Durchführung des G 10-Gesetzes unterrichtet werden soll.

Die vorgeschlagene gesetzliche Regelung des Verfahrens der Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, eines immerhin schwerwiegenden Eingriffs in ein Grundrecht, stellt sich nach dem Vorschlag der Staatsregierung wie folgt dar:

Erstens: Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die schon erwähnte Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungen vor deren Vollzug; bei Gefahr im Verzug kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. Die Unterrichtung hat dann unverzüglich, spätestens jedoch zwei Wochen nach Anordnung der Beschränkungsmaßnahme zu erfolgen. Die SPD und der Bayerische Senat hatten vorgeschlagen, den Begriff „unverzüglich“ zu ergänzen durch die obligatorische Zweiwochenfrist.

Zweitens: Die Kommission entscheidet von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden über die Zulässigkeit und die Notwendigkeit der Beschränkungsmaßnahmen. Anordnungen, die die Kommission für

unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben.

Drittens: Das Staatsministerium des Innern unterrichtet innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme die Kommission über die von ihm vorgenommenen Mitteilungen an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung an den Betroffenen entgegenstehen. Kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend über die Mitteilung entschieden werden, so ist die Kommission spätestens innerhalb einer von ihr festzusetzenden Frist erneut zu unterrichten. Innerhalb von 5 Jahren muß jedenfalls entschieden werden, ob der Zweck der Maßnahme gefährdet wäre, wenn der Betroffene unterrichtet würde.

Viertens: Die Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muß, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder der Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie werden vom Landtag für die Dauer einer Wahlperiode bestellt. Die Mitglieder der Kommission – das ist die Neuerung – und ihre Stellvertreter bleiben nach Ablauf der Wahlperiode so lange im Amt, bis eine neue Kommission bestellt ist.

Fünftens: Das Staatsministerium des Innern unterrichtet über die Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes, soweit Beschränkungsmaßnahmen von ihm angeordnet worden sind, auf Anforderung, mindestens aber einmal im Jahr den für Sicherheitsfragen zuständigen Ausschuß des Landtags in geheimer Sitzung.

Die Ausschüsse für Sicherheit und für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen haben einstimmig die vorgetragene Regelung für rechtlich und sachlich geboten erachtet. Ich bitte Sie, dem Vorschlag zuzustimmen.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Wir kommen zur Aussprache. Wortmeldungen? – Keine. Dann komme ich gleich zur **A b s t i m m u n g**. Der Abstimmung zugrunde liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 10/3517 und die Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Sicherheitsfragen und des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen.

Gemäß § 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung treten wir in die Einzelberatung ein.

Ich rufe auf **Artikel 1**. Wortmeldungen? – Keine. Der Artikel 1 wird von den Ausschüssen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltung? – Ich stelle **Einstimmigkeit** fest.

Ich rufe auf **Artikel 2**. Der Ausschuß für Sicherheitsfragen schlägt vor, in Absatz 1 Satz 2 den letzten Halbsatz neu zu fassen. Ich darf auf Drucksache 10/4986 verweisen. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich diesem Vor-

(Zweiter Vizepräsident Lechner)

schlag angeschlossen mit der Maßgabe, daß in dem geänderten Halbsatz das Wort „Maßnahmen“ durch das Wort „Beschränkungsmaßnahmen“ ersetzt wird. Im übrigen wird Artikel 2 zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Artikel 2 mit dieser Änderung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Artikel 3. Wortmeldungen? – Keine. Artikel 3 wird zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Artikel 4. Wortmeldungen? – Keine. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen schlägt als Tag des Inkrafttretens den 1. Januar 1985 vor. Artikel 4 Absatz 1 lautet somit:

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Absatz 2 wird zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – So beschlossen.

Damit ist die Einzelberatung abgeschlossen. Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 56 unserer Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetz seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die Gegenstimmen bitte ich in gleicher Weise anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieses Gesetz einstimmig angenommen.

Es hat den Titel:

Gesetz
zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (AGG 10)

Durch soeben beschlossenes Gesetz hat der Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Rothemund, Hiersemann und Fraktion zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) auf Drucksache 10/1330 seine Erledigung gefunden. Damit besteht Einverständnis.

Ich rufe auf Bitte des Herrn Wirtschaftsministers auf Tagesordnungspunkt 9:

Interpellation der Abgeordneten Dr. Rothemund, Naumann, Dr. Seebauer und Fraktion betreffend Verkehrspolitik der Staatsregierung (Drucksache 10/4927)

Gemäß § 72 Absatz 2 der Geschäftsordnung frage ich die Staatsregierung, ob und wann sie die Interpellation beantworten kann. Das Wort dazu hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Staatsminister Jaumann: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Staatsregierung wird die Interpellation in der übernächsten Plenumswoche beantworten. Das ist die Sitzungswoche vom 4. Februar 1985.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Danke schön. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Tagesordnungspunkt 6 a):

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. September 1984 betreffend Antrag der Firma Glück, Unial-Zahn-Technik, Waging, auf Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 1 der Satzung für die Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrags der Marktgemeinde Waging vom 5. November 1981

Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/5086) berichtet der Herr Kollege Dr. Weiß.

Dr. Weiß (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich mit der aufgerufenen Verfassungsbeschwerde in seiner 65. Sitzung befaßt. Mitberichterstatteerin war die Frau Kollegin König, Berichterstatter war ich.

Nachdem der Landtag am Zustandekommen der angegriffenen Satzung nicht beteiligt war, hat der Ausschuß einstimmig empfohlen, daß sich der Landtag nicht am Verfahren beteiligt.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Vielen Dank für die Berichterstattung. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen? – Keine. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6 b):

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. September 1984 betreffend Antrag des Herrn Blacharowicz, Burglengenfeld, auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Gemeindeverordnung über fliegende Verkaufsanlagen in der Gemeinde Bad Füssing vom 19. Dezember 1982

Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/5087) berichtet Herr Kollege Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich am 24. Oktober 1984 mit dieser Verfassungsbeschwerde befaßt. Mitberichterstatte war der Kollege Warnecke. Da der Bayerische Landtag am Er-

(Dr. Hundhammer [CSU])

laß dieser Verordnung nicht beteiligt war, empfiehlt der Ausschuß folgenden Beschluß:

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Wir kommen zur Aussprache. Wortmeldungen? – Keine. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6c:

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Oktober 1984 betreffend Antrag der Frau Renz, Rötz, auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Artikels 7 Absatz 5 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1982

Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/5089) berichtet der Kollege Geys.

Geys Helmut (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen befaßte sich mit dieser Popularklage in seiner 65. Sitzung am 24. Oktober 1984. Mitberichtersteller war der Kollege Fendt, Berichterstatter war ich selbst.

Ich verwies als Berichterstatter zunächst darauf, daß die Antragstellerin in Artikel 7 Absatz 5 der Bayerischen Bauordnung einen Verstoß gegen die Eigentumsgarantie sehe und ihn deshalb für verfassungswidrig erachte, weil nach dieser Bestimmung bei Garagenbauten unter bestimmten Voraussetzungen keine Abstandsflächen zum Nachbargrundstück eingehalten werden müssen.

Ich vertrat dazu die Meinung, daß die angegriffene Bestimmung weder nach der alten noch nach der neuen Fassung der Bayerischen Bauordnung die verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsgarantie verletze. Die Staatsregierung habe in der Begründung zur Novelle der Bayerischen Bauordnung dieses Problem angesprochen. Das Parlament sei bei den Beratungen offenbar übereinstimmend der Auffassung gewesen, daß durch diese Bestimmung keine Eigentumsverletzung gegeben sei. Auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, der sich in seiner Entscheidung vom 22. Mai 1984 mit der Abstandsflächenregelung bei Garagen befaßt habe, habe darin offenbar keinen Verfassungsverstoß gesehen.

Der Ausschuß kam einstimmig zu dem Ergebnis:

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Es wird die Abweisung der Klage beantragt.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Helmut Geys bestimmt.
- IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

Ich bitte Sie, diesem Votum zuzustimmen.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Wortmeldungen keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6d:

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. Oktober 1984 betreffend Antrag des Jungbayererbundes Schwaben, Augsburg, auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Artikels 1 Absatz 1 des Landeswahlgesetzes (LWG) und des Artikels 1 Absatz 1 des Gemeindewahlgesetzes (GWG).

Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/5088) berichtet ebenfalls Herr Kollege Geys.

Geys Helmut (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dieser Verfassungsbeschwerde befaßte sich der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen in seiner 65. Sitzung am 24. Oktober 1984. Mitberichtersteller war der Kollege Dr. Weiß, Berichterstatter war ich selbst.

Ich verwies zunächst darauf, daß der Jungbayererbund in den angegriffenen Bestimmungen des Landeswahlgesetzes und des Gemeindewahlgesetzes einen Verstoß gegen den Gleichheitssatz des Artikels 118 der Bayerischen Verfassung sehe, weil diese beiden Bestimmungen auf Artikel 116 des Grundgesetzes verwiesen. Damit sei die Wahlberechtigung von der deutschen Staatsangehörigkeit abhängig. Dies habe zur Folge, daß auch bei der bayerischen Landtagswahl und bei der bayerischen Gemeindewahl nur Deutsche wahlberechtigt seien. Bayerische Staatsbürger, die nicht Deutsche seien, seien durch diese gesetzliche Regelung vom Wahlrecht ausgeschlossen. Darin sehe der Jungbayererbund einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

In der Aussprache vertrat ich die Auffassung, daß der Antragsteller einem Trugschluß insofern unterliege, als bayerische Staatsbürger, die nicht zugleich Deutsche seien, nicht denkbar seien. Dies wäre nur bei einem eigenen bayerischen Staatsangehörigkeitsgesetz möglich; ein solches bestehe aber nicht. Im übrigen hätten sowohl nach Artikel 33 des Grundgesetzes als auch nach Artikel 8 der Bayerischen Verfassung alle Bewohner Bayerns, die Deutsche seien, die gleichen Rechte und Pflichten. Ein bayerischer Staatsbürger, der nicht zugleich Deutscher sei, sei nach geltender Rechtslage nicht möglich.

Der Ausschuß kam einstimmig zu folgendem Ergebnis:

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Es wird die Abweisung der Klage beantragt.

(Geys Helmut [SPD])

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Helmut Geys bestimmt.

IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

Ich bitte Sie, diesem Votum zuzustimmen.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Wortmeldungen keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6 entfällt.

Tagesordnungspunkt 7:

Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 18. September 1984 betreffend Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag und des Mitglieds des Bundestags Kleinert betreffend Wahl des Gremiums nach § 4 Absatz 9 Haushaltsgesetz 1984

Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/5146) berichtet der Kollege Dr. Beckstein.

Dr. Beckstein (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich in seiner 67. Sitzung vom 7. November 1984 mit dem aufgerufenen Schreiben des Bundesverfassungsgerichts bzw. mit den aufgerufenen Anträgen der Fraktion DIE GRÜNEN bzw. des Mitglieds des Bundestages Kleinert betreffend Wahl des Gremiums nach § 4 Absatz 9 Haushaltsgesetz 1984 des Bundes befaßt.

Als Berichterstatter habe ich darauf hingewiesen, daß es sich um eine Organklage handle, eine Klage von Organen des Bundestages. Gemäß ständiger Übung beteilige sich der Bayerische Landtag nicht bei Organstreitigkeiten außerbayerischer Verfassungsorgane.

Die Mitberichterstatlerin, Frau Kollegin König, war anderer Auffassung. Sie legte dar, daß es aus grundsätzlichen Erwägungen der SPD-Fraktion darum gehe, das Minderheitenrecht geklärt zu bekommen. Bei dem Gremium nach § 4 Absatz 9 des Haushaltsgesetzes 1984 gehe es darum, daß die verfassungsmäßige Haushaltskontrolle über die Verfassungsschutzämter nicht vom gesamten Haushaltsausschuß wahrgenommen werde, sondern von einem Gremium innerhalb des Haushaltsausschusses. In diesem Gremium sei die Fraktion DIE GRÜNEN nicht vertreten; es müsse aber jede Fraktion mitwirken können. Die Kollegin König beantragte deshalb zu beschließen: Der Landtag hält die Klage für begründet.

In der Abstimmung wurde mit 12 zu 6 Stimmen beschlossen:

Der Landtag verzichtet auf eine Stellungnahme.

Ich bitte Sie, diesem Beschluß zuzustimmen.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Wortmeldungen keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Damit ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 13:

Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs; hier: Neuwahl eines berufsrichterlichen Mitglieds

Mit Schreiben vom 6. November 1984 teilte der Herr Ministerpräsident mit, daß der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Nürnberg, Herr Dr. August Schmidt, mit Ablauf des Monats Juli 1984 in den Ruhestand versetzt worden ist und damit gleichzeitig aus seinem Amt als berufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs ausgeschieden ist. Im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs schlägt der Herr Ministerpräsident als Nachfolger im Amt als berufsrichterliches Mitglied die Vorsitzende Richterin am Landgericht Landshut, Frau Edda Huther, zur Wahl vor.

Wortmeldung zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Hiersemann, zur üblichen Erklärung!

(Zurufe von der CSU: Das kennen wir schon!)

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, nachdem Sie es schon wissen, wäre es einfacher, wenn Sie es hier vortragen könnten. Ich fürchte nur, Sie bekommen dann Schwierigkeiten mit Ihrer Fraktion.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die CSU-Fraktion in diesem Haus sich beharrlich weigert, im Freistaat Bayern einen Rechtszustand wie zum Beispiel im Bund herbeizuführen, den sie dort ohne jede Einschränkung für sich reklamiert, sehen wir uns außerstande, der aufgerufenen Besetzung zuzustimmen. Ich füge hinzu, daß sich dies nicht gegen die Kandidatin, über die abgestimmt wird, richtet, sondern daß wir aus grundsätzlichen Erwägungen der Besetzung des Verfassungsgerichtshofes nur dann zustimmen können, wenn es zu einer Zweidrittelmehrheits-Regelung im Gesetz kommt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Wer mit der Wahl der Frau Edda Huther zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 14:

Neuberufung des Kuratoriums „Haus des Deutschen Ostens“

Die dreijährige Amtsperiode des Kuratoriums „Haus des Deutschen Ostens“ in München ist abgelaufen.

(Zweiter Vizepräsident Lechner)

Der Bayerische Landtag schlägt nach § 4 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung über die Errichtung eines „Hauses des Deutschen Ostens“ zwei Mitglieder für das Kuratorium vor.

Die Fraktion der CSU schlägt wie bisher Herrn Abgeordneten Dr. Rost, Mitglied des Landtags, und die Fraktion der SPD Herrn Ferdinand Drexler aus Nürnberg vor.

Wer mit diesen Vorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der SPD so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 15:

Verordnung der Bayerischen Staatsregierung über die Eingliederung des gemeindefreien Gebiets Steinacher Forst i. d. Saale, Landkreis Bad Kissingen, in die Gemeinde Burglauer, Landkreis Rhön-Grabfeld (Drucksache 10/4636)

Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/5079) berichtet der Kollege Dr. Weiß.

Dr. Weiß (CSU), **Berichterstatter**: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich in seiner 65. Sitzung mit der aufgerufenen Verordnung der Staatsregierung befaßt. **Mitberichterstatter** war der Kollege Hilmar Schmitt, **Berichterstatter** war ich.

In meiner **Berichterstattung** habe ich darauf hingewiesen, daß das im Landkreis Bad Kissingen ge-

legene gemeindefreie Gebiet Steinacher Forst längs der Saale keilförmig in das Gebiet der Gemeinde Burglauer und damit in den Landkreis Rhön-Grabfeld hineinragt und dort eine exklavenartige Fläche bildet. Die Gemeinde Burglauer habe die Eingliederung beantragt; der Markt Bocklet habe beantragt, den nördlichen Teil bei sich einzugliedern. Der Freistaat Bayern – Staatsforstverwaltung – habe sich als Grundstückseigentümer für die Eingliederung des ganzen Gebietes in die Gemeinde Burglauer ausgesprochen. Auch der Kollege Hilmar Schmitt, der die örtlichen Verhältnisse kennt, hielt dies für die sinnvollere Lösung.

Aus diesen Gründen hat der Ausschuß der Verordnung der Staatsregierung einstimmig zugestimmt. Ich bitte Sie, entsprechend zu verfahren.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Danke. Wortmeldungen? – Keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Verordnung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich schlage vor, für heute Schluß zu machen.

(Abg. Möslin: Punkt 16 noch!)

– Punkt 16 ist mit den Punkten 21, 22 und 29 zusammengefaßt.

Ich schließe für heute die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 19 Uhr 22 Minuten)

DL P 10/62

S. 3428